

Rassismus erkennen

Farbe bekennen

Herausgeber: Ökumenischer Vorbereitungsausschuß zur Woche der ausländischen Mitbürger Postfach 160646 60069 Frankfurt am Main 23. bis 29. September



www.foer.de

Interkulturelle Woche Woche der ausländischen Mitbürger 2001

Inhalt

- 3 **Gemeinsames Wort zur Woche der ausländischen Mitbürger/
Interkulturelle Woche 2001**
- 4 **Rassismus erkennen – Farbe bekennen**
Der Kampf gegen Rassismus im kirchlichen und im internationalen Kontext
Dr. Elke Tießler-Marenda
- 8 **Rassismus schadet uns allen**
Dr. Heribert Prantl
- 14 **Diskriminierungen sind alltägliche Phänomene**
Volker Roßocha
- 18 **Der Umgang mit Zuwanderung entscheidet über unsere Zukunft**
Rainer Münz
- Bausteine für einen Gottesdienst**
- 21 **Beiträge von Präses Manfred Kock, Bischof Karl Lehmann
und Metropolit Augustinos anlässlich der Eröffnung der
25. »Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche«
am 23. September 2000 in Hannover**
- 25 **Predigt**
Yo Ludwig
- 28 **Der Gutmensch**
Herbert Leuninger
- 29 **Szenische Installation zum Thema »Menschenwürde«**
Doris Scheer
- 30 **Fremd sein ist uns nicht fremd**
Sven Letmathe
- Beispiele und Anregungen**
- 31 **Wir alle sind Saarländer**
Wolfgang Glitt
- 31 **Aktion Toleranz**
Zivilcourage gegen Fremdenfeindlichkeit
Renate Berthold
- 32 **Für Toleranz – gegen Gewalt**
Lothar Gens
- 33 **Stress mit Englisch**
Solomon Asfaba
- 33 **»Stoppt Rechts« überall!**
Pfadfinder starten zahlreiche Aktionen gegen
Fremdenhass und Gewalt
- 34 **Caritas bringt antisemitische Hetzschreiben grundsätzlich zur Anzeige**
- 35 **Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit**
- 36 **Mut zur Zivilcourage**
Was tun gegen rechte und rassistische Gewalt!?
- 39 **Bonner Buchmesse Migration: Eine Idee setzt sich durch**
Dr. Hidir Celik
- 40 **Moorhuhn gegen rechts**
- 41 **Rezepte gegen Gewalt im Sport**
Fußball, Döner, Bratwurst
Norbert Oppermann
- 42 **Was Vereine, Kirchen, Politiker und die Einzelnen tun können**
Wolfram Hülsemann
- 44 **Zusammenleben mit Muslimen**
- 47 **Stellungnahme**
- 48 **Materialhinweise**

Gemeinsames Wort zur Woche der ausländischen Mitbürger / Interkulturelle Woche 2001

Rassismus erkennen – Farbe bekennen

Vielheit ist eine Grundstruktur allen Lebens. Ihr verdanken wir, dass wir als Menschen unterschiedlich sind. Das macht uns einmalig und als Person unverwechselbar. Die verschiedenen Sprachen und Dialekte, die große Zahl der Kulturen und Lebensformen sind ein Ausdruck dieser Vielgestaltigkeit. Sie bilden einen unglaublichen Reichtum, der uns mit Bewunderung und Respekt erfüllt. Um dies in seiner ganzen Fülle erleben und ausschöpfen zu können, reicht ein Menschenleben nicht aus. Die Vielfalt ist zugleich ein Ausdruck von Kreativität. Ihr verdanken wir die Buntheit unserer Lebenswelt und die prinzipielle Zukunfts-offenheit unserer Geschichte.

Wir glauben als Christen, dass Gott diese Welt in ihrer Vielfalt geschaffen hat. Dass die Menschen dem Bild Gottes ähnlich sind, gibt ihnen nicht nur eine besondere Rolle und Verantwortung, sondern bedeutet auch, dass alle Menschen die gleiche Würde haben – unabhängig von ihrer individuellen Prägung, ihrer Sprache, ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrem Aussehen.

Wir können deshalb nicht hinnehmen, dass Menschen wegen ihrer Andersartigkeit gering geschätzt, benachteiligt oder bedroht werden. Wir widersprechen auch jeder Form von Rassismus. Denn Rassismus ist nicht Ausdruck von Wertungen oder Beurteilungen, die man so oder so treffen kann. Rassismus stellt das Lebensrecht und die Würde anderer grundsätzlich in Frage und negiert damit ihre Gottesebenbildlichkeit. Rassismus bringt Gewalt hervor und erniedrigt andere bis hin zur Bedrohung ihrer leiblichen Unversehrtheit. Für die Kirchen gilt deshalb: Rassismus ist Sünde.

Rassismus muss in seinen offenkundigen wie in seinen versteckten Formen aufgespürt und überwunden werden. Dazu ist nicht nur ein wacher und kriti-

scher Blick erforderlich, sondern dazu sind auch Mut, Zivilcourage und Entschiedenheit notwendig. Das Motto der diesjährigen Woche der ausländischen Mitbürger / Interkulturelle Woche »Rassismus erkennen – Farbe bekennen« will dazu aufrufen und zugleich Mut machen, sich zu engagieren.

Der Aufruf richtet sich an alle, die in Deutschland wohnen und leben. Nehmen Sie fremdenfeindliche und rassistische Äußerungen und Angriffe nicht hin! Engagieren Sie sich für Begegnungen mit Menschen anderer Herkunft und solchen, die diskriminiert oder bedroht werden! Denn persönliche Kontakte, Kenntnisse über andere und die aktive Gestaltung des Zusammenlebens sind die beste Vorbeugung gegen Rassismus. Die Solidarität mit bedrohten Menschen ist eine wirkungsvolle Hilfe. Die in einigen Städten initiierte Aktion »Noteingänge« ist dafür ein gutes Beispiel.

Die politisch Verantwortlichen bitten wir, alles zu unterlassen, was ausländerfeindlichen Stimmungen und Aktionen Vorschub leisten könnte. Maßnahmen zur Integration müssen verstärkt und gesetzliche Regelungen gegen Diskriminierungen getroffen werden. Die bevorstehende Umsetzung der von der Europäischen Union beschlossenen Maßnahmen gegen Diskriminierung in nationales Recht bietet dazu Gelegenheit. Regelungen des Asylbewerberleistungsgesetzes bewirken Ausgrenzung und fördern Vorurteile in der Bevölkerung. Besonderer Anstrengungen bedarf es, dass sich rassistisches Denken und Verhalten unter Kindern und Jugendlichen nicht weiter ausbreiten. Schule und Jugendarbeit brauchen dazu gesellschaftliche Unterstützung. Migranten sollten in das gesellschaftliche Leben stärker einbezogen und ihre Selbstorganisation unterstützt werden.

Wir begrüßen sehr, dass es in diesem Jahr viele Aktionen gibt, die sich für eine Überwindung von Rassismus einsetzen. Papst Johannes Paul II. hat zum diesjährigen Welttag der Vereinten Nationen für die Abschaffung der Rassendiskriminierung und zur Solidarität mit Menschen aufgerufen, die aus rassistischen, ethnischen, religiösen oder gesellschaftlichen Gründen ausgegrenzt werden. Der diesjährige »Tag der offenen Moschee« am 3. Oktober wird dem Thema Rassismus gewidmet sein. Auch das von den Vereinten Nationen ausgerichtete »Internationale Jahr gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenangst und damit einher gehende Intoleranz« ist ein wichtiger weltweiter Beitrag. Nicht zuletzt ist die Anfang dieses Jahres in Berlin eröffnete »Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt« eine langfristige Möglichkeit des Engagements zur Überwindung von Rassismus und seinen Folgen.

Die diesjährige Woche der ausländischen Mitbürger / Interkulturelle Woche ist eine gute Gelegenheit, zahlreiche Aktivitäten öffentlich wirksam darzustellen und viele Menschen zur Teilnahme, Mitwirkung und Unterstützung zu gewinnen. Wir hoffen auf eine breite Resonanz und wünschen allen, die an Vorbereitung und Durchführung mitwirken, Zivilcourage, Ermutigung und Gottes Segen.

Rassismus zu erkennen und Farbe zu bekennen ist für uns eine gemeinsame ökumenische Aufgabe. Die zahlreichen Initiativen und Aktivitäten in unseren Kirchen erinnern immer wieder daran, dass die Kirche von Anfang an in Vielgestaltigkeit existierte. Deshalb darf es in der Kirche eigentlich keine Fremden geben.

Präses Manfred Kock
Vorsitzender des Rates der
Evangelischen Kirche in Deutschland

Karl Kardinal Lehmann
Vorsitzender der
Deutschen Bischofskonferenz

Metropolit Augoustinos
Griechisch-Orthodoxer Metropolit
in Deutschland

Rassismus erkennen – Farbe bekennen

Der Kampf gegen Rassismus im kirchlichen und im internationalen Kontext

Dr. Elke Tießler-Marenda

Nach Jahrzehnten der Ignoranz ist das Problem des Rassismus in den letzten Jahren auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen verstärkt ins Blickfeld gerückt. Die Ausbrüche von Gewalt Anfang der 90er Jahre machten es unübersehbar, dass es in Deutschland ein erhebliches Potential an gewaltbereiter Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gibt. Schon 1997 äußerten sich die christlichen Kirchen in Deutschland mit einem Gemeinsamen Wort zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht »... und der Fremdling, der in deinen Toren ist« zum Thema. Sie setzten sich dort zum Ziel, »sowohl Vorurteilen und Fremdenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten als auch dazu beizutragen, dass die damit zusammenhängenden Probleme differenziert und in ihrer Vielschichtigkeit wahrgenommen und bewertet werden«.

In der öffentlichen Debatte werden die Begriffe Ausländerfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus höchst unterschiedlich eingesetzt. Angesichts bestehender sprachlicher und inhaltlicher Unklarheiten soll hier zunächst in der gebotenen Kürze eine Klärung der Begrifflichkeit erfolgen. Den Begriffen Ausländerfeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist gemeinsam, dass mit ihnen Ausgrenzung und Diskriminierung beschrieben werden. In Deutschland spricht man zumeist von *Ausländer-* bzw. von *Fremdenfeindlichkeit*, um Ablehnung und Ressentiments gegenüber Bürgerinnen und Bürgern anderer ethnischer Herkunft oder anderen Glaubens zu benennen. Der Gebrauch beider Begriffe ist jedoch kritisch zu sehen, da sie unpräzise und irreführend sind: Der Begriff *Ausländerfeindlichkeit* ist abzulehnen, weil er das zu bezeichnende Problem nicht wirklich erfasst.

Von Ablehnung, Diskriminierung und Feindseligkeiten bis zu blanker Gewalt sind keineswegs alle Ausländer und nicht nur Ausländer betroffen. Weißhäutige Amerikaner, Schweizer, Skandinavier oder Holländer leiden beispielsweise kaum darunter. Afrodeutsche oder eingebürgerte Türken sind hingegen Opfer »ausländerfeindlicher« Gewalt. Der Begriff *Fremdenfeindlichkeit* ist ebenso unzutreffend. Er beruht auf einer vorgeblich angeborenen »natürlichen« Abwehrhaltung des Menschen allem Fremden gegenüber. Es wird aber nicht deutlich, warum beispielsweise Menschen als Fremde abgelehnt und angefeindet werden, die man kennt, die vielleicht schon seit Generationen im Land leben oder mit denen man Heimatland, Sprache, Kultur und Geschichte teilt. Sowohl der Begriff *Ausländerfeindlichkeit* als auch der Begriff *Fremdenfeindlichkeit* gehen von der Existenz einer objektivierbaren Fremdheit aus. Sie machen an einer feindseligen Einstellung Menschen gegenüber fest, die angeblich andersartig als die einheimische Bevölkerung sind – sei es der vorgeblich Fremde oder sei es der Ausländer. Damit befördern beide Begriffe – zumeist unbewusst bzw. ungewollt – Ausgrenzungsprozesse den Opfern gegenüber. Zum Opfer wird man demnach, weil man fremd bzw. Ausländer ist, also weil man nicht zu »uns« gehört. Übersehen wird dabei, dass es das objektiv »Fremde« sowenig gibt wie ein homogenes »uns«, dass bestimmte Menschen aus verschiedenen Gründen lediglich als »Fremde« konstruiert werden. Gegen beide Begriffe spricht auch, dass sie in ihren Erklärungsansätzen zu sehr auf Probleme in der Sozialisierung der Täter, auf Persönlichkeitsstrukturen und Verhaltensweisen Einzelner fokussiert sind. Die politischen und gesellschaftlichen Hintergründe werden nicht ausreichend einbezogen.

Eine kurze Definition dessen, was *Rassismus* bedeutet, fällt schwer. Zu vielfältig sind die jeweiligen Herleitungen und Begründungen, der jeweilige historische, kulturelle und politische Kontext der Phänomene, die mit dem Wort *Rassismus* bezeichnet werden. In der einschlägigen Literatur wird beispielsweise unterschieden zwi-



Foto: Brigitte Kraemer

schen intellektuellem, biologischem, genetischem, kulturellem, ökonomischem, sozialem oder sexistischem *Rassismus* usw. Diese Vielfalt führt dazu, dass von *Rassismus* kaum zu sprechen ist, eher von *Rassismen*. Dennoch lassen sich gemeinsame Charakteristika finden. Was jeweils als Differenzierungsmerkmal, an Hand dessen Menschen abgewertet werden, genannt wird, ist zwar abhängig von den jeweiligen historischen und kulturellen Bedingungen. Ein verbindendes Kernelement aller Arten von *Rassismus* ist jedoch der pseudowissenschaftliche Versuch, Rang- und Wertunterschiede zwischen Menschen zu begründen. Die vorgeschobenen Unterscheidungskriterien dienen immer dazu, andere Menschen zu diskriminieren bzw. ihre Abwertung zu legitimieren. Weiter lässt sich festhalten, dass *Rassismus* anders als *Ausländer-* bzw. *Fremdenfeindlichkeit* ein gesellschaftliches Macht- und Gewaltverhältnis beschreibt. *Rassismus* ist eine Ideologie und dient dazu, gesellschaftliche Zustände und Wahrnehmungen von Ungerechtigkeit zu legitimieren, die nach bürgerlichen Gleichheitsvorstellungen an sich nicht zu rechtfertigen sind. Neben diesem institutionellen bzw. strukturellen *Rassismus* lässt sich weiter ein individueller bzw. alltäglicher *Rassismus* konstatieren, mit dem die Vorurteile eines Großteils der Bevölkerung gegenüber ethnischen Minderheiten bezeichnet wird.

Das Wort *Rassismus*, das in anderen europäischen Ländern ebenso wie das Wort *Rasse* ohne größere Scheu benützt wird, wird in Deutschland wesentlich zurückhaltender gebraucht. *Rassismus* wird häufig auf gewalttätiges Verhalten oder extreme Formen von Diskriminierung reduziert. Gewaltfreier struktureller und individueller *Rassismus* wurden hingegen lange Zeit ausgeblendet oder durch die Bezeichnungen *Ausländer-* und *Fremdenfeindlichkeit* relativiert und verharmlost. Diese Zurückhaltung im Gebrauch des Wortes *Rassismus* mag unter anderem daran liegen, dass der Gebrauch des Wortes *Rasse* sowohl auf Grund seiner Begriffsgeschichte als auch auf Grund der deutschen Geschichte als problematisch angesehen werden muss. Auch im Gemeinsamen Wort der Kirchen heißt es dementsprechend, dass der Begriff *Rasse* zu vermeiden ist, da er historisch belastet und wissenschaftlich umstritten ist. Zu Recht wird aber auch darauf hingewiesen, dass dennoch von *Rassismus* zu sprechen ist, wenn es offenen und versteckten *Rassismus*, den es auch in unserer Gesellschaft gibt, zu beschreiben gilt.

Jeder Angriff auf Leben oder Gesundheit eines Menschen, jede Beeinträchtigung seines Ansehens, jede Zerstörung seines Eigentums und jede Schändung seiner religiösen Stätten ist ein Angriff auf die unteilbare Menschenwürde, die ein Fundament des christlichen Bekenntnisses und des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates ist. Für Christen ist es die Sicht von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen, die ihm seinen spezifischen Wert und eine besondere Würde verleiht: »Gott schuf also den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie« (Gen 1,27). Gott unterscheidet nicht nach Rassen. Er schuf den Menschen und damit alle Menschen nach seinem Abbild. Durch *Rassismus* wird nicht nur die Menschenwürde und die Gleichberechtigung aller Menschen missachtet, sondern auch seine Gottesebenbildlichkeit negiert.

Der Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte, für Gerechtigkeit und Solidarität ist ein konstitutives Element und eine Verpflichtung der Kirchen und aller Christen. Diese Pflicht beruht auf dem Glauben an Gottes Solidarität mit den Menschen und der Sendung der Kirchen, Zeichen und Werkzeug der Einheit und des Friedens zu sein. Jesus selber identifiziert sich mit allen Menschen, auch mit den angeblich Fremden, indem er die Hilfe jedwedem Fremden gegenüber mit einer Tat, die ihm selber widerfahren ist, gleichsetzt. So wird er am Tag des Weltgerichts sagen: »Ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen« (Mt 25, 35), denn »was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan« (Mt 25, 40). Zur Bekämpfung von Ausgrenzung, *Rassismus* und Gewalt in Worten und Taten beizutragen, ist daher ein unverzichtbarer Teil des christlichen Selbstverständnisses. Dies beginnt mit der Einbeziehung von Zuwanderern in das Leben der Kirchen und ihrer Gremien. Da Kirche von Anfang an nie auf ein Volk im ethnischen Sinn beschränkt war, kann es in allen christlichen Kirchen letztlich keine Fremden geben. »Wir alle sind eins in Jesus Christus« (Gal 3, 28). Demgemäß wurde im Gemeinsamen Wort der Kirchen darauf verwiesen, dass das Ziel, *Rassismus* und Gewalt zu überwinden, noch mehr als bisher als ökumenische Aufgabe wahrgenommen werden muss.

Im Bewusstsein ihrer Verantwortung für ein gemeinsames Vorgehen gegen Gewalt, *Rassismus* und Antisemitismus

hat die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen den Zeitraum von 2001 bis 2010 zur »Ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt« erklärt. Die Dekade zur Überwindung von Gewalt wird ebenso wie die diesjährige Interkulturelle Woche unter dem Motto »*Rassismus* erkennen – Farbe bekennen« ihren Teil zur Überwindung von *Rassismus* beitragen. Beide werden

Rassismus mit einer Weltkonferenz bekämpfen!

Was denn, noch eine Weltkonferenz? Debatten, Sitzungen und Delegierte, die aus der ganzen Welt angereist kommen und in Fünf-Sterne-Hotels untergebracht werden? Empfänge, Medienrummel und Abschlussdokumente. Ausgaben in unvorstellbarer Höhe? Soll das tatsächlich den *Rassismus* abschaffen?

Viele werden wohl so denken nach den Erfahrungen der Weltkonferenzen in Sachen Weltbevölkerung, Menschenrechte, Frauen oder Umweltschutz.

Die Reihe der Enttäuschungen kann nur gebrochen werden, wenn die Zeigefinger der Delegierten in die eigene Richtung zeigen und wenn diese als Staaten, Organisationen und einzelne Menschen nach einer solchen Konferenz mit der Beseitigung der Defizite im eigenen Haus anfangen würden.

Diskriminierung auf Grund der Abstammung, der Religion, des Geschlechts, der Gesinnung und der körperlichen Behinderung finden auch in unserem eigenen Haus, in Deutschland, statt. Um sie zu bekämpfen genügt nicht, auf die anderen zu zeigen, auf die »Dritte Welt«, die *Skinheads* und die *Neonazis*.

Zusätzlich müssen jene Benachteiligungen durch Ämter und Behörden, die zum Alltag vieler Minderheiten in unserer Gesellschaft gehören, offen genannt, analysiert und verhindert werden.

Das Gesetzeswerk unseres Rechtsstaates muss auf diskriminierende Artikel überprüft und bereinigt werden.

Heranwachsende Generationen müssen zielgerichtet auf Interkulturalität und Verabscheuung jeglicher *Rassismen* erzogen, aus- und fortgebildet werden.

Und vor allem müssen Amtsträger, Politiker und Repräsentanten unseres Staates in ihren Aussagen, Programmen und Handlungen darauf bedacht sein, dass sie nicht – ob gewollt oder nicht gewollt – zu Wortführern und Legitimationslieferern Rechtsradikaler werden.

Dr. Nadeem Elyas
Vorsitzender des Zentralrats der Muslime
in Deutschland



Foto: Brigitte Kraemer

auf dem reichen Erfahrungsschatz des Ökumenischen Rates der Kirchen und des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses der Interkulturellen Woche aufbauend ein Forum bieten, auf dem Erfahrungen ausgetauscht werden können. Initiativen, Netzwerke und Bewegungen, die bereits existieren, sollen einbezogen und neue Anstöße gegeben werden. Beide verfolgen das Ziel, die Begeisterung und Erwartungen von Kirchen, ökumenischen Organisationen, Gruppen und Bewegungen zu bündeln, um gemeinsam strukturelle Herausforderungen wie Rassismus zu meistern und Gewalt als Folge von Rassismus und ethnischen Hass zu überwinden.

Es gehört zu den Anliegen der Kirchen, Verbindungen zu Initiativen, Nichtregierungsorganisationen, Netzwerken und Bewegungen insbesondere aus dem nichtkirchlichen Bereich, die sich gegen Rassismus engagieren, herzustellen und so zu einer Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte im Kampf gegen Rassismus und Gewalt beizutragen. Als Gelegenheit sich gegenseitig kennen zu lernen, zu motivieren und zu stärken können neben der Interkulturellen Woche und der »Dekade zur Überwindung von Gewalt« insbesondere die Aktivitäten der Vereinten Nationen zur Bekämpfung von Rassismus und rassistischer Diskriminierung dienen. Die Vereinten Nationen haben sich seit ihrer Gründung immer wieder gegen alle Formen von Rassismus gewendet. So proklamierte die Generalversammlung 1966 in Erinnerung an das Massaker von Sharpeville/Südafrika den 21. März als Internationalen Tag zur Beseitigung

der Rassendiskriminierung und forderte die internationale Gemeinschaft auf, die Bemühungen im Kampf gegen jede Form von rassistischer Diskriminierung zu verdoppeln (A/Res/2142 [XXI], 1966). Und von 1993 bis 2003 findet bereits die dritte »Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassistischer Diskriminierung« der Vereinten Nationen statt (A/Res/48/91, 20. Dezember 1993).

Im Rahmen der »Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassistischer Diskriminierung« wurde das Jahr 2001 von den Vereinten Nationen zum »Internationalen Jahr gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenangst und damit einhergehender Intoleranz« erklärt (A/Res/54/154, 29. Februar 2000). Damit soll die politische Verpflichtung zum Kampf gegen jede Form von Rassismus erneut weltweit gestärkt werden. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen ruft Regierungen und nichtstaatliche Organisationen auf, das Internationale Jahr intensiv als Rahmen für geeignete Maßnahmen gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz zu nutzen. In Deutschland engagieren sich in diesem Kontext verschiedenste Nichtregierungsorganisationen wie die Wohlfahrtsverbände, der DGB, die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Frankfurt e.V., Aktion Courage e.V., Aktion Gesicht Zeigen!, das Netz gegen Rassismus, der Interkulturelle Rat und viele mehr. Ein weiteres Ziel des Internationalen Jahres ist es, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die (Ergebnis-

se der) Weltkonferenz gegen Rassismus zu lenken.

Vom 31. August bis zum 7. September 2001 wird in Durban/Südafrika die dritte Weltkonferenz zu Rassismus und rassistischer Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz stattfinden (A/Res/52/111, 12. Dezember 1997). Vorgeschaltet ist der Weltkonferenz ein Forum für Nichtregierungsorganisationen vom 28. August bis 1. September. Zu den Zielen der Konferenz gehört es, Fortschritte und Hindernisse auf dem Weg zur Beseitigung von Rassismus zu identifizieren. Die Analyse bisheriger Maßnahmen soll die Entwicklung neuer Vorgehensweisen im gemeinsamen Kampf gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenangst und damit einhergehender Intoleranz ermöglichen. Im Entwurf der Deklaration und des Aktionsprogramms der Weltkonferenz, die von der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte vorgelegt wurden, wird im Vorwort dementsprechend das Ziel genannt, »übereinstimmende Handlungsansätze zu identifizieren, welche die internationale Gemeinschaft befähigen, gemeinsam im Kampf gegen Rassismus, rassistischer Diskriminierung, Fremdenangst und damit einhergehender Intoleranz voranzuschreiten« (A/CONF.189/WG.1/3, 22. Februar 2001). Die Konferenz soll Gelegenheit geben, Rassismus, rassistische Diskriminierung und jedwede Form von Intoleranz als weltweit auftretende Phänomene zu diskutieren und konkrete Strategien zu ihrer Überwindung zu entwickeln.

Zur Vorbereitung der Weltkonferenz haben neben diversen Meetings, Arbeitsgruppen und Konsultationen vier Regionalkonferenzen stattgefunden:

eine europäische Konferenz vom 11. bis 13. Oktober 2000 in Straßburg, eine amerikanische vom 5. bis 7. Dezember 2000 in Santiago de Chile, eine afrikanische vom 22. bis 24. Januar 2001 in Dakar und eine asiatische vom 19. bis 21. Februar 2001 in Teheran. An der Europäischen Konferenz gegen Rassismus »Alles unterschiedlich, alles gleich: Vom Prinzip zur Praxis« nahmen Regierungsvertreter von 41 europäischen Ländern und mehrere Nichtregierungsorganisationen teil. Ergebnis der Konferenz war eine politische Erklärung der Mitgliedstaaten des Europarates und ein Schlussbericht der Konferenz. Auch der Europäischen Konferenz ging ein Forum der Nichtregierungsorganisationen voraus. Um einen Austausch von Informationen und von Beispielen für *good practice* sowie eine stärkere öf-

fentliche Aufmerksamkeit zu erreichen, sollten alle relevanten Nichtregierungsorganisationen in das Forum unter dem Titel »Beende Rassismus jetzt« vom 10. bis 11. Oktober 2000 einbezogen werden. Das Schlussdokument der Europäischen Konferenz wurde auf diese Weise stark durch die Nichtregierungsorganisationen beeinflusst. Dass auch die Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit im Schlussdokument der Konferenz erwähnt wird, geht beispielsweise auf die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen zurück. Der europäische Beitrag zur Weltkonferenz spricht alle Formen von Rassismus, rassistischer Diskriminierung, Antisemitismus und andere Formen gegenwärtiger Intoleranz an. Er verdeutlicht, dass Rassismus immer auch ein Angriff auf die Menschenrechte ist. Wie auch die Berichte der anderen Regionalkonferenzen sind die Ergebnisse der Europäischen Konferenz in den Vorschlag der Hohen Kommissarin für die Weltkonferenz eingeflossen.

Insgesamt lassen die umfangreichen Vorbereitungen, der breite Ansatz und die starke Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte darauf hoffen, dass von der Weltkonferenz Impulse für die zukünftige weltweite Bekämpfung des Rassismus, aber auch für eine selbstkritische Auseinandersetzung mit den Verhältnissen im eigenen Land und ein Anstoß zu nationalen Handlungsansätzen ausgehen werden. Eine derartige kritische Selbstbetrachtung wäre insbesondere in Deutschland vonnöten. Viel zu lang wurde hier das Problem des vorhandenen Rassismus verdrängt und beschönigend nur von Fremdenangst und Ausländerfeindlichkeit gesprochen. Dementsprechend fand bisher weder die Europäische Vorbereitungskonferenz noch das Internationale Jahr oder die Weltkonferenz gegen Rassismus in der Öffentlichkeit oder in den Medien ein breites Echo. Als Begründung für das fehlende Interesse wird dabei gern auf einen gewissen Ermüdungseffekt der Öffentlichkeit Internationalen oder Europäischen Jahren gegenüber verwiesen, da diese erfahrungsgemäß wenig praktischen Nutzen hätten. Sieht man allerdings die Folgen, die das Europäische Jahr gegen Rassismus, das 1997 stattgefunden hat, zeitigte, zeigt sich, dass es auch anders geht. Auf das Europäische Jahr gehen immerhin so weit reichende Initiativen wie das Forum und Netz gegen Rassismus in Deutschland, das Europäische Netz gegen Rassismus, die Europäische Beobachtungsstelle von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und nicht zuletzt die Aufnahme

Literatur zum Thema:

- Christoph Butterwegge, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, Darmstadt 1996
- Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa, Hrsg.: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz, Neuwied u. a. 1997
- Johannes Zerger, Was ist Rassismus, Göttingen 1997
- Stephan Ganter/Hartmut Esser, Ursachen und Formen der Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Hrsg.: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung Abteilung Arbeit und Soziales, Düsseldorf 1998

Informationen im Internet:

- Zu Gruppen und Projekten, die sich gegen Rassismus engagieren, z. B.:
www.bundesauslaenderbeauftragte.de/links/index.stm
<http://www.eumc.at/links/index.html>
<http://www.burks.de/nazis.html>
<http://www.uni-marburg.de/dir/GRUPPEN>
- Informationen zum Europäischen Jahr gegen Rassismus unter:
<http://www.uni-marburg.de/dir/GRUPPEN/interku/ejgr.html>
<http://www.enar-eu.org/de>
<http://www.eumc.at>
- Der Bericht des NRO-Forums und das Abschlussdokument der Europäischen Konferenz sind abrufbar unter:
<http://www.eumc.at/events/conferences/eu-conf/papers.htm>
<http://www.icare.to/docs-wcar.html>
- Die politische Erklärung unter:
http://www.auswaertiges-amt.de/www/en/infoservice/download/pdf/mr/pol_erkl_ek.pdf
- Informationen zur Weltkonferenz:
<http://www.un.org/WCAR/brochure.html>
<http://www.unhchr.ch>
<http://www.un.org/rights/racism>
<http://www.icare.to>
http://www.interkultureller-rat.de/projekte/un_jahr/infos.htm

von Artikel 13 in den EG-Vertrag, der den Erlass von Antidiskriminierungsmaßnahmen durch die Europäische Union vorsieht, zurück. Es liegt nun an uns allen, das Internationale Jahr gegen Rassismus ähnlich erfolgreich zu gestalten. Es besteht tatsächlich die Gefahr, dass bei der Weltkonferenz lediglich mehr oder weniger weit reichende Absichtserklärungen verabschiedet werden, die ohne praktischen Nutzen bleiben. Es ist Aufgabe der Verbände, Gewerkschaften, Initiativen, Kommunen und nicht zuletzt der Kirchen, die Konferenz zu begleiten und ihre Ergebnisse mit Leben zu erfüllen. Eine erste Gelegenheit dazu bietet die Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche, die wenige Wochen nach der Weltkonferenz stattfindet. Weiter sollten in den Kommunen Diskussionsforen zu den Ergebnissen der Weltkonferenz unter Beteiligung der örtlichen Parteien, der Verbände und von Migrantinnen und Migranten durchgeführt werden. Ziel muss es sein, die Ergebnisse der Weltkonferenz dahingehend zu diskutieren und auszuwerten, welche Konsequenzen sie für die Situation in Deutschland haben und welche konkreten Handlungsansätze sich daraus ergeben.

Und nicht zuletzt sollte das Internationale Jahr und die Weltkonferenz gegen Rassismus von jedem Einzelnen von uns genutzt werden, Rassismus, rassistische Diskriminierung und Gewalt ins Zentrum der öffentlichen Debatte zu stellen und an ihrer Überwindung mitzuwirken.

Freiburg, 19.3.2001
 Dr. Elke Tießler-Marenda ist Referentin beim Deutschen Caritasverband e. V.

Rassismus schadet uns allen

Dr. Heribert Prantl

Das mir gestellte Thema steht als Feststellung da. Und ich denke, dass niemand an dieser Feststellung rütteln, dass niemand sie in Frage stellen will. Allenfalls stelle ich mir die Frage: Wer ist »uns«? Bei Politikern ist es nämlich sehr häufig so: Wenn sie von »wir« und von »uns« reden, dann sind diese Wörter oft, ob bewusst oder unbewusst, solche der Ausgrenzung. »Wir« – das ist dann die dominante Mehrheit, die Majorität – und »wir« definiert sich dann dadurch, dass »uns« die Leitkultur gehört. Ich definiere also das Thema vorsichtshalber einmal so: »Wir« und »uns« – das sind alle, die in diesem Land wohnen, leben, sich aufhalten. »Wir« und »uns« – das ist mehr als unser Staat, als unsere Gemeinschaft, als unsere Demokratie; das ist schlicht das friedliche Zusammenleben.

Lassen Sie mich zu diesen Überlegungen darüber, wer also »wir« ist und »uns«, eine Geschichte erzählen, eine Geschichte über den Rabbiner Rothschild, der unlängst, wie Sie sich vielleicht erinnern, in der Berliner S-Bahn von jungen Neonazis blutig geschlagen wurde. Als der Rabbiner Rothschild vor ein paar Monaten in der Synagoge an der Oranienburger Straße in Berlin die vielen Leute sah, die sich im großen Betsaal drängten, um das Neujahrsfest Rosh Hashana zu feiern, empfahl er ihnen, »heute Abend besonders fest im Glauben zu sein«. »Und wenn sie es nicht sind«, fuhr er fort, »dann zeige ich Ihnen jetzt vorsichtshalber noch einmal, wo hier die Notausgänge sind.«

Er sagte das mit feinem Spott, es wurde ein fröhlicher Neujahrsabend, und an die Notausgänge dachte keiner mehr. Ein paar Tage später, nach dem Anschlag auf die Synagoge in Düsseldorf, brachte Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, die Kraft zum feinen Spott über die jüdische Not in Deutschland nicht auf: Er dachte laut und in bitterem Ernst nach über den Notausgang aus Deutschland, er sprach aus, worüber viele Holocaust-Überlebende immer wieder grübeln: Ist es richtig, hier zu leben, im Land der einstigen Täter? Und dann ist Spiegel selbst vor seinem Pessimismus und seinen Zweifeln erschrocken.

Mehr als fünfzig Jahre sind seit damals vergangen. Hat sich nicht vieles, so kann man fragen, wenn nicht schon gut, so doch viel besser gefügt, als man es damals erwarten konnte? Damals, Ende der vierziger Jahre, hatte die Jewish Agency noch gedroht, alle Juden, die nicht binnen sechs Wochen Deutschland verließen, später nicht mehr als Juden anzuerkennen. Hat Deutschland sich nicht bemüht in den Jahrzehnten seitdem? Es gab, schon unter Adenauer, »Wiedergutmachung«. Es gibt, Jahr für Jahr, die Wochen der Brüderlichkeit. Synagogen sind restauriert, jüdische Gemeinden neu- und wiedergegründet worden. Christlich-jüdische Gesellschaften sind entstanden, die Politiker schreiben Grußworte zu den jüdischen Feiertagen und bei den Gedenkfeiern der Republik sitzen die Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in der ersten Reihe.

Und Adenauers Anschlag auf das deutsch-jüdische Verhältnis liegt lange zurück: Einem wie Hans Globke, der die Nürnberger Rassengesetze kommentiert hatte, würde heute kein Kanzler mehr zu seinem Staatssekretär und Vertrauten machen. Heute eilt, einen Tag nach dem Anschlag auf die Synagoge, Kanzler Schröder nach Düsseldorf, um dort Paul Spiegel zu treffen. »Eine schöne Geste«, konnte man am nächsten Tag in Zeitungskommentaren lesen – eine Geste der Solidarität für Spiegel und die jüdische Minderheit in Deutschland. In diesem wohlmeinenden Satz steckt ein kleiner Hinweis darauf, wie es kommt, dass Juden in Deutschland im-

mer noch und immer wieder verzweifeln an ihrem Land: Es wird so getan, als sei der Antisemitismus ein Minderheitenthema, ein Thema also, bei dem es »nur« um das Verhältnis zu den mittlerweile wieder hunderttausend Juden hierzulande geht. Was für den Antisemitismus im Speziellen gilt, gilt für den Rassismus im Allgemeinen auch. Es wird so getan, als sei der Rassismus ein Minderheitenthema, ein Thema also, bei dem es »nur« um das Verhältnis zu Ausländern und Flüchtlingen geht.

Der deutsche Primärtumor

Das ist gefährlich falsch. Der Antisemitismus und der Rassismus ist nicht nur Angriff auf eine Minderheit, er ist ein Angriff, der die Gesellschaft insgesamt bedroht. Der Antisemitismus ist so etwas wie der deutsche Primärtumor, und jeder Anschlag – auf Juden, Türken, Flüchtlinge oder Obdachlose – ist eine Metastase. Es geht also nicht nur darum, ein paar als verrückt apostrophierte Täter aus dem Verkehr zu ziehen, den Zentralrat der Juden zu beruhigen und den Schmerz von Herrn Spiegel zu mildern. Es geht nicht nur um Fürsorge für eine kleine Gruppe, der man aus historischen Gründen besonders verpflichtet ist. Es geht darum, eine deutsche Krankheit zu bekämpfen.

Die Erkenntnis klingt einfacher, als sie ist. Auch die Zeitungen waren versucht, dem Mann erst einmal ein gönnerhaftes



»Kopf hoch, Spiegel!« zuzurufen und dann ein »Jetzt-wollen-wir-mal-nicht-gleich-übertreiben«. Man verbarg solche Anwandlungen freilich hinter den Sätzen des nachfühlenden Entsetzens, die sich eingeschliffen haben. Die Sache in Düsseldorf sei, so hieß es auch, letztendlich und Gott sei Dank gar nicht so schlimm gewesen, das Feuer sei rechtzeitig ausgetreten worden, und, überhaupt, ein krasser Anstieg antisemitischer Exzesse sei nicht feststellbar; eine gewisse Anzahl sei nun einmal leider, nicht nur in Deutschland, normal.

Wer so argumentiert, hat sich an eine Normalität gewöhnt, die keine Normalität ist: etwa daran, dass jüdische Einrichtungen hierzulande ausschauen müssen wie kleine Festungen und dass tagtäglich jüdische Gräber geschändet werden. Es handele sich, so heißt es jedes Mal, um Taten einer rechtsextremistischen Minderheit – und diesen Affen dürfe man, freundliche Mahnung an Paul Spiegel, mit defätistischen Äußerungen nicht auch noch Zucker geben. Mit solchem Tadel indes wird klammheimlich den Juden bei künftigen Anschlügen auch noch ein gewisser Schuldanteil daran zugeschoben – nach dem Argumentationsmuster: Wenn Spiegel in Aussicht stellt, dass Juden das Land verlassen, wenn es »so« weitergeht, dann provoziere er doch, dass es »so« weitergeht.

Die Mahnung an Spiegel gehört ins Arsenal der Ausreden, mit denen die deutsche Gesellschaft sich seit jeher zu entlasten sucht: Die Juden waren (im Zweifel ihrer Existenz wegen) auch selber Schuld am Antisemitismus. Es gibt viele anderer solcher Ausreden: Zum Beispiel die, dass Wirtschaftsprobleme und Arbeitslosigkeit die Ursache von Rassismus seien. Der Bundeskanzler gebraucht solche Ausreden auch – wenn er über den zunehmenden Neonazismus im deutschen Osten redet. Es handelt sich dabei um die Rationalisierungsformeln uralter Vorurteile. In der Schrift »Volksfeindideologie« der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte aus dem Jahr 1969 wird das anschaulich beschrieben: »Die Fremdgruppe ist kommunistisch infiziert, weist eine überproportionale Kriminalität auf, führt eine parasitäre Lebensweise, verbreitet ansteckende Krankheiten, gefährdet die biologische Substanz eines Volkes und entzieht dem deutschen Volksvermögen ungeheure Summen.« Versatzstücke daraus konnte man in der Asyldebatte und in der Debatte über Sozialmissbrauch finden.

Es ist kein Zufall, dass die rassistischen Klischees, die heute den »Asylmissbrauchern« angeheftet werden, früher rationalisierte Motivationen des Antisemitismus gebildet haben. Rassismus ist Sündenbock-Lehre. Erst waren die Gastarbeiter die bundesdeutschen Sündenböcke. Später wurden es dann die »Asylanten«, die Flüchtlinge und die Türken, diese als Personifizierung des islamischen Fundamentalismus. Die rassistische Ratio sieht so aus: »Wer ein Feindbild hat, der hat negative Orientierung. Wer ein Feindbild hat, der weiß, wo er draufschlagen kann. Je eifriger er schlägt, umso mehr vergisst er seine Unsicherheit und seine wahren Ängste«. Wenn wir vom Rassismus reden, dann reden wir also vom ideologischen Giftmüll, der die Jahrhunderte und das tausendjährige Reich überdauert hat – in der großen Politik und im kleinen Alltag. »Zehn Jahre nach der deutschen Einheit«, hat der Publizist Ralph Giordano gesagt, »ist Hitler geistig immer noch nicht geschlagen.« Im Gegenteil: Um von deutschen Zuständen, um vom Antisemitismus hierzulande abzulenken, wird ja gern auf die Zustände in Israel verwiesen, auf die Brutalität, die Israelis an den Palästinensern verüben.

Der alltägliche Rassismus

Szenen des alltäglichen Rassismus in Deutschland: Ein Blick ins thüringische Dörfchen Vachdorf. Da gab es einen Postboten Zime, einen Schwarzafrikaner aus Mosambik, der dort nur drei Tage lang Postbote sein durfte: In diesen drei Tagen machten sich die Männer des Ortes einen Spaß daraus, den Ortsunkundigen in die Irre zu schicken. Am vierten Tag jagte ihn ein Vorruehändler vom Grundstück, weil er »von einem Neger« keinen Brief annehme. Ein Blick nach Coburg in Bayern: Da hat sich eine Anwaltsgeliebte im Auftrag ihres Chefs bei der Ausländerbehörde nach dem Stand eines Asylverfahrens erkundigt und zur Antwort erhalten, sie spreche Deutsch mit Akzent und könne daher niemals bei einem deutschen Anwalt beschäftigt sein, somit auch keine Auskunft erhalten. So geschehen in Coburg im Jahr 1995. Alltäglicher Rassismus ist es, wenn Schwarzafrikaner bei der Bank ein Konto eröffnen wollen und ohne stichhaltige Begründung zurückgewiesen werden. Alltäglicher Rassismus ist es, wenn Autoversicherer immer wieder offene oder verklausulierte Versuche unternehmen, besondere Schadensklassen mit höheren Prämien für ausländi-

sche Versicherte zu schaffen. Und alltäglicher Rassismus spiegelt sich in einem Gerichtsurteil wider, wonach Zigeuner als »Nachmieter für eine Wohnung nicht geeignet« seien.

Alltäglicher Rassismus. Ein Blick in eine Schule in Wurzen/Sachsen: Die Lehrerin kommt in die Klasse, auf der Tafel steht groß und provozierend: »Juden vergasen!« Der Schulleiter, bei dem die Lehrerin Rat sucht, wimmelt sie ab: »Warum kommen Sie zu mir? Für Tafelabwisch ist der Hausmeister zuständig!« Für den Tafelabwisch also ist der Hausmeister zuständig, für die Rechtsextremisten der Verfassungsschutz, für ihre Opfer das Krankenhaus. Wenn die Schüler ihre Lehrer mit »Heil Hitler« begrüßen, ist gar niemand zuständig – weil, so sagen Lehrer, »wir gar nicht mehr zum Unterrichten kämen, wenn wir uns auch noch damit auseinander setzen müssten«. Für die kahl geschorenen Kameraden ist die ABM-Mutti zuständig, die ihnen den Schlüssel für das Jugendzentrum überreicht; das nennt sich akzeptierende Jugendarbeit, ins Ostdeutsche übersetzt: Glatzenpflege auf Staatskosten.

Der Bundestagspräsident Thierse ist einer der wenigen Politiker, die durch die Städte und Gemeinden im Osten reisen, um sich über den handgreiflichen Ausländerhass zu informieren. Dabei passiert es gelegentlich, dass der Ortsbürgermeister nicht kommt – »weil wir uns von dem, von Thierse, nicht in die Ecke stellen lassen«. Diese Ecken sind aber überall. Der Rechtsextremismus flaniert in Bomberjacken auf den Hauptstraßen; dort, wo er die Oberhand hat, nennt er sie dann »national befreite Zone«. Der Ausländerhass fährt mit, der Rassismus ist Fahrgast in den Zügen der Deutschen Bahn. Manchmal hat er sich die Insignien der germanischen Kulte umgehängt, das Keltenkreuz oder das Sonnenrad. Manchmal trägt er das T-Shirt einer neuen heidnischen Religion mit dem Schriftzug »Wotan statt Christus«. Manchmal wirft er einen Brandsatz in eine Synagoge oder Steine durchs Fenster einer Moschee. Manchmal schmiert er seine Runen auf die Mauern christlicher Gotteshäuser; die Pfarrer halten das dann nicht für rechtsextrem, sondern für antikirchlich. Solche Anschläge haben aber eine gemeinsame Zielrichtung: Sie richten sich gegen jede Religion, für die der einzelne Mensch zählt, nicht aber seine Rasse. Das heißt: Rassismus ist ein Angriff auf die Grundprinzipien der Humanität.

Gefährlicher als die RAF

Die alte neue braune Gefahr ist gefährlicher als die RAF, weil sie eine geistige Basis in der Bevölkerung hat, wie sie die RAF nie hatte. Damals, gegen die RAF, war Deutschland im Ausnahmezustand. Damals waren die Innenminister rund um die Uhr alarmiert. Heute ist ihnen – jedenfalls war das im Sommer 2000 so – das Verbot der Kampf Hunde wichtiger. Zu lange hat die Politik die Gewaltstrukturen verniedlicht, zu lange hat die Polizei geglaubt, sie habe es nur mit irre geleiteten Blödiern zu tun. Und ziemlich lange hat auch die Justiz gebraucht, bis sie Mord Mord und Totschlag Totschlag genannt hat. Das hat sich geändert, der Generalbundesanwalt zieht viele Fälle an sich. Aber es muss sich noch einiges ändern, bis sich die neue Haltung auswirkt: So lange jugendliche Schläger den Eindruck haben können, eine Gerichtsverhandlung sei eine Kasperveranstaltung, bei der man die applaudierenden Kameraden im Zuschauerraum postiert, werden die Justiz und ihre Strafen präventive Wirkung nicht entfalten.

Der Rechtsextremismus im Osten findet besonders gute Bedingungen vor: Antisemitismus und Rassismus haben in Ostdeutschland seit dem Zweiten Weltkrieg überwintert und sind nach der Wende wieder virulent geworden. Weil sich die alte Homogenität der DDR-Gesellschaft aufgelöst hat, wird ihr Andenken durch Abwehr alles Fremden verteidigt. Die DDR war ein Ort autoritärer Sozialisation, es fehlt demokratische Tradition. Politik und Gesellschaft

treten den Menschenrechtsverletzungen nicht klar genug entgegen. Soziale Spannungen prägen das gesellschaftliche Klima. All diese Faktoren wirken zusammen.

In den zehn Jahren der Einheit besteht diese Einheit im Wesentlichen aus einer ordentlich funktionierenden Wirtschafts- und Währungsunion. Es ist unendlich viel in die Wirtschaft, aber kaum in die Demokratie investiert worden. Die Wiedervereinigung geriet zur Wiederauflage des Wiederaufbaus im Westen nach 1945 mit der Potenzierung der damaligen Schwächen und Stärken (und mit dem gewaltigen Unterschied, dass bei der Wiedervereinigung der Westen die einschlägigen Erfahrungen hatte und der Osten nicht).

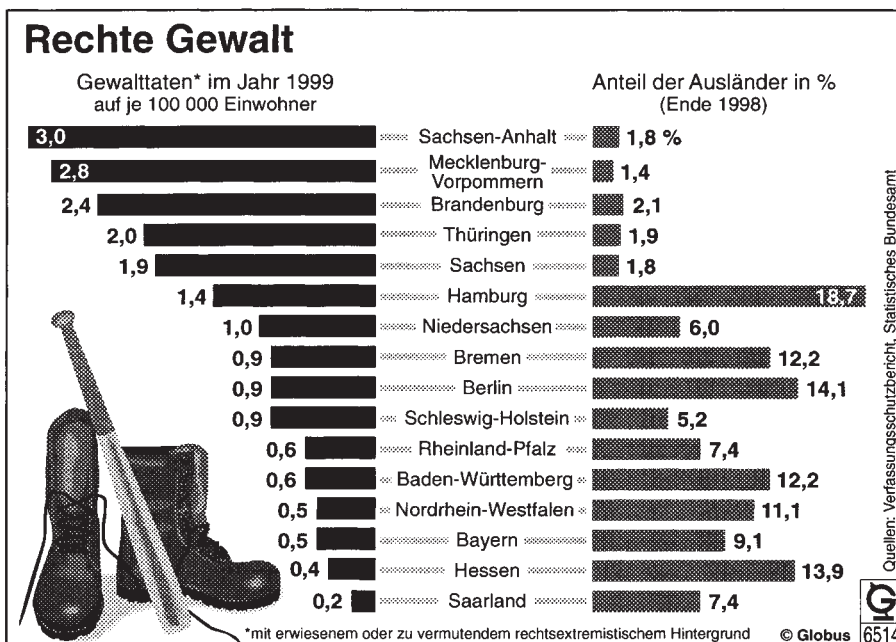
Verdrängung wiederholt sich

Im Osten wiederholte sich die Verdrängung der NS-Vergangenheit, wie man sie aus den Aufbaujahren im Westen kennt. Genau wie in den fünfziger und sechziger Jahren der alten Bundesrepublik wird sie jetzt im Osten weggeschoben. Es wird vom Neonazismus zwar geredet, aber man tut es, als wisse man nicht, wofür dieses Präfix »Neo-« steht. Der Westen glaubt, er habe spät, aber doch, seine NS-Aufarbeitungspflicht getan. Er will nicht noch einmal, nun im Osten, an das Trauma deutscher Geschichte herangehen. Bundeskanzler Schröder erklärt also den Rechtsextremismus monokausal mit den sozialen Nöten im Osten. Dies ist Verweigerung von Erinnerung. Sie knüpft, mit anderen Argumenten,

aber gleichem Ergebnis, an die DDR-Machthaber an; die hatten mit der Abschaffung des Monokapitals die Wurzel des braunen Übels für ausgerottet erklärt. Vergangenheitsbewältigung war daher nicht ihr Problem. Schröders Problem ist es auch nicht. Er sieht nur soziale Probleme. So wird der Rechtsextremismus im Osten zum geschichtslosen Phänomen.

Aufbauen. Zupacken. Die Marktwirtschaft war im Osten nach der Wende eine ungeheuer gefräßige Maschine. Kanzler Kohl hatte zwar gesagt, dass nur wichtig sei, was hinten heraus kommt. Hinten kam in der Tat einiges heraus, McDonalds und manchmal auch blühende Landschaften. Zuvor aber fraß die Maschinerie alles, was die Menschen im Osten hatten: Sie fraß deren bisheriges Leben, ihre Erfahrung, ihre Selbstachtung. Die Maschinerie aus dem Westen fraß das, was in der DDR schlecht gewesen, ebenso wie das, was dort gut gewesen war, sie fraß die alten Vorbilder, sie fraß die Ost-Elite, sie fraß die mehr oder weniger informellen Mitarbeiter der Stasi, die fraß die Politiker der ersten Wende-Stunde, den staatlich verordneten Antifaschismus der DDR, sie fraß die Autorität der Eltern, das Selbstvertrauen, den Stolz, die Sicherheit. Es blieb übrig: Ein Nährboden für Rechtsextremismus. Dieser Nährboden ist Feindesland für alles, was fremd ist, was fremd ausschaut. Rechtsextremismus lebt (und das im Osten wie im Westen, das gilt für Erwachsene und für Jugendliche noch mehr), von den einfachen Antworten, von den einfachen Schuldzuweisungen. Wer sich deklassiert fühlt, sucht einen, den er selbst deklassieren kann. Wer sich ausgegrenzt fühlt, sucht einen, den er ausgrenzen kann. Wer sich gedemütigt fühlt, sucht einen, den er selbst demütigen kann. Viele Menschen im Osten erlebten die Jahre nach der Vereinigung als systematische Demütigung – und reagierten mit aggressiver Selbstanerkennung, mit Überhebung gegenüber Außenseitern, Ausländern und Flüchtlingen.

Als die Rechtsextremen Mitte der sechziger Jahre in die Landtage der alten Bundesländer einzogen, schrieb der österreichische Schriftsteller Hans Weigel in der Wiener Kronenzeitung, dass »uns allen wohlher wäre«, wenn die Deutschen nicht so blöd wären wie die anderen – aber man solle sich doch nicht darüber wundern, dass sie es sind. Die politischen Perversionen des Rassismus und des Antisemitismus seien halt keine deutschen Spezialitäten; und darum sei es blauäugig, von den Deutschen



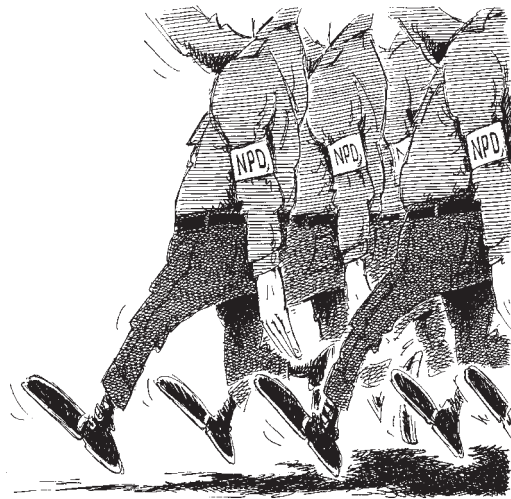
mehr politische Klugheit zu erwarten als von den anderen.

Solches Beschwichtigen hilft heute noch weniger als 1966. Was hilft es dem gehetzten Ausländer in Magdeburg, wenn man ihm sagt, dass so was auch in Birmingham vorkommt? Im übrigen, die Ausgangslage ist anders: Nirgendwo sonst waren Rechtsextremisten so fatal erfolgreich wie in Deutschland: Tote und Krüppel – wo anders als in der verbrecherischen Politik deutscher Rechtsextremisten von 1933 ff.? Das demokratische Deutschland befindet sich also in der Situation eines ehemaligen Alkoholikers: Wenn er wieder zur Flasche greift, so erschrecken die Nachbarn. Greift ein anderer zum Fusel, so nimmt das kaum jemand zur Kenntnis.

Juristischer Exorzismus

Das Thema lautet: Der Rassismus schadet uns allen. Lassen Sie uns – aus hochaktuellem Anlass – einen Blick darauf werfen, was zur Schadensabwendung und -bekämpfung, was also zur Prävention und Repression getan wird. Beim großen Exorzismus der katholischen Kirche wird der Besessene mit Weihwasser besprenkt, der Priester betet die Heiligenlitanei, liest aus dem Evangelium und ruft den Heiligen Geist an. Die eigentliche Exorzismusformel besteht dann aus dem Befehl an den Teufel, den Besessenen zu verlassen. So ist das in der katholischen Religion. In fast allen Religionen gab und gibt es zur Bewältigung des vermeintlich unerklärlich Bösen solche magischen Handlungen. Zauberer, Medizinmänner oder Priester versuchen auf diese Weise, böse Mächte zu vertreiben: da wird gebetet, getanzt, gesalbt, gewaschen, die Hand aufgelegt – oder einfach laut geläutert, um so den Dämon zu bannen.

Um die Dämonen Neonazismus und Rechtsextremismus aus Deutschland auszutreiben, findet hierzulande seit Monaten eine Art Exorzismus statt. Die Handlungen, die zu diesem Zweck vollzogen werden, reichen vom einfachen lauten Lärmen bis hin zum Verbotsantrag: Der Antrag an das Bundesverfassungsgericht, die rechtsextreme NPD zu verbieten, wird diskutiert, als handele es sich beim Verbot um den großen Exorzismus solemnus. Die politische Energie, die bisher in diesen Verbotsantrag gesteckt wurde, fehlt leider bisher auf anderen Gebieten der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ziemlich komplett.



© Mester

Das ist kein Plädoyer gegen das Verbot der NPD. Es ist nur die Mahnung, sich von einem solchen Verbot nicht zu viel zu erhoffen. Es handelt sich um eines von vielen Steinchen in einem großen Puzzle, das »Bekämpfung des Rechtsextremismus« heißt. Auch in Karlsruhe ist der Knopf nicht zu finden, auf den man nur drücken muss, um die Gefahr zu beseitigen. Es gibt ihn nicht. Es ist aber zu befürchten, dass die Innenpolitiker glauben, ihre Schuldigkeit mit dem Verbotsantrag getan zu haben – und sich ihre Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus dann darauf beschränken, belastendes Material gegen die NPD anzuhäufen, zu sichten und auszulegen. Wenn es so sein sollte, dann schadet der Verbotsantrag mehr als er nützt.

Wie gesagt: Das ist keine Grundsatzkritik an einem Verbotsantrag gegen die NPD – das ist eher die Mahnung, dass sich die Bekämpfung des Rechtsextremismus in einem solchen Verbotsantrag nicht erschöpfen kann. Das braune Gedankengut kann man ohnehin nicht verbieten. Verbieten kann man allenfalls eine Partei, in der dieses Gedankengut sich mit Gewalttätigkeit verbindet. Demokratie setzt nicht auf Verbote, sondern auf politische Auseinandersetzung auch mit verfassungsfeindlichen Bestrebungen – in der Überzeugung, dass sie Auseinandersetzung nicht scheuen muss. Die streitbare Demokratie streitet, so lange es irgend geht, mit Argumenten, nicht mit Verboten. Vielleicht haben Demokraten zu wenig überzeugend gestritten.

Richtig betrachtet dient ein Verbot der NPD nicht der Bekämpfung einer Ideologie, sondern der Bekämpfung von rassistischer und antisemitischer Gewalttätigkeit. Es ist nämlich so in einer Demokratie: Man darf Neonazi sein, man darf das auch zeigen. Man darf in einem

demokratischen Land verquaste Ideologien herunterbeten, man darf dümmlische Sprüche aufsagen, man darf sie sogar drucken und damit Geschäfte machen. Das tut jedem Demokraten in der Seele weh, aber: Eine Demokratie muss das aushalten können. Nicht nur die Gedanken sind frei, ihre Formulierung ist es auch, selbst dann, wenn es sich um braune Gedanken handelt. Eine Demokratie mit einer Gedankenpolizei wäre nämlich keine Demokratie mehr; also muss das Strafgesetz ziemlich lang zusehen. Das Gesetz darf erst dann eingreifen, wenn der Hass gegen andere militant wird, wenn also aus politischer Hetze Volksverhetzung und wenn die Menschenwürde anderer mit Füßen getreten wird. Dann muss das Recht zupacken, schnell und bestimmt. Dann muss gegebenenfalls auch ein Parteienverbot beantragt und ausgesprochen werden – die schärfste Waffe, die die Demokratie hat, und die die Mütter und Väter des Grundgesetzes sehr bewusst in die Verfassung hineingestellt haben – weil nicht noch einmal passieren sollte, was passiert ist: Dass die Demokratie hilflos zuschaut, wenn ihre Feinde sie zerstören.

Für die Mütter und Väter des Grundgesetzes, die vor mehr als 50 Jahren die bundesdeutsche Verfassung geschrieben haben, war das Verbot einer verfassungsfeindlichen und gewalttätigen politischen Partei eine Notbremse, das letzte Mittel der Demokratie. Der Verbotsartikel war eine gemeinsame bittere Erkenntnis aus der Zeit der Weimarer Republik gewesen: Nicht noch einmal sollte es passieren, dass die Demokratie das Feld ihren Feinden überlässt – wie damals den Hitler-Faschisten. Die Aufnahme eines Parteienverbots ins Grundgesetz (und es war dies ein Novum im Bereich der westlichen Demokratien) war die historische Grundentscheidung für

eine wehrhafte Demokratie. Volkstümlicher gesagt: Die deutsche Demokratie ist tolerant, aber nicht blöd. Sie muss es sich nicht gefallen lassen, dass eine politische Partei als Durchlauferhitzer für rechtsextreme Gewalt fungiert. Sie darf es nicht dulden, dass die NPD sich als Schulungszentrum für handgreiflichen Rassismus begreift. Sie kann es nicht hinnehmen, dass sich Rohlinge hinter dem Parteienprivileg verstecken.

Aber noch einmal: Auch in Karlsruhe ist der Knopf, mit dem sich der Rechts extremismus einfach abschalten lässt, nicht zu finden. Es kann nicht darum gehen, das braune Programm wie mit der Fernseh-Fernbedienung von der Wohnzimmercouch aus möglichst bequem wegzuschalten. Es gilt, das Programm zu verändern. Das heißt: Die Politik muss auf anderen Gebieten genauso entschlossen handeln wie auf dem juristischen – das heißt Bildung, Schule, Erziehung, Opferschutz, Jugendarbeit, Netzwerke gegen Gewalt. Derzeit ist es so: Das 75-Millionen-Programm gegen Rechtsextremismus, gestreckt auf drei Jahre, das vom Bundeskabinett nach der Sommerpause mit großem Trara verkündet wurde, ist in Wahrheit ein Beispiel für die Substanzlosigkeit der bisherigen Maßnahmen. Es handelt sich nicht um deutsche Mittel, sondern um Mittel aus europäischen Programmen – was nicht per se schlecht ist, im konkreten Fall aber sehr wohl. Das Geld liegt im Europäischen Sozialfond für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und ist nur unter größten Verrenkungen für die Bekämpfung des Rechtsextremismus abrufbar. Für die vielen kleineren Initiativen, die Geld wirklich brauchen, hängt es zu hoch. Die Projekte in Jugendzentren und Schulen oder die Initiativen, die verfolgten Ausländern Schutz gewähren, können davon praktisch nicht profitieren.

Aufstand der Anständigen, Anstand der Zuständigen

Der Verbotsantrag, um ihn ein letztes Mal anzusprechen, ist ein Signal. Ob und wie es wirkt, hängt vom weiteren Verhalten der Politik ab – zum Beispiel davon, ob und wie sie sich um die Opfer der rechtsextremen Gewalt kümmert. Ein humaner Umgang mit Flüchtlingen gehört zur Glaubwürdigkeit des Eintretens gegen Rechtsextremismus. Das heißt: Beim Aufstand der Anständigen, den der Bundeskanzler fordert, muss die Politik mit gutem Beispiel vorangehen. Und da reicht es nicht, wenn Schröder und Co.,

wenn SPD, Grüne, F.D.P., PDS und CDU/CSU bei einer Großdemonstration mitgehen wie am 9. November 2000 in Berlin. Gegen eine solche Demonstration, die für Toleranz wirbt und gegen Fremdenhass angeht, ist natürlich nichts zu sagen, es handelt sich um den kleinsten gemeinsamen Nenner der Demokraten.

Aber man muss auch sehen, dass es die allerselbe Demo wie die vom 9. November 2000 in Berlin, mit den allerselben Politikern und Parteien und sehr ähnlichen Reden schon einmal gegeben hat. Auch damals forderte ein Bundespräsident den humanen Umgang mit Flüchtlingen und Einwanderern. Auch damals ging es um ein »menschliches, weltoffenes und tolerantes Deutschland«. Auch damals wurden »Hass, Gewalt, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit verurteilt«. Vor acht Jahren hat eine Großdemonstration gegen Ausländerfeindlichkeit schon einmal stattgefunden – auch am 9. November, auch in Berlin, auch vor dem Brandenburger Tor. Im Jahr 2000 also riefen Kirchen, Gewerkschaften, Zentralrat der Juden und die demokratischen Parteien wieder zu einer solchen Demonstration auf. Ich frage mich: Wer hat eigentlich in der Zwischenzeit Politik gemacht? Damals gab es exakt die gleiche Ausländerfeindlichkeit wie heute. Auch damals wurden jüdische Friedhöfe geschändet. Auch damals Brandsätze in Synagogen geworfen. Auch damals Ausländer verfolgt, verprügelt, totgeschlagen. Was ist geschehen seit der Großdemonstration vom 9. November 1992? Es hat sich an den äußeren Umständen bis auf einige Politikernamen wenig geändert. Nur der Ausländerhass äußert sich noch großflächiger als 1992: Damals waren vor allem Menschen in Asylheimen und Ausländerwohnungen bedroht; heute gibt es Landstriche, in denen Ausländer nicht mehr sicher sein können. Und ihre rechtliche Situation hat sich verschlechtert: das Asylrecht wurde geschwächt, das Ausländerrecht verschärft. Ein Einwanderungsgesetz gibt es nach wie vor nicht.

Auch die Heuchelei ist also Teilnehmer an einer solchen Demo. Trotzdem soll man sie nicht diskreditieren: Es geht, wie gesagt, um den kleinsten gemeinsamen Nenner der Demokraten. Wenn ich sage, die Politik soll beim »Aufstand der Anständigen« mit gutem Beispiel vorangehen, dann meine ich nicht unbedingt eine Demo. Die gesellschaftliche Diskriminierung der Einwanderer und Flüchtlinge muss beendet werden; sie zeigt sich zum Beispiel in der tagtäglichen Anwen-

dung des Flüchtlings- und des Ausländerrechts, also in der Praxis der Ausländerämter. Die politische Sprache muss sich ändern.

Es geht also um den Anstand der Zuständigen. Solange es den nicht gibt, solange also Migrationspolitik im Stil von Katastrophpolitik gemacht und über Flüchtlinge geredet wird wie über eine Heuschreckenplage, sind Image-Kampagnen des Regierungssprechers mit den Wildecker Herzbuben eher peinliche Veranstaltungen. Nur dann, wenn eine Politik der falschen und missverständlichen Signale aufhört, kann es zum Beispiel den Jugendzentren in Ostdeutschland gelingen, rechtsradikalen Jugendlichen Grenzen zu ziehen und Wertesicherheit beizubringen – dass es also in Deutschland nicht »Heil Hitler« heißt und dass man nicht unbedingt die »Zillertaler Türkenjäger« hören muss. Politik gegen Rechts – dazu gehört das Bekenntnis zum Flüchtlingsschutz, zum Asylrecht, zu einer fairen Einwanderungsregelung. Politik gegen Rechts ist eine Ausländerpolitik, die Ausländer in Deutschland nicht möglichst lang in juristischer Unsicherheit hält. Wer Ausländer alle paar Wochen zur Behörde zitiert und sie dort um die Verlängerung ihres Aufenthaltes zittern lässt, der muss sich nicht groß wundern, wenn Gewalttäter sich brüsten, sie würden sie noch viel heftiger zittern lassen.

Bekämpfung des Rassismus – das heißt zu allererst: Schutz der Opfer. Das beginnt mit Nachbarschaftshilfe. Das umfasst ein Opferschutzprogramm, das umfasst Hilfe und Fürsorge. Politik gegen Rassismus – sie passiert nicht in erster Linie im Parlament. Sie passiert in den Gemeinden, und da reicht es nicht, wenn Bürgermeister sagen: Unsere Menschen sind nicht schlecht. An der Basis müssen die demokratischen Grundstandards verteidigt und diejenigen geschützt werden, die das versuchen.

Politik gegen Rassismus – eine Vision?

Es ist leider so, dass die Politik gegen Rassismus in erster Linie auf Kongressen stattfindet. Rassismus ist aber oben und unten in Staat und Gesellschaft, er durchzieht den Alltag, er manifestiert sich im Abschiebengefängnis und im Deutschen Bundestag – es gibt keine rassismusfreie Zone. Wer realistisch ist, der sieht, dass der Rassismus wieder neue Konjunktur hat. »Gesellschaft und Staat ohne Rassismus« – dabei handelt es sich zweifellos um eine



Rechtsradikalismus? – Wodennu!?

© Mester

Vision. Aber eine Gesellschaft ohne eine solche Vision geht zugrunde. Vision – das meint ja nicht einen unerreichbaren Traum.

Eine Vision zu haben ist das Gegenteil von untätig sein. Diese Vision von Gesellschaft und Staat ohne Rassismus – sie zu haben heißt, sich nicht einschüchtern lassen: nicht von angeblichen Sachzwängen der Politik, nicht von biologischen Argumenten der Leute vom Schlage des Irenäus Eibl-Eibesfeld, der den Rassismus als quasi natürliches Verhaltensmuster beschreibt. Die Vision haben heißt, dass es nicht ausreicht, auf Anti-Diskriminierungs-Gesetze zu vertrauen. Die Vision haben heißt, Fluchtursachenbekämpfung nicht nur für einen Textbaustein von Sonntagsreden zu halten. Die Vision haben heißt, Widerstand zu leisten. Verfassungsrechtler schlucken da immer, weil sie den Begriff Widerstand gemäß Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes, auf die Bekämpfung der Diktatur also, reservieren. Der Widerstand, den ich meine, den kann man auch anders nennen – nämlich Widerspruch, aufrechter Gang, Zivilcourage; er kann Sitzblockade heißen, Bürgerinitiative oder Kirchenasyl. Die Vision kann man sogar unterrichten. In München (ähnliche Beispiele gibt es sicher auch in anderen Städten) hat ein Gymnasiallehrer ein Anti-Rassismus-Training entwickelt. Wenn in einer Klasse ein nazistisches »neues Deutschlandlied« kursiert, dann ist das ja für den Mathelehrer oft bloß eine Unterrichtsstörung – aber kein Grund zur Diskussion. Deshalb braucht man Workshops an den Schulen, deshalb ist es richtig, wenn nachher Schülerinnen und Schüler in die unteren Klassen gehen, um ihr Wissen dort weiterzugeben.

Die Vision – die Vision von Gesellschaft ohne Rassismus – beginnt mit Erinnerung. Als Barbara Distel, die Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau, und der

Historiker Wolfgang Benz den ersten Band der Dachauer Hefte herausgaben, schrieben sie in der Einleitung, es gehe ihnen nicht »um die Beschwörung der Vergangenheit als Selbstzweck, sondern um die Nutzenanwendung der Erinnerung für eine demokratische und humane Gesellschaft«. Das KZ Dachau war eine Schule der Gewalt. Aus der Geschichte lernen heißt, aus der Schule für Gewalt einen Lernort für Demokratie und gegen Rassismus zu machen.

Erinnerung heißt spüren, was Geschichte für einen selbst, für einen ganz persönlich, bedeutet. Erinnerung heißt also begreifen, dass die Geschichte nicht so weit weg ist, wie runde Gedenktage das immer wieder vermuten lassen. In dem Buch von Jorge Semprun über seinen Abtransport ins Konzentrationslager Buchenwald, in diesem atemberaubenden Roman »Die große Reise«, wird ein kleiner deutscher Junge beschrieben, der Steine auf den Zug wirft, in dem Semprun und die anderen wie Vieh zusammengepfercht überleben oder sterben. Der kleine Junge wirft Steine. Auf die Staatsfeinde. Er weiß Bescheid. Er darf es tun. Die Erwachsenen stehen daneben, sie reden so, dass er die Steine auf diese Leute werfen, dass er sie verletzen und demütigen darf. »Er kann nichts dafür, der Junge«, schreibt Semprun, »und doch kann er dafür. Er hat sich nicht selber zu einem kleinen Nazi gemacht, und doch ist er ein kleiner Nazi.« Aus der Erinnerung lernen heißt, kleinen Jungen und Mädchen klar zu machen, dass man erst fragt, warum jemand entwürdigt und wegtransportiert wird – und dann gewiss keine Steine mehr auf ihn wirft.

Erinnerung führt zur Befreiung. Und Befreiung – dazu gehört auch die Befreiung von Feindbildern, wie sie in der Politik immer gern produziert werden. Früher hat man aus Märchen und Fabeln Nutzenanwendungen gezogen. Es

gibt ein Märchen der Brüder Grimm, das davon handelt, wie sich Schwache gemeinsam gegen eine Gefahr verteidigen, die durch einen Herrn namens Korbes verkörpert wird. Es ist ein Märchen darüber, wie jeder sein Mittel, wie jeder das ihm Gemäße einsetzt, um die Gefahr zu wenden. Da taten sich also Hühnchen und Hähnchen, der Mühlstein, ein Ei, eine Ente, eine Stecknadel und eine Nähnadel zusammen: »Wie sie aber zu dem Herrn Korbes seinem Haus kamen, war der Herr Korbes nicht da. Die Mäuschen fuhren den Wagen in die Remise, das Hühnchen flog mit dem Hähnchen auf eine Stange, die Katze setzte sich in den Kamin, die Ente in die Bornstande, die Stecknadel setzte sich ins Stuhlkissen, die Nähnadel ins Kopfkissen im Bett, der Mühlstein legte sich über die Türe und das Ei wickelte sich in das Handtuch. Da kam der Herr Korbes nach Hause, ging an den Kamin und wollte Feuer anmachen. Da warf ihm die Katze das ganze Gesicht voll Asche. Er ging geschwind in die Küche und wollte sich abwaschen. Wie er an die Bornstande kam, spritzte ihm die Ente Wasser ins Gesicht. Als er sich abtrocknen wollte, rollte ihm das Ei aus dem Handtuch entgegen, ging entzwei und klebte ihm die Augen zu. Er wollte sich ruhen und setzte sich auf den Stuhl, da stach ihn die Stecknadel. Darüber wurde er ganz verdrießlich und ging ins Bett, und wie er den Kopf aufs Kissen niederlegte, da stach ihn die Nähnadel. Da war er so böse und toll, dass er zum Haus hinauslaufen wollte. Wie er aber an die Tür kam, sprang der Mühlstein herunter und schlug ihn tot.«

Ich bitte, diese Fabel nicht als Aufruf zur Gewalt für einen guten Zweck misszuverstehen. Es geht um den Wert der gemeinsamen Aktion. Der Herr Korbes des Märchens – er verkörpert für mich den Rassismus, er verkörpert eine geschichtsmächtige negative, destruktive Kraft, die schier nicht umzubringen ist. Jeder, auch der kleinste Widerstand, ist wichtig, auch wenn ein einzelner Beitrag, für sich gesehen, vielleicht nicht so bedeutend erscheinen mag. Jeder engagiert sich nach seinen Fähigkeiten. Es gilt, mit dieser Einstellung der Entrechung, der Hierarchisierung von Menschen, dem Rassismus in unserem Land zu widerstehen. Es gilt, dabei nach Verbündeten zu suchen. Gemeinsam können wir überlegen, wer eher die Stecknadel, eher das Ei oder eher der Mühlstein sein kann.

Dr. Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung
Vortrag bei der Jahrestagung des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses am
2./3. Februar 2001 in Ludwigshafen/Rhein

Diskriminierungen sind alltägliche Phänomene

Volker Roßocha

Wenn Menschen anderer ethnischer Herkunft zusammen leben und arbeiten, wenn sie Verträge abschließen oder ihre Freizeit verbringen, wenn sie einen Pass oder auch Sozialhilfe beantragen, stoßen sie auf Vorbehalte und Vorurteile. Diese Vorurteile sind häufig, gemeinsam mit gesellschaftlichen und betrieblichen Strukturen, die Gründe für Benachteiligungen. Diskriminierungen und Belästigungen sind Teil der Alltagskultur. Sie äußern sich durch Sprache, Verhaltensweisen oder Gewalt, aber auch durch Benachteiligungen beim Zugang zu Arbeitsplätzen oder Dienstleistungen.

Die von Diskriminierungen Betroffenen verschweigen häufig, aus Angst vor zu erwartenden Konsequenzen, die Vorgänge. Die Gründe für das Schweigen am Arbeitsplatz sind vielfältig:

- Sie haben Ängste vor den zu erwartenden Konflikten mit Kolleginnen und Kollegen sowie Vorgesetzten.
- Sie befürchten, erworbene soziale Spielräume zu verlieren.
- Sie haben sich mit der Situation bereits abgefunden.
- Sie haben Befürchtungen, mit einer Beschwerde nicht ernst genommen zu werden.

Ungleichbehandlungen und Belästigungen sind in erster Linie Verhaltensweisen der Mitglieder einer Mehrheit gegenüber Minderheiten; von »Etablierten«, die ihren Platz in der Gesellschaft und im Betrieb gefunden haben gegenüber »Neulingen«, denen Vorurteile entgegen gebracht werden. Diese Vorbe-

Ein Jungfacharbeiter klebt auf seine Spindwand einen Aufkleber mit roter Hand und der Aufschrift »Ausländer raus!«. Die ausländischen Mitarbeiter, die den Aufkleber täglich in dem gemeinsamen Waschraum sehen, fühlen sich persönlich getroffen und angegriffen. Sie fordern den Mann auf, den Aufkleber zu entfernen. Der denkt nicht daran, im Gegenteil. Im Verlauf des Streits um den Aufkleber kommt es zu üblen Beleidigungen und Drohungen des Jungfacharbeiters gegenüber den ausländischen Kollegen.

(entnommen aus der Broschüre »Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz« der Volkswagen AG, Juni 1997)

halte schlagen dann schnell in Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit um, wenn Versagens- und Konkurrenzängste, gepaart mit gesellschaftlicher Ausgrenzung hinzukommen. Auch Migranten, die in die betrieblichen Arbeitsprozesse integriert sind, haben solche Vorbehalte, besonders gegen Asylwerberinnen und Asylbewerber, Flüchtlinge und Neuzuwanderern, die mit ihnen um den Arbeitsplatz, die Wohnung und nicht zuletzt um soziale Leistungen und Anerkennung konkurrieren.

Was ist Diskriminierung und wie wird sie definiert?

Diskriminierungen (aus dem Lateinischen für »unterscheiden«, »aussondern«) sind Äußerungen, Handlungen oder Unterlassungen, die Personen verächtlich machen, ihre Würde verletzen oder die sie benachteiligen. Diskriminierungen können von Einzelnen, von Gruppen, von Unternehmen oder vom Staat ausgehen. Diskriminierungen verstoßen gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 3 des Grundgesetzes, gegen zivilrechtliche Bestimmungen und gegen das Verbot unterschiedlicher Behandlung des Betriebsverfassungsgesetzes (§75) bzw. gegen §105 des Bundespersonalvertretungsgesetzes.

Die Europäische Gemeinschaft, die im Jahr 2000 zwei Richtlinien zur Bekämpfung von Diskriminierung beschlossen hat, unterscheidet zwischen unmittelbarer und mittelbarer Diskriminierung und bezeichnet unerwünschte Verhaltensweisen, die die Würde des Menschen verletzen, ebenfalls als Diskriminierung.

Nicht als ungerechtfertigte Diskriminierung bezeichnet werden allerdings Ungleichbehandlungen auf Grund der Staatsangehörigkeit. Damit lässt die Richtlinie Vorschriften über die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen und ihren Zugang zum Arbeitsmarkt unberücksichtigt.

• Eine unmittelbare Diskriminierung liegt vor, »wenn eine Person auf Grund ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft in einer vergleichbaren Situation eine weniger günstige Behandlung als eine andere Person erfährt, erfahren hat oder erfahren würde«.

• Eine mittelbare Diskriminierung liegt vor, »wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen ... in besonderer Weise benachteiligen können ...«

• »Unerwünschte Verhaltensweisen, die ... bezwecken oder bewirken, dass die Würde der betreffenden Person verletzt und ein von Einschüchterungen, Anfeindungen, Erniedrigungen, Entwürdigungen oder Beleidigungen gekennzeichnetes Umfeld geschaffen wird, sind Belästigungen, die als Diskriminierung ... gelten.«

(entnommen aus: Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000)

Welche Bedeutung haben die EU-Richtlinien für die Nichtdiskriminierungsgesetzgebung in Deutschland?

Trotz vielfältiger Bestimmungen, beispielsweise im Grundgesetz oder auch im Strafrecht zum Verbot von willkürlicher Diskriminierung, existieren nach wie vor Ungleichbehandlungen in allen Bereichen der Arbeitswelt und der Gesellschaft. Die bisherigen Rechtsinstrumente sind aber unübersichtlich und bieten keinen ausreichenden Schutz vor Diskriminierung. Außerdem reichen die Möglichkeiten, sich gegen Benachteiligungen zur Wehr zu setzen, nicht aus. Daher fordern Kirchen, Gewerkschaften und Migrantenorganisationen bereits seit langem umfassende gesetzliche Regelungen zur Nichtdiskriminierung und zur Gleichbehandlung.

Die von der EU im Jahr 2000 beschlossene Richtlinie »zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse und der ethnischen Herkunft« (29. Juni 2000) ist eine wichtige Etappe für eine umfassende Nichtdiskriminierungsgesetzgebung in Deutschland. Sie setzt damit die Standards für eine Umsetzung in diesem Land. Die EU-Richtlinie hat zwar keine direkte Wirkung auf das deutsche

Artikel 8 Beweislast

(1) Die Mitgliedstaaten ergreifen im Einklang mit ihrem nationalen Gerichtswesen die erforderlichen Maßnahmen, um zu gewährleisten, daß immer dann, wenn Personen, die sich durch die Nichtanwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes für verletzt halten und bei einem Gericht oder einer anderen zuständigen Stelle Tatsachen glaubhaft machen, die das Vorliegen einer unmittelbaren oder mittelbaren Diskriminierung vermuten lassen, es dem Beklagten obliegt zu beweisen, daß keine Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes vorgelegen hat.

(entnommen aus: Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000)

Rechtssystem, dennoch ist die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, bis spätestens 2003 die Vorschriften in nationales Recht umzuwandeln.

Die Vorschriften der Richtlinie greifen, wie im sachlichen Geltungsbereich beschrieben, in alle Lebenslagen ein. Das Diskriminierungsverbot gilt für die Arbeitswelt und die Bildung genauso wie für den Zugang zu Waren und Dienstleistungen. Mit Letzterem ist auch der Zugang zu Freizeiteinrichtungen wie Diskotheken gemeint.

Der eigentliche Fortschritt, den die EU-Richtlinie bringt, liegt im Verbot der mittelbaren Diskriminierungen, d.h. vermeintlich neutrale Verfahrensweisen dürfen nicht zu einer Benachteiligung führen. Und zukünftig brauchen nicht mehr die von Diskriminierung Betroffenen beweisen, dass sie benachteiligt wurden.

Anders als die Kirchen waren die Gewerkschaften der Auffassung, dass es keine Ausnahmeregelungen für eine Ungleichbehandlung bei Einstellung von Beschäftigten wegen der Religionszugehörigkeit oder der Weltanschauung geben sollte. Die Richtlinie zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf sieht eine solche Ausnahmeregelung für die Kirchen vor.

Wie soll die Umsetzung aussehen?

Die rot-grüne Bundesregierung hat sich in ihrer Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 verpflichtet, ein nationales Nichtdiskriminierungsgesetz zu verabschieden. Damit hat sie deutlich gemacht, dass sie nicht nur einzelne Gesetze an die Richtlinien anpassen will. Leider ist derzeit noch nicht ersichtlich, wie die Eckpunkte aussehen sollen. Viel Zeit bleibt aber nicht, um noch vor dem von der EU festgelegten Stichtag ein Gesetz zu verabschieden, insbesondere dann nicht, wenn man den Bundestagswahlkampf im Jahr 2002 berücksichtigt.

Die Nichtregierungsorganisationen fordern ein umfassendes Gesetzgebungsverfahren, damit auch vorhandene diskriminierende Vorschriften in Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsabläufen beseitigt werden. In einer Stellungnahme haben die Organisationen des »Netzes gegen Rassismus, für gleiche Rechte« darüber hinaus die Einrichtung unabhängiger Stellen und die Einrichtung von Beauftragten für Gleichbehandlung in allen Unternehmen und Verwaltungen eingefordert. Sie haben die Aufgabe, diskriminierende Praktiken zu beseitigen und Beschwerden von Kunden und Beschäftigten nach zu gehen. Außerdem sollen die Möglichkeiten der Klage von Verbänden gegen diskriminierende Verfahren verbessert werden.

Welche Maßnahmen ergreifen die Gewerkschaften gegen Diskriminierung im Betrieb?

Die Gewerkschaften haben eine soziale Schutzfunktion für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gleich ob sie eine deutsche oder ausländische Staatsangehörigkeit besitzen. Sie setzen sich seit Jahren für einen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit und Ausbildung, aber auch für die Gleichbehandlung im Betrieb ein. Diskriminierung und Ungleichbehandlung wirken sich negativ auf die solidarische Vertretung der Interessen der Beschäftigten aus. Sie sind der Auffassung, dass die ausländischen Kolleginnen und Kollegen auch an der betrieblichen Mitbestimmung partizipieren sollten. Daher setzen sie sich auch für die Wahl von ausländischen Kolleginnen und Kollegen in den Betriebs- oder Personalrat ein. Die letzten gesetzlichen Hürden wurden 1998 im Bereich des Öffentlichen Dienstes in Bayern abgeschafft. Jetzt besitzen alle Beschäftigten eines

Unternehmens oder einer Verwaltung, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, das aktive und passive Wahlrecht bei den Betriebs- bzw. Personalratswahlen.

Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen am Arbeitsplatz beeinträchtigen die Zusammenarbeit der Beschäftigten im Betrieb und beeinflussen den Produktionsablauf negativ. Einige Unternehmensleitungen, insbesondere von Großbetrieben, haben dies erkannt und gemeinsam mit den Betriebsräten Maßnahmen zur Nichtdiskriminierung eingeleitet.

Rechtliche Grundlagen für diese Maßnahmen bieten das Bundespersonalvertretungs- und das Betriebsverfassungsgesetz.

Bereits in den 90er Jahren haben die Gewerkschaften gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden auf der europäischen Ebene eine Initiative zur Schaffung freiwilliger Vereinbarungen gegen Diskriminierung gestartet. Ausgangspunkt war die gemeinsame Erklärung über die Verhütung von Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit sowie zur Förderung der Gleichbehandlung am Arbeitsplatz im Jahr 1995. In der so genannten Florenzer Erklärung haben die Sozialparteien Maßnahmen, nicht nur zur Nichtdiskriminierung von bereits Beschäftigten, sondern auch für einen gleichberechtigten Zugang zu Ausbildung und Beruf eingefordert. Die Florenzer Erklärung ist Grundlage für viele betriebliche Vereinbarungen, die in den Folgejahren verabschiedet und umgesetzt wurden.

Einige Beispiele, die in der migrationspolitischen Handreichung »Diskriminierung am Arbeitsplatz, aktiv werden für Gleichbehandlung« dokumentiert und die beim DGB-Bildungswerk bestellt werden kann:

Ruhrkohle AG (RAG)

Die »Vereinbarung zur Förderung von Gleichbehandlung und Partnerschaft ausländischer und deutscher Beschäftigter« trat am 1. Oktober 1997 in Kraft. Mit ihr sollen Beschäftigte »wirksam vor Diskriminierungen wegen ihrer Abstammung, Nationalität oder Herkunft« geschützt und gleichzeitig die Eingliederung ausländischer Beschäftigter gefördert werden. Neben den betrieblichen Gleichbehandlungsgrundsätzen bei personellen und sozialen Angelegenheiten sowie bei der Aus- und Weiterbildung werden besondere Anstrengungen zur Integration ausländi-

scher Beschäftigten und ihrer Familien einbezogen.

Niederlassung Briefpost Frankfurt der Deutschen Post AG

In dieser Vereinbarung ist ein Verbot der Diskriminierung und die Forderung nach einem aktiven Auftreten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit enthalten. Sie bezieht Maßnahmen zur Herstellung der tatsächlichen Gleichstellung der Beschäftigten ausländischer Herkunft mit ein. Anders als in anderen Betrieben ist mit dem Abschluss der Vereinbarung die Gründung einer paritätisch besetzten Kommission verbunden. Diese hat die Aufgabe, die ausländischen Beschäftigten bei personellen Angelegenheiten zu unterstützen und zur Erledigung der Beschwerden beizutragen.

TWB Presswerk GmbH

Mit der im April 1997 in Kraft getretenen Betriebsvereinbarung »zur Förderung der Gleichbehandlung aller ausländischen und deutschen Belegschaftsmitglieder« ist es in einem mittelständischen Unternehmen (mit ca. 380 Beschäftigten) gelungen, betriebliche Maßnahmen gegen Diskriminierung zu vereinbaren. Diskriminierung und Mobbing werden als schwerwiegende Störung des Arbeitsfriedens und als Ver-

stoß gegen die Menschenwürde geächtet. Besonders herausgehoben werden muss auch die Selbstverpflichtung des Unternehmens, sich in der Werbung und der Darstellung in der Öffentlichkeit für antidiskriminierende Ziele und Gleichbehandlung einzusetzen.

Volkswagen AG

Die Betriebsvereinbarung »Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz« zwischen dem Betriebsrat und dem Unternehmen Volkswagen AG trat am 1. Juli 1997 in Kraft. Sexuelle Belästigung, die sich meist gegen Frauen richtet, und Mobbing gegen Einzelne sowie Ungleichbehandlung und Diskriminierung wegen der Herkunft, Hautfarbe und Religion, die eine erhebliche Störung des Arbeitsfriedens darstellen, sollen mit dieser Betriebsvereinbarung bekämpft werden. Bei sexueller Belästigung, Mobbing oder Diskriminierung ergreift das Unternehmen in Abstimmung mit dem Betriebsrat – dem Einzelfall angemessene – betriebliche Maßnahmen, wie z. B. Belehrung, Verwarnung, Verweis oder Geldbuße. In schweren Fällen auch arbeitsrechtliche Maßnahmen, wie z.B. Versetzung, Abmahnung oder Kündigung. Außerdem können Beratungs- und/oder Therapieangebote als unterstützende Maßnahmen positiv wirken. Die in der Betriebsvereinbarung enthaltenen Verhaltens-

grundsätze gelten gleichermaßen für die bei Volkswagen beschäftigten Angehörigen von Fremdfirmen. Eine Missachtung dieser Verhaltensgrundsätze zieht ein Werksverbot für Fremdfirmenangehörige nach sich.

Anders als andere Unternehmen setzen Unternehmensleitung und Betriebsrat auf eine aktive Umsetzungspolitik, die alle Bereiche des Unternehmens in die Pflicht nimmt.

Wie setzen die Gewerkschaften die EU-Richtlinien um?

Die Gewerkschaften haben, wie andere Organisationen auch, die EU bei der Konzipierung der Richtlinien unterstützt. Den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften haben sie in Artikel 11 der Richtlinie »zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ...« eine besondere Aufgabe übertragen. Sie sollen die betriebliche Praxis überwachen sowie betriebliche und tarifliche Vereinbarungen zur Verwirklichung des Gleichbehandlungsgrundsatzes abschließen. Entsprechend hoch sind auch die Erwartungen hinsichtlich der Umsetzung der Richtlinien in Betrieben und Verwaltungen.

Die Gewerkschaften haben bisher schon deutlich gemacht, dass sie mit der Umsetzung nicht auf ein Nichtdiskriminierungsgesetz warten werden. Sie beginnen bereits jetzt, in Verhandlungen mit den Arbeitgebern die Standards umzusetzen. Entsprechend hat der Konzernbetriebsrat der Deutschen Bahn AG in Verhandlungen mit der Unternehmensleitung eine Vereinbarung verabschiedet, die neben den Beschäftigten auch die Kunden der Bahn AG vor Diskriminierung schützen soll. Diese Vereinbarung nimmt auch die aktuelle Debatte um den Rechtsextremismus in Deutschland auf. Letzteres hat auch die Deutsche Postgewerkschaft gemeinsam mit der Post AG in einem Ausbildungstarifvertrag aufgenommen. Zukünftig soll den Auszubildenden im Rahmen der Erstausbildung eine angemessene Wertorientierung in der Gesellschaft vermittelt werden, deren Ziel die verantwortungsvolle Mitgestaltung und der tolerante und gewaltfreie Umgang ist. In einem gemeinsamen Projekt werden dazu auch Handlungshilfen für die Ausbilderinnen und Ausbilder entwickelt.

Die Gewerkschaften werden auch mit der Entwicklung von Musterbetriebsvereinbarungen und Informationen an die Betriebsräte die Umsetzung der

Wuppertaler Bündnis für Arbeit

Bei der Ausbildung ausländischer Jugendlicher liegt der Öffentliche Dienst weit hinten. Das kann man bedauern oder beklagen. Oder aber man versucht, das zu ändern. So geschehen in Wuppertal im Rahmen eines kommunalen Bündnisses für Arbeit. Unterzeichnet wurde es vom damaligen ÖTV-Vorsitzenden Herbert Mai und Oberbürgermeister Hans Kremendahl. Ein Punkt: Steigerung der Auszubildendenzahlen von ausländischen Jugendlichen im Öffentlichen Dienst.

Anfang 1999 setzte sich eine Arbeitsgruppe zusammen, um nach Wegen zu suchen, die gute Absicht in die Tat umzusetzen. Ein Ergebnis: Der Ausschreibungstext für Lehrstellen wurde verändert. Jugendliche ausländischer Herkunft werden bewusst aufgefordert, sich zu bewerben.

Die Bemühungen haben sich durchaus gelohnt. Dietmar Bell, Geschäftsführer der Wuppertaler ÖTV und eine der treibenden Kräfte in dem Bündnis, verweist nicht ohne Stolz auf die »signifikante Steigerung bei den Bewerbungen ausländischer Jugendlicher bei der

Stadtverwaltung Wuppertal«. Bei den Bewerbungen für Ausbildungsberufe außerhalb des Beamtenverhältnisses stieg der Anteil der ausländischen Jugendlichen von 1999 mit 17,3 Prozent auf 23,6 Prozent im Jahr 2000. Einen Ausbildungsvertrag bekamen 1999 insgesamt 52 Jugendliche, davon vier ausländischer Herkunft. 2000 lag das Verhältnis bei sechs von 34. Das ist eine Steigerung des Anteils von 7,7 auf 17,6 Prozent. Dies ist umso bemerkenswerter, da 1998 kein einziger Azubi ausländischer Herkunft war.

Einen Wermutstropfen beschreibt Dietmar Bell so: »Leider gibt es auch weiterhin keine Einstellung von ausländischen Jugendlichen für die Beamtenlaufbahnen.« Das kann man bedauern oder beklagen. Oder verändern. Die Arbeitsgruppe für die Umsetzung des Wuppertaler Bündnisses für Arbeit trifft sich halbjährlich, um zu prüfen, ob die erreichten Zahlen hinreichend sind und wo nachgearbeitet werden muss. Ein Punkt auf der nächsten Tagesordnung dürfte klar sein.

aus: Forum Migration, Nr. 11, 2000



© Meester

Richtlinien in den Betrieben, Unternehmen und Verwaltungen unterstützen. Darin enthalten sein werden auch die Ausweitung der Beschwerdemöglichkeiten von Kunden und die Forderung nach Einrichtung von betrieblichen Gleichbehandlungsbeauftragten. Die Gewerkschaften wollen erreichen, dass Beschäftigte und Kunden nicht auf den zivilrechtlichen Klageweg angewiesen sind, da sich nur durch Veränderungen der Betriebs- und Verwaltungsabläufe, unterstützt durch die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter, Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen nachhaltig verhindern lassen.

Wie können sich Organisationen und Vereine aktiv an der Umsetzung der Antidiskriminierungspolitik beteiligen?

Diskriminierung ist nicht nur eine Verhaltensweise, die mit juristischen Mitteln bekämpft werden kann. Eine Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungspolitik muss auch von den Nichtregierungsorganisationen aktiv betrieben werden. Neben der Unterstützung von Betroffenen bei Beschwerden sind aktive Maßnahmen z.B. zur Information, Beratung und Veränderung von Einstellungen notwendig.

Die von der EU verabschiedeten Richtlinien greifen in alle Lebensbereiche, auch in die Struktur und Arbeit von Organisationen, Vereinen und Verbänden ein. Entweder, weil auch innerhalb der Strukturen Diskriminierungen nicht ausgeschlossen sind bzw. weil Organisationen selbst einen positiven Beitrag zur Gleichbehandlung leisten können. Daher sollten sie zunächst ihre eigenen Strukturen überprüfen und Strategien zur Gleichbehandlung entwickeln.

Die Umsetzung der Richtlinien in nationales Recht erfordert auch eine Diskussion über die Unterstützung der von Diskriminierung betroffenen Personen oder Gruppen. Derzeit wird insbesondere über die Frage einer Stelle zur Förderung der Gleichbehandlung auf der Bundesebene, wie sie in Artikel 13 der Richtlinie beschrieben ist, diskutiert. Aber Diskriminierungen finden vor Ort statt, daher brauchen die Betroffenen örtliche Ansprechpartner und Beschwerdestellen, die es gilt aufzubauen. Wir sollten dabei nicht darauf setzen, dass eine Organisationsform alle Beschwerden gegen Diskriminierung aufgreifen und abstellen kann. Notwendig sind örtliche Netzwerke, die gemeinsam von Ausländerbeauftragten, Antidiskriminierungsbüros, Nichtregierungs- und Selbstorganisationen gestaltet werden sollten. Nur so können die unterschiedlichen Kompetenzen zusammen geführt und eine präventive Nichtdiskriminierungspolitik betrieben werden.

Die Interkulturelle Woche kann eine solche Politik fördern. Im Rahmen dieser Woche können die beteiligten Gruppen und Organisationen über die notwendigen örtlichen Netze diskutieren und sie aufbauen. Wir sollten dabei nicht auf ein Antidiskriminierungsgesetz warten. Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung gibt es viele. Als Beispiele seien hier nur wenige genannt:

- Vorstellung der Bestimmungen der Richtlinien im Rahmen von Diskussionen mit den Nichtregierungs- und Selbstorganisationen.
- Öffentliche Fragestunden mit Vertretern der Kommunen über die Schaffung einer örtlichen Struktur zur Unterstützung der von Diskriminierung Betroffenen.

- Diskussion mit Unternehmensleitungen und Betriebsräten zur betrieblichen Gleichbehandlungspolitik.
- Einrichtung einer Hot-Line für Beschwerden, einschließlich der Beratung durch Expertinnen und Experten. Diese kann auch Ausgangspunkt für einen örtlichen Bericht über Diskriminierungen sein.
- Diskussion mit Vereinen über die aktive Förderung der Gleichbehandlung.

Wir sollten bereits jetzt anfangen, mit Verwaltungen und Betrieben über die Umsetzung zu diskutieren. Und wir sollten bereits jetzt gegenüber der Bevölkerung deutlich machen, dass die Nichtdiskriminierungspolitik nicht nur Vorteile für die Opfer bietet, sondern auch zu einer notwendigen Veränderung der Gesellschaft beiträgt, in der alle Menschen ihren Anspruch auf die Verwirklichung der Gleichbehandlung haben.

Volker Roßocha ist Leiter des Referats Migrationspolitik beim DGB-Bundesvorstand

Der Umgang mit Zuwanderung entscheidet über unsere Zukunft

Rainer Münz

Seit der Entdeckung Amerikas überzog in Europa die Auswanderung. Im 19. und frühen 20. Jahrhundert gingen mehr als 50 Millionen Europäer nach Übersee, unter ihnen auch 6 bis 7 Millionen Deutsche. Zu den Auswanderern gehörten politische und religiöse Dissidenten, Abenteurer, aber auch Arme und Besitzlose: also Personen, die aus Sicht der Herrschenden im Europa von damals ohnedies »überflüssig« waren. In der Neuen Welt brachten es viele dieser Migranten zu Wohlstand, etliche sogar zu beträchtlichem Vermögen. Diese ganz unterschiedliche historische Erfahrung erklärt die transatlantische Diskrepanz: Wir Europäer urteilen über Migranten in der Regel skeptisch bis ablehnend. In den USA und Kanada gelten Zuwanderer hingegen trotz aller Probleme als Bereicherung. Von den radikalen Verfechtern des freien Marktes über die aufgeklärten Liberalen bis zur politischen Linken reicht folglich auch heute in Nordamerika das Spektrum derer, die eine strikte Begrenzung der Ein-

wanderung vehement ablehnen. Ganz anders bei uns: Gegen mehr Zuwanderung sträubt sich eine Allianz, die von den Nationalkonservativen über sozialdemokratische Gewerkschafter bis zur PDS-Basis reicht.

Die meisten Länder Westeuropas wurden erst nach 1945 zum Ziel nennenswerter Zuwanderung. Zuerst kamen Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus der östlichen Hälfte Europas in den Westen. Bald darauf folgten Kolonialheimkehrer und auf ihren Spuren auch Einheimische aus früheren Kolonien. Mitte der 1950er Jahre begannen etliche europäische Staaten schließlich mit der Rekrutierung von so genannten »Gastarbeitern«. Viele von ihnen kehrten später in ihre Heimat zurück. Andere beschlossen zu bleiben, holten Ehepartner und Kinder nach oder gründeten erst im Zielland eine Familie.

Migranten unterschiedlichster Herkunft verwandelten vor allem die großen Städte Westeuropas in multikultu-

relle »Inseln«. Die Bevölkerung der Metropolen und Industriereviere ist daher ethnisch, religiös und kulturell deutlich »bunter« und vielfältiger als jene der Kleinstädte und der ländlichen Regionen. Insgesamt leben in der westlichen Hälfte Europas derzeit 385 Millionen Menschen. Von ihnen sind rund 20 Millionen Ausländer, also nicht Bürger jenes Landes, in dem sie derzeit leben. Unter ihnen sind auch 7,3 Millionen Ausländer in Deutschland. Die Bundesrepublik beherbergt damit in Europa die bei weitem größte Zahl an Ausländern. Hinzu kommen rund 7 Millionen Zuwanderer, die in Europa eingebürgert wurden oder schon als Bürger des Ziellandes immigrierten. Auch hier liegt Deutschland mit 3,2 Millionen heute unter uns lebenden Aussiedlern europaweit an erster Stelle.

Ohne weitere Zuwanderung wird Europas Bevölkerung im 21. Jahrhundert stark altern, aber auch schrumpfen. Dafür sorgen die niedrigen Kinderzahlen und eine zumindest in den EU-Staaten ständig steigende Lebenserwartung. Zugleich wirken sich die Geburtenrückgänge der Vergangenheit nun voll aus: Die Europäerinnen und Europäer bekamen nach 1970 weniger Kinder als die Generation davor. Deshalb wird es zukünftig deutlich weniger potenzielle Eltern geben. Weitere Geburtenrückgänge sind damit vorprogrammiert. Keine noch so ambitionierte Familienpolitik wird dies verhindern können. Zugleich wird die Zahl der Sterbefälle auf absehbare Zeit nicht kleiner, sondern größer. Denn ab nun kommt eine Generation ins Sterbealter, die keine Kriegstoten mehr zu beklagen hat. Unterm Strich bleibt ein kräftiger Alterungsschub und laufend mehr Sterbefälle als Geburten.

Die Alterung unserer Gesellschaft lässt sich durch Zuwanderung nicht mehr rückgängig machen, allenfalls ist sie zu bremsen. Denn auch Zuwanderer werden älter. Sehr wohl aufhalten lässt sich dagegen ein Rückgang der Bevölkerung, insbesondere ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung. Zuletzt geschah dies während der 1960er und frühen 1970er Jahre. Damals wurden mehrere Millionen Gastarbeiter aus Mittelmeerländern nach Westeuropa geholt. Dieser histori-

Ausländeranteil in den Bundesländern

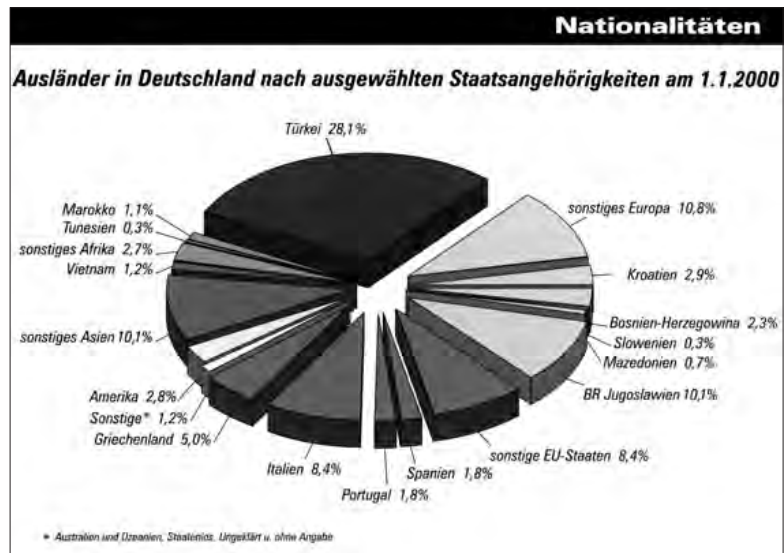
	Wohnbevölkerung	Ausländer	Ausländeranteil in %
Baden-Württemberg	10.475.932	1.268.582	12,11
Bayern	12.154.967	1.107.222	9,11
Berlin	3.386.667	484.952	14,32
Brandenburg	2.601.207	52.814	2,03
Bremen	663.065	81.042	12,22
Hamburg	1.704.735	326.447	19,15
Hessen	6.051.966	845.053	13,96
Mecklenburg-Vorpommern	1.789.322	27.042	1,51
Niedersachsen	7.898.760	477.447	6,04
Nordrhein-Westfalen	17.999.800	1.982.860	11,02
Rheinland-Pfalz	4.030.733	301.461	7,48
Saarland	1.071.501	80.981	7,56
Sachsen	4.459.686	84.569	1,90
Sachsen-Anhalt	2.648.737	49.210	1,86
Schleswig-Holstein	2.777.275	142.214	5,12
Thüringen	2.449.082	31.695	1,29
Gesamt	82.163.435	7.343.591	8,94

Quellen: Ausländerzentralregister und Statistisches Bundesamt; Stand 31. Dezember 1999

sche Vergleich zeigt allerdings auch, welche Probleme die Rekrutierung einer großen Zahl von Arbeitskräften mit sich bringt. Denn mit einer dauerhaften Niederlassung rechnete damals gerade in Deutschland eigentlich niemand: weder die Gastarbeiter selbst noch die Einheimischen. Daher bemühte sich anfänglich auch niemand um Integration. Mit den ungeplanten Nebenfolgen dieser Fehleinschätzung sind wir bis heute konfrontiert. Die meisten Arbeitsmigranten und viele ihrer Kinder sind auch über 40 Jahre nach Beginn der Anwerbung keine vollwertigen Mitglieder unserer Gesellschaft. In Deutschland sind die meisten dieser Zuwanderer nach wie vor Staatsbürger ihres Herkunftslandes, sie heiraten am häufigsten untereinander, sprechen zum Teil nur unzureichend Deutsch und sind beträchtlich häufiger arbeitslos oder von Sozialhilfe abhängig als der Durchschnitt der einheimischen Bevölkerung. All dies dient in der politischen Auseinandersetzung nun als Argument gegen zukünftige Zuwanderung.

Ohne Zuwanderung würde Deutschlands Einwohnerzahl schrumpfen: von derzeit knapp über 82 Millionen bis zum Jahr 2030 auf 72 Millionen und bis 2050 sogar auf 58 bis 60 Millionen. Zugleich würde sich ohne Neu-Zuwanderer auch die potenzielle Erwerbsbevölkerung im Alter zwischen 20 und 60 Jahren verringern: bis 2030 um 12 Millionen, bis 2050 sogar um fast 20 Millionen. Aber selbst bei einer Netto-Zuwanderung von 200.000 Personen pro Jahr würde die Zahl der 20- bis 60-Jährigen in Deutschland bis zum Jahr 2050 um 13 Millionen abnehmen. Massenarbeitslosigkeit und großzügige Vorruhestandsregelungen werden dann schon lange der Vergangenheit angehören. Das gegenwärtige Rentenniveau allerdings auch, sobald eine selbst alternde und schrumpfende Gruppe deutscher Beitragszahler immer mehr Menschen im Rentenalter erhalten muss. Das gilt vor allem für die Zeit nach 2020, wenn die Angehörigen der Babyboom-Generation voraussichtlich alle gleichzeitig in den Ruhestand gehen wollen. Das ist keineswegs nur ein Problem für die Rentenfinanzierung. Zugleich stellt sich die Frage, wer zukünftig Hilfe und Pflege für die dann rasch wachsende Zahl alter und gebrechlicher Menschen leistet.

Vor uns liegen mindestens drei Auswege: Wir können die Ausbildungszeiten der Jungen verkürzen und im Alter später in Rente gehen; wir können die Berufstätigkeit von Frauen stärker forcieren;



© isoplan, Dezember 2000

ren; und wir können mehr Migranten ins Land holen. Es gibt also einen politisch gestaltbaren Spielraum. Auch derzeit ist das Potenzial an Erwerbsfähigen keineswegs ausgeschöpft. Weniger als 70 Prozent der Erwachsenen im Alter unter 65 Jahren sind tatsächlich erwerbstätig. Angesichts einer Zahl von 3,8 Millionen offiziell registrierten Arbeitslosen bieten weder der Arbeitsmarkt noch die Arbeitsmarktpolitik Anreize, um die »stille Reserve« zu aktivieren. Diese »Reserve« bildet die wichtigste Alternative zur Zuwanderung. Viele arbeitslose, gering oder gar nicht beschäftigte Personen verfügen allerdings nicht über die erforderlichen Qualifikationen, um einen Job zu finden. Deshalb werben wir im Ausland Computer-, Software- und Internetexperten an. Parallel dazu wäre eine breite Qualifizierungsoffensive nötig. Es muss möglich werden, dass auch Personen über 40 frisches Wissen erwerben und ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern können. Gerade angesichts einer im 21. Jahrhundert alternden Erwerbsbevölkerung ist dies für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft entscheidend. Und ohne ein solches Angebot werden sich die Erwerbstätigen zweifellos weniger von der Notwendigkeit einer zusätzlichen Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte überzeugen lassen.

Wollte Deutschland sicher stellen, dass die potenziell erwerbsfähige Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 65 Jahren gleich groß bleibt, dann würde dies in den kommenden Jahrzehnten eine Netto-Zuwanderung von 400.000 Personen pro Jahr erfordern. Derzeit wandern jedes Jahr rund 800.000 Personen aus dem Ausland zu. Etwa 700.000 verlassen das Land. Damit unterm Strich ein Wanderungsgewinn von 400.000

Personen bleibt, müsste die Zahl der Zuwanderer somit auf 1,1 bis 1,2 Millionen steigen.

Auf eine solch massive Zuwanderung ist Deutschland schlecht vorbereitet. Denn die Mehrzahl der Einheimischen versteht sich weiterhin nicht als Teil einer Einwanderungsgesellschaft. Viel eher dominiert das Bild der Abstammungsnation. Der Hinweis auf die Realität vergangener und derzeitiger Wanderungsströme vermag daran wenig zu ändern. Deutschland beherbergt – gemessen an seiner Gesamtbevölkerung – mehr im Ausland geborene und später zugewanderte Personen als die USA. Aber wir verfügen kaum über Institutionen, die die Integration von Neuzuwanderern als Routineaufgabe verstehen. Hoch entwickelt sind dagegen bis heute rechtliche, administrative und gesellschaftliche Hürden, mit denen Zuwanderer konfrontiert sind. Und die ihnen signalisieren: Ihr seid hier nicht wirklich willkommen! Hinzu kommt, dass ein kleiner Teil der einheimischen Bevölkerung offen rassistisch ist. Die große Mehrheit hegt für diesen Rassismus weder offene noch klammheimliche Sympathien. Dennoch ist klar: Fremdenfeindlichkeit und Übergriffe gegen Minderheiten vermögen gerade jene Migranten abzuschrecken, die wir zukünftig dringend benötigen werden.

Wenn wir in Zukunft mehr Einwanderer und Neu-Bürger wollen, brauchen wir zuvor eine breite politische Diskussion, die den Nutzen von Zuwanderung plausibel macht und die Probleme nicht verschweigt. Anschließend bedarf es einer aktiven Verständigung darüber, wer hier einwandern soll. Schließlich geht es um einen geeigneten Regelungsmechanismus. Dazu benötigt Deutschland

früher oder später ein Einwanderungsgesetz. Und Deutschland benötigt eine geregelte Form der Abstimmung zwischen Bund und Ländern, aber auch zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften über jene jährlich anzupassenden Details, die ein Einwanderungsgesetz nicht vorab festlegen kann. Zu diesen Details gehören die gerade benötigten Qualifikationen, die Obergrenzen und die Anpassung der Auswahl- und Zulassungskriterien.

Derzeit regelt ein halbes Dutzend Gesetze die unterschiedlichen Wanderungsströme. Die administrativen Zuständigkeiten sind zersplittert. Und die Behörden entscheiden meist im Einzelfall über den Zuzug aus dem Ausland. Ob im gleichen Jahr nur einige Zehntausend Menschen ins Land kommen oder über eine Million, hat auf solche Einzelentscheidungen derzeit keinerlei Einfluss. Zukünftig sollte Deutschland hingegen festlegen, wie viele Menschen jährlich einwandern sollen. Damit wird das Einwanderungsgesetz zugleich ein Gesetz zur Begrenzung von Einwanderung sein.

Viel wesentlicher als die Festlegung von Obergrenzen ist freilich die Festlegung von Kriterien und die Vorgabe von Quoten. Denn Deutschland wird im 21. Jahrhundert Zuwanderer benötigen, die sich rasch und erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrieren, oder die sich hier selbständig machen und neue Arbeitsplätze schaffen. Voraussetzungen dafür sind Qualifikation, Leistung, Sprachkenntnisse und die Bereitschaft, bestimmte Grundwerte der aufnehmenden Gesellschaft zu respektieren. Humanitäre Überlegungen stehen somit nicht im Vordergrund, sondern der erwartete Nutzen für Deutschland. Quoten und Auswahlverfahren bedeuten da-

her auch eine gewisse Ungerechtigkeit. Auf jede Person, die wir einwandern lassen, kommen etliche andere, die vorläufig draußen bleiben müssen. In der Praxis bedeutet dies eine Warteliste. Und es bedeutet wohl auch, dass wir Personen bevorzugen werden, die sich in ihrem Heimatland auf das Leben in Deutschland vorbereiten: etwa indem sie Deutsch lernen.

Im Gegensatz zur geregelten Einwanderung lässt sich die Aufnahme von Asylbewerbern weder quotieren noch durch Wartelisten lösen. Doch auch Flucht und Asyl können in einem Einwanderungsgesetz berücksichtigt werden. Denn die Obergrenze der Neu-Zuwanderung lässt sich jeweils mit Blick auf die Summe der verbliebenen Asylbewerber und Flüchtlinge des Vorjahres festlegen. Zugleich wird es weniger Asylanträge geben, sobald sich für viele die Chance auf reguläre Zuwanderung bietet. Schließlich sollte die Bundesregierung an jenen Plänen festhalten, die EU-weit einheitliche Standards und einen Ausgleichsmechanismus vorsehen. Länder, die mehr Flüchtlinge und Asylbewerber aufnehmen, haben Anspruch auf finanzielle Abgeltung oder auf Unterbringung von Flüchtlingen in weniger betroffenen Mitgliedstaaten.

Die Zuwanderer von morgen dürfen erwarten, dass wir ihnen klare Zukunftsperspektiven bieten. Das ist in ihrem, aber auch in unserem Interesse. Denn eine alternde und schrumpfende Gesellschaft benötigt nicht in erster Linie Gastarbeiter auf Zeit, sondern tatsächlich Einwanderer. Und die sollten rascher gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft werden als die Arbeitsmigranten der 1960er Jahre. Wenn wir ihnen ein faires Ange-

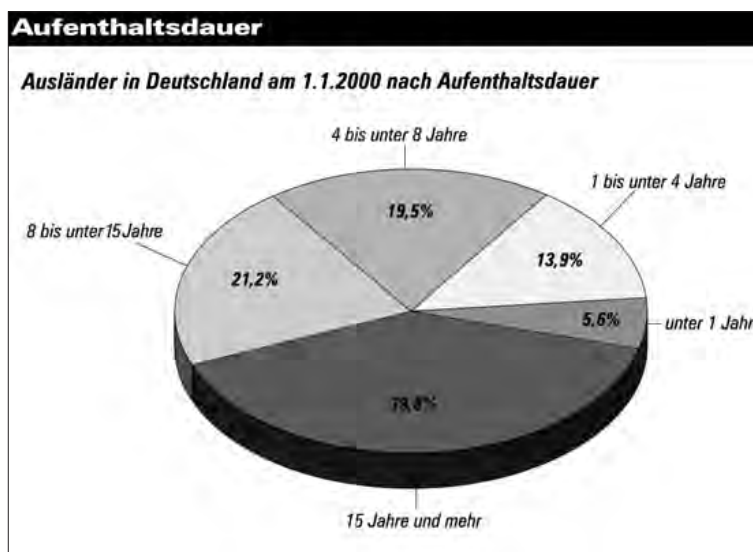
bot machen, dürfen wir von Zuwanderern künftig auch größere Integrationsanstrengungen erwarten. All dies setzt kollektive Lernprozesse im Zielland, also bei uns selbst voraus. Deshalb muss eine breite Diskussion um Einwanderung und Eingliederung jetzt beginnen. Und nicht erst, wenn der massive Mangel an Arbeitskräften bereits eingetreten ist. Denn dann muss die Rekrutierung schon laufen. Bis es so weit ist, müssen wir lernen, permanente Zuwanderung zu organisieren. Und zwar in einer Form, die eine politisch tragfähige Mehrheit der Wahlberechtigten akzeptieren kann.

Wichtigste Anforderungen an ein Einwanderungsgesetz sind daher Konsens, Transparenz und Handhabbarkeit in der Praxis. Sonst wird die nachhaltige Unterstützung für dieses Projekt ausbleiben. Sinnvoll ist auch eine Abstimmung dieses Gesetzes mit bestehenden Regelungen auf europäischer Ebene. Nachdem es hier jedoch um genuine Interessen Deutschlands geht, müssen wir nicht warten, bis zwischen allen 15 EU-Staaten gesamteuropäische Einwanderungsregelungen konsensfähig sind.

Gleichzeitig müssen wir lernen, mit einer wachsenden und keineswegs konfliktfreien Vielfalt der Herkunft, Religionen und Traditionen umzugehen. Falls uns dieser Lernprozess misslingt, dürften wir es in Zukunft schwerer haben. Denn nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen Staaten Europas wird die einheimische Bevölkerung im 21. Jahrhundert rasch altern und schrumpfen. Deshalb wird es zwischen den Staaten Europas schon bald zur Konkurrenz um attraktive Zuwanderer kommen. Zugleich werden die USA und Kanada weiterhin beliebte Zielländer bleiben. Dies vergrößert die Konkurrenz um attraktive Zuwanderer.

Für viele Migranten von morgen sind dies gute Aussichten: Ähnlich wie die heute heftig umworbenen Software-Experten werden sich vor allem Jüngere und gut Qualifizierte zukünftig das Land aussuchen können, in das sie einwandern wollen. Die Migranten werden sich vor allem dort niederlassen, wo sie gute Bedingungen vorfinden. Und wo sie tatsächlich willkommen sind. Deutschland und die Deutschen müssen sich also noch einiges einfallen lassen.

Rainer Münz ist Professor für Bevölkerungswissenschaft an der Berliner Humboldt-Universität und Mitglied der unabhängigen Kommission »Zuwanderung«. Rainer.muenz@sowi.hu-berlin.de www.demographie.de



© isoplan, Dezember 2000

**Beiträge von
Präses Manfred Kock,
Bischof Karl Lehmann und
Metropolit Augoustinos
anlässlich der Eröffnung der
25. »Woche der ausländischen
Mitbürger / Interkulturelle Woche«
am 23. September 2000
in Hannover**

Metropolit Augoustinos,
Bischof Karl Lehmann und
Präses Manfred Kock
informieren sich zum Auftakt
der »Woche der ausländischen
Mitbürger / Interkulturelle
Woche 2000« in Hannover
an einem afrikanischen Stand
bei Kass Kassadi (Kongo)
und Amadou Camara (Senegal).

Foto: epd-bild / Jens Schulze



**Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
Präses Manfred Kock**

Ansprache im Ökumenischen Gottesdienst anlässlich der Eröffnung der
25. »Woche der ausländischen Mitbürger«
am 23. September 2000 in der Marktkirche in Hannover

*»Gott schuf den Menschen nach seinem Bild,
zum Bilde Gottes schuf er ihn
und schuf sie als Mann und als Frau.«*

Der Mensch ist Gottes Bild«, so heißt es am Beginn der Heiligen Schrift. Israels Erfahrung mit seinem Gott schlägt sich darin nieder. Einen Gott hat das Volk erfahren, der sich die Menschheit zum Gegenüber wählt. Die ganze Schöpfung ist darauf hingeordnet.

Gottes Bild:

- Kein Qualitätsmerkmal, weder äußerlich noch innerlich;
- kein Charakterzug des Menschen,
- weder Vernunft noch Streben,
- weder Güte noch Vollkommenheit
sind Kennzeichen des Bildes.

Gottes Bild, das ist Gottes Gegenüber.

Israel, das Volk, mit dem Gott seinen Bund schließt, hört diese Botschaft:

»Ich will euer Gott sein, ihr sollt mein Volk sein.«

Gottes Bild: Der Christus am Kreuz.

»Seht, welch ein Mensch.«

Auf ihn blicken wir, wenn wir wissen wollen,
nach wessen Bild wir geschaffen sind und
welchem Bild wir einst am letzten Tag entsprechen.

»Ich bin für euch.« Gottes Bild – der Mensch.

Es gibt ganz andere Antworten:

Dutzendware sind wir,
anonym in riesigen Massen lebend,
verführbar zu jeder Art von Wahn
und Grausamkeit,

Rädchen im Räderwerk der Mächte,
armselig, austauschbar, ersetzbar,
oft vergesslich, was die Wohltaten angeht,
stets nachtragend, was die Verletzungen angeht und
furchtbar unsensibel gegenüber dem Leid der anderen.

Die Bibel aber beschreibt eine Würde, die diesen Einschätzungen widerspricht. Gott will, dass der Mensch eine Beziehung eingeht von Anfang an. Du und ich, ich und Du.

Gott ist Liebe, lebt in Beziehung zu uns.

Darum: Ich und Du. Das ist die einzige menschengemäße Unterscheidung zwischen uns.

– Nicht Klassen oder Rassen, nicht Gruppen oder Sippen oder Blutgemeinschaften.

– Nicht Hautfarben oder Nationalitäten oder Vaterländer.

Ich und Du, in gleicher Würde mit allen Menschen in Gottes Schöpfung.

Die gleiche Würde ist allen verliehen.

Es geht nicht allein um die Würde der Deutschen,

es geht auch um die Würde der Roma-Familien aus dem Kosovo,

es geht auch um die Würde der Menschen, die von Schleppern in unser Land geholt werden. Auch diese eingeschleppten Menschen haben das Recht auf menschenwürdige Behandlung.

Es geht auch um die Würde der Frauen, die mit Lockung oder unter Zwang zur Prostitution benutzt werden; auch sie haben das Recht auf menschenwürdige Behandlung.

Buntheit und Vielfalt der Menschheit entsprechen Gottes Willen. Niemand, kein Volk, keine Rasse oder Klasse könnte einen Mehrwert für sich reklamieren. Ich weiß, das anzunehmen fällt den Benachteiligten in unserem Land nicht leicht, insbesondere den Opfern von wirtschaftlichen Veränderungen. Das fällt auch denen schwer, die selber nie ihren Wert und ihre Würde erfahren haben, und die deshalb versuchen, sich über andere zu erheben.

Wir werden uns Mühe geben müssen, gerade ihnen zu vermitteln, dass in der Vielfalt auch Chancen liegen, dass die Ideen, Dienstleistungen, die kulturellen Beiträge unserer ausländischen Nachbarn eine Bereicherung für sie selbst und für unsere Gesellschaft sind.

Es darf keinen politischen Poker geben um so genannte nützliche Ausländer gegen nutznießende. Diese Menschen dürfen nicht zu ökonomischen Faktoren im Wahlkampf reduziert oder als politische Spielbälle missbraucht werden.

Die Würde des Menschen verlangt Zivilcourage, wenn im Namen eines dumpfen Nationalismus gegen Recht und Gesetz verstoßen wird. Wegschauen macht schuldig. Unsere Kinder und Enkel dürfen nicht auf die schrecklichen Vereinfacher hereinfallen. Wir müssen sie für einen toleranten Umgang mit ausländischen Mitschülern, Kollegen und Nachbarn gewinnen.

Am Ende der Schöpfungsgeschichte heißt es: »Und Gott sah an, alles was er gemacht hatte, und siehe, es war sehr gut«, – das ist das Nein Gottes zu Chaos und zu Gewalt; es ist sein Ja zur Würde jedes Menschen.

 **Bischof Karl Lehmann, Mainz**
Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Geistliche Besinnung im Ökumenischen Gottesdienst anlässlich der 25. »Woche der ausländischen Mitbürger« in der Marktkirche in Hannover am 23. September 2000

Die Menschen verfügen über immer mehr Möglichkeiten, ihr Leben zum Guten wie zum Bösen hin zu beeinflussen. Weil die Ehre und Würde des Menschen nicht selten bedroht sind, sehen sich die Kirchen herausgefordert, auf der Grundlage des christlichen Glaubens gemeinsam über die Gefährdungen des menschlichen Lebens in der Gegenwart zu sprechen und dabei auch umstrittene Fragen der politischen Gestaltung nicht auszuklammern.

Der christliche Glaube weiß, dass Gott der Ursprung allen Lebens ist und dass er das Leben bewahrt und erhält: »Alle Augen warten auf Dich, und Du gibst ihnen Speise zur rechten Zeit. Du öffnest Deine Hand und sättigst alles, was lebt, nach Deinem Gefallen.« (Psalm 145, 15 f.). Der Mensch lebt aus der Liebe Gottes. Zwar erfährt und weiß jeder, wie sehr man darauf angewiesen ist, die Zuneigung anderer zu gewinnen, doch gewinnt das Leben seinen Wert nicht darin, dass andere Menschen und ihre Liebe da sind. Seinen Wert und Sinn erhält menschliches Leben zuerst durch die Nähe Gottes.



Die Bibel erzählt von der Erschaffung der Welt. Sie nennt den Menschen »Bild Gottes« (Gen/1 Mose 1,26 f.). Darin sehen Juden und Christen die Würde menschlichen Lebens begründet. Es ist Gottes Ebenbild.

Foto: epd-bild / Jens Schulze

Unter den Geboten Gottes gibt es wenige, die dem Schutzgebot gegenüber Fremden und Flüchtlingen an Gewicht und Eindeutigkeit gleichkommen. Die Fremden stehen unter dem unbedingten Schutz Gottes. Der Begründungszusammenhang liegt in den Erfahrungen, die Israel in der Fremde gemacht hat: »Einen Fremden sollst du nicht ausbeuten. Ihr wisst doch, wie es einem Fremden zumute ist; denn ihr selbst seid in Ägypten Fremde gewesen.« (Ex/2 Mose 23,9). Israel kann sich in die Situation, in das innerste Fühlen von Fremden hineinversetzen; darum ist ihm zuzumuten und von ihm zu erwarten, dass es mit Fremden so umgeht, wie es recht ist und wie es Gott will.

In der Selbstoffenbarung Gottes im 1. Gebot stellt er sein befreiendes Handeln vor: »Ich bin Jahwe, dein Gott, der dich aus Ägypten geführt hat; aus dem Sklavenhaus. Du sollst neben mir keine anderen Götter haben.« (Ex/2 Mose 20,2,3). Dieses 1. Gebot macht die Befreiung von Sklaverei und Unterdrückung zur unvergesslichen und unablösbaren Eigenschaft Gottes. Darum rücken Fremde, also Menschen, die von Gleichgültigkeit, Missachtung und Unterdrückung bedroht sind, in die Mitte der Schutzbestimmungen Gottes. Das Schutzgebot gegenüber Fremden durchzieht wie ein roter Faden die Sammlung der Gebote des Alten Testaments:

»Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott.« (Lev/3 Mose 19,33 f.). Dies sind ungeheure Sätze, die die Nächstenliebe auch auf die Fremden ausdehnen – kulturgeschichtlich ein unglaublicher Sprung, den wir immer wieder uns aneignen müssen.

Der theologische Rang dieser Gebote im Alten Testament ist eindeutig. Schutz der Fremden, Liebe zu den Fremden und Gastrechte sind in der Mitte alttestamentlicher Theologie verwurzelt. Die Befreiung aus Ägypten und der Bund Gottes mit seinem Volk begründen die Identität Israels, die den Schutz der Fremden und die Achtung ihrer Rechte einschließt.

Ein altes Glaubensbekenntnis fasst die Erfahrung zusammen. Bei der Darbringung der Erstlingsfrüchte sollte jeder Israelit bekennen: »Mein Vater war ein heimatloser Aramäer. Er zog nach Ägypten, lebte dort als Fremder mit wenigen Leuten und wurde dort zu einem großen, mächtigen und zahlreichen Volk. Die Ägypter behandelten uns schlecht, machten uns rechtlos und legten uns harte Fronarbeit auf. Wir schrien zum Herrn, dem Gott unserer Väter, und der Herr hörte unser Schreien und sah unsere Rechtlosigkeit, unsere Arbeitslast und unsere Bedrängnis. Der Herr führte uns mit starker Hand und hoherhobenem Arm, unter großem Schrecken, unter Zeichen und Wundern aus Ägypten, er brachte uns an diese Stätte und gab uns dieses Land, ein Land, in dem Milch und Honig fließen.« (Deut/5 Mose 26,5-9).

Auf diesem Fundament stehen auch wir mit unseren heutigen Bemühungen um die Annahme des Fremden. Wir brauchen gerade in Zeiten des Fremdenhasses einen starken, widerstandsfähigen Grund zur Abwehr von Abneigung und Ablehnung.



Bischof Karl Lehmann,
Metropolit Augoustinos,
und Präses Manfred Kock
am 23. September 2000
in Hannover

Foto: epd-bild / Jens Schulze

Metropolit Augoustinos von Deutschland (Griechisch-Orthodoxe Metropolie)

Vom Nebeneinander zum Miteinander
Ansprache am 23. September 2000

Als ich Anfang der 60er Jahre nach Salzburg und später nach Deutschland kam, konnte ich nicht ahnen, dass mein Lebensweg mich nicht in meine Heimat Kreta zurückführen würde. Hier sollte ich vielmehr meine Lebensaufgabe und meine neue Heimat finden. Ähnlich ging es den meisten meiner Landsleute, die – immerhin erst eine knappe Generation nach dem Zweiten Weltkrieg – nach Deutschland kamen. Sie waren – und manche von ihnen sind es heute noch – der Überzeugung, dass ihr Aufenthalt hierzulande von begrenzter Dauer sein würde, ohne irgendwelche Folgen für ihre eigene Identität oder gar die des Gastlandes. Nun – die Erfahrung hat uns gezeigt, und wir sind dankbar dafür, dass aus »Gastarbeitern« »ausländische Mitbürger« wurden, ja – im Fall der Griechen etwa – »Mitbürger der Europäischen Union«.

Eine Bewusstseinsänderung hatte stattzufinden und – lassen Sie mich dies als orthodoxer Bischof einmal sagen, – wir sind stolz darauf, daß auch wir dazu ein Stück beitragen konnten. Wenn ich »wir« sage, meine ich nicht nur die Bischöfe und die Pfarrer, sondern die vielen Tausenden von Angehörigen unserer Kirchengemeinden, für die der Schritt vom Nebeneinander zum Miteinander tägliche Aufgabe ist. So war es nur selbstverständlich, dass der »Tag des ausländischen Mitbürgers«, wie er einmal hieß, von Anfang an unsere Unterstützung fand, selbst wenn es ja streng genommen in der Kirche gar keine Ausländer gibt... (Paulus schreibt: »Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau, denn ihr alle seid einer in Christus Jesus.« [Gal. 3,28]).

Lassen Sie mich dies anhand einiger konkreter positiver Erfahrungen etwas näher ausführen:

- An vielen Orten in Deutschland entstehen derzeit griechisch-orthodoxe Kirchen und Gemeindezentren, die für uns nicht nur gottesdienstliche Funktion besitzen. Auch geht es nicht darum, nationale Ghettos und Heimatvereine zu betreiben. Unser Anliegen ist es vielmehr, Stätten der Begegnung und des Dialogs zu schaffen, wo immer es geht, nicht »draußen auf der grünen Wiese«, sondern dort, wo die Menschen leben, Deutsche und Nicht-Deutsche.
- Der Gedanke eines geeinten Europas, der – ebenso übrigens wie die Hoffnung auf die deutsche Einheit Jahre lang nicht zum Grundkonsens politischer Sprache gehörte – ist mir persönlich, aber auch vielen meiner Landsleute zunehmend wichtiger geworden. Als griechisch-orthodoxe Christen in Deutschland, die sich als integrativer Bestandteil dieser Gesellschaft verstehen, sind wir bereit, daran mitzuarbeiten. Und auch hier geht es nicht um Abschottung nach außen (Stichwort: Trutzburg Europas), sondern um die Schaffung jenes Klimas, das die Toleranz weit hinter sich lässt und Akzeptanz des Anderen mit sich bringt. Kein Geringerer als Goethe hat dies so formuliert: »Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein. Toleranz muss zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen.« Dass dies in einer weithin entchristlichten Gesellschaft keine einfache Aufgabe ist, versteht sich von selbst.
- Vor einigen Tagen fuhren der Bürgermeister und der Stadtrat einer rheinischen Kleinstadt nach Griechenland, um eine Städtepartnerschaft mit einer dortigen Stadt einzugehen. Und es war für sie wichtig, bei diesem auf Zusammenarbeit und gegenseitige Annäherung angelegten Projekt Menschen mitzunehmen, die seit Jahrzehnten in dieser Arbeit engagiert sind. Dass selbstverständlich auch der griechisch-orthodoxe Pfarrer der Stadt Mitglied der städtischen Delegation war, zeigt meines Erachtens, welche Aufgabe die Kirchen hier haben. Und es zeigt, dass auch die zahlenmäßig so viel kleinere dritte christliche Kirche des Landes, die Griechisch-Orthodoxe Metropolie von Deutschland, hier tatkräftig mitwirkt.

Predigt

Yo Ludwig

Gottesdienst am 24. September 2000
in der Kreuzeskirche in Essen
zur Eröffnung der »Interkulturellen
Woche 2000« in der Evangelischen
Kirche im Rheinland
Predigt von Yo Ludwig, Reformierte
Kirche, Paris, Frankreich

Ich komme aus Frankreich – Zinedine Zidane, Laurent Blanc, David Trezeguet, Youri Djorkaeff, Lilian Thuram ...

Unser Land verdankt ihnen und der vielfarbigen Mannschaft die Welt- und Europameisterschaft im Fussball.

Jeder Torschuss war für Le Pen und die Anhänger des Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit ein Schlag ins Gesicht und ein Argument des Hasses weniger.

Die große Mehrheit unserer Landsleute hat erst da verstanden, dass eine multikulturelle Gesellschaft kein Handikap ist, sondern sogar eine Chance sein kann.

Diese Elf und die gesamte Mannschaft haben uns etwas mehr Vertrauen in uns selbst und in unsere Zukunft geschenkt.

Zinedine, David, Laurent, Youri, Lilian und die anderen gehören zu uns, und so hoffe ich – auch Mohammed aus Marokko, Yusra aus Algerien, Mayanga aus Kamerun, Dionisio aus Spanien und Rienzie aus Sri Lanka.

Ich komme aus Frankreich. Evangelische Christen sind in meinem Land eine Minderheit...

Ich komme aus Frankreich und bin Pfarrer der Reformierten Kirche, einer Kirche, die nach der Verfolgung durch absolutistische Herrscher und dem Exil in vielen Ländern Europas und weit darüber hinaus, erst im Jahre 1789, dem Jahr der Revolution, die Freiheit erfahren durfte. So ließ mein Kollege, Pfarrer Paul Henri Marron, an der Tür seiner neu eröffneten Kirche sofort zwei Marmortafeln anbringen: die eine enthält das Vaterunser, in die andere ist die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte eingemeißelt.

»Chacun a le droit à la reconnaissance en tous lieu de sa personnalité juridique«

oder in der deutschen Fassung des 6. Artikels der Erklärung vom 10. Dezember 1948:

»Jeder Mensch hat überall Anspruch auf Anerkennung als Rechtsperson«

Wir haben einander nötig, und so freue ich mich, heute mit Ihnen das Wort Gottes hören und teilen zu dürfen; das Wort, aus dem die Eine Kirche Jesu Christi lebt. So grüße ich Sie, die bunte Gemeinde, heute morgen mit drei Worten der Bibel:

Genesis das erste Buch Mose, das Buch von der Geburt des Lebens und der Welt, Kapitel 1, Vers 27:

»Gott schuf also den Menschen als sein Abbild; zum Ebenbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie.«

Weiter die Aufforderung des Propheten Jeremia an die Israeliten im babylonischen Exil:

»Bemüht euch um das Wohl der Stadt, in die ich euch geführt habe, und betet für sie zum Herrn; denn in ihrem Wohl liegt euer Wohl.« Kapitel 29, Vers 7

und ein wenig weiter die Verheißung Gottes, die er den Verbannten und Mutlosen zuruft:

»Denn ich, so spricht Gott – ich kenne meine Pläne, die ich für euch habe, Pläne des Heils und nicht des Unheils; denn

ich will euch eine Zukunft und eine Hoffnung geben.« Vers 11.

Und das dritte, das fast wie eine logische Folge der beiden ersten Worte klingt, schreibt Paulus in seinem Brief an die Römer, Kapitel 8, Vers 19:

»Denn die ganze Schöpfung wartet sehnsüchtig auf die Offenbarung der Söhne und Töchter Gottes.«

Drei Worte der Bibel habe ich gelesen – haben wir gehört.

• Ein Fremder bin ich, wenn ich die Schrift lese, fremd sind mir die Sprache, die sie spricht, fremd ist die Kultur, in der sie entstanden ist, fremd sind mir die Orte und die Zeit.

• Ich muss mich anstrengen, um zu ihr zu kommen, um den Menschen zu begegnen, die 3.000 km von hier und 2.000 oder gar 3.000 Jahre vor mir lebten.

• In ihrem Land und in ihrer Zeit bin ich ein Fremder, sind wir alle Fremde, und doch verlangt Gott von mir, dass ich zu ihnen gehe. Er führt mich dahin, wohin ich eigentlich nicht gehen will,

Vorspruch des aktuellen Bekennens zum Credo

Liturg: Lasst uns angesichts der Situation in unserer Gesellschaft bekennen:

(Liturg und Gemeinde:) Wir bekennen uns zur Ehrfurcht vor dem Leben gegen jegliche Gewalt an Schwachen. Wir bekennen uns zur Würde auch von Fremden und Angefochtenen gegen jegliche Fremdenfeindlichkeit. Wir bekennen uns zu Recht und Gerechtigkeit auch für Abhängige und Benachteiligte gegen jegliche Ausgrenzung von Menschen.

Liturg: Lasst uns unseren christlichen Glauben bekennen:

(Liturg und Gemeinde:) Ich glaube an Gott den Vater, den Allmächtigen, ...

(Quelle: Faltblatt für die Evangelischen Gottesdienste in der Superintendentur Jena, Pfarrer Dr. Friedrich Wallbrecht, Alexander-Puschkin-Platz 2, 07745 Jena)

Bringe uns zur Umkehr

Wenn wir auf nichts anderes hören als unsere eigene Meinung,

wenn wir unsere Stimme erheben und ungerechtfertigte Beschuldigungen aussprechen,

wenn wir uns laut empören, um alle Gegenstimmen zum Schweigen zu bringen,

dann bringe uns zur Umkehr, Gott, damit wir kein falsches Zeugnis ablegen.

Bringe uns zur Umkehr, Gott, damit wir unsere Herzen öffnen und uns nicht nur empören!

(Quelle: Assembly Workshop Book, Harare 1998, Nr. 70, Seite 45)

aus mir heraus zu Männern und Frauen, mit denen ich auf den ersten Blick nicht viel gemeinsam habe, und wenn ich Glück habe, so kommen sie mir ein Stück entgegen auf dem Weg. Ich muss mit ihnen sprechen über ihr Leben, ihre Fragen und Probleme kennen – und verstehen lernen. Das muss ich tun, um meiner eigenen Nöte und Fragen, um meiner eigenen Zeit und Welt willen. Das verlangt Gott von mir, um meiner selbst willen.

Es gibt Begegnungen, die nicht stattfinden, »des rendezvous manques«, verfehlte Treffen, und es gibt Begegnungen, die einen Schock bedeuten, die neue Horizonte eröffnen, nach denen die Dinge nie wieder die selben sein können wie vorher. Auch gibt es Begegnungen, bei denen man behutsam zueinander findet, so wie der Fuchs zum Kleinen Prinzen von Saint Exupéry sagt: »Ich bin scheu, du musst mich zähmen.«

Ich brauche das Gespräch mit dem Fremden, dem Anderen, damit ich mir selber vertraut werde, das verstehe, was ich glaube und sein kann, der ich bin. Darum habe ich ein Recht auf den Fremden ... auf ein Wort von außen ... auf den Nächsten, auf den Andern.

Ökumenischer Eröffnungsgottesdienst

Kyrie

Gott, der Mensch ist als dein Ebenbild erschaffen. Er besitzt eine Würde, die ihren tiefsten Grund in dir, Gott selbst, hat. Überall dort, wo die Würde des Menschen mit Stiefeln getreten und mit Worten verletzt wird, wirst du, Gott selbst, verletzt, erleidest du mit die Schmerzen.

Nach deinem Willen ist kein Mensch mehr wert als ein anderer, schon gar nicht wegen seiner Hautfarbe, seiner Kultur, seiner Konfession oder Religion.

Denn du willst, dass die Menschen aller Völker, Kulturen und Religionen menschenwürdig miteinander leben können.

Herr, erbarme dich.

Gott, in deinem Tod am Kreuz hast du die Verachtung der Menschenwürde und die Verletzung der Menschenrechte zutiefst erfahren und angenommen. Du stehst auf der Seite der Verfolgten, der Armen, der Gequälten. Doch hast du auch die Erfahrung gemacht: Ich bin ein Fremdling gewesen, und ihr habt mich aufgenommen.

Darum ist unser Auftrag Gastfreundschaft zu üben und unsere Türen zu öffnen für die Fremden und Verfolgten.

Christus erbarme dich.

Die christlichen Kirchen hatten lange Zeit hindurch Schwierigkeiten mit den Menschenrechten; waren die doch in Zeiten der Unruhe und des Umbruchs entstanden als Ergebnis menschlicher Überlegung und Rationalität. Ist doch das Recht, das sie beanspruchen, mehr gestellte Forderung als empfangene Gabe.

• *»Gott schuf also den Menschen als sein Abbild; zum Ebenbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie«*

Konkreter geht es nicht: Bewohner dieser Erde, zur Freiheit geboren, zur Mitmenschlichkeit geschaffen, zur Verantwortung aufgerufen als soziale Wesen, zum Zusammensein und zur Gemeinsamkeit, politische Persönlichkeiten, beauftragt zu ordnen und zu verwalten, intelligente Wesen, die dem Ganzen, die der Schöpfung, der Welt Sinn geben.

Gottes ist diese Erde, weil es den Menschen gibt, Menschen, so vielfältig, so verschieden, so reich an Kulturen und Geschichte, so gezeichnet von Vergangenheit und so voll von Zukunft. Zum Ebenbild geschaffen, zum Partner, zur Partnerin, an die sich das Wort richtet und die es auch verstehen können.

Fürbittgebet

Gott, wir nennen dich auch Quelle des Lebens, wenn wir zu dir beten.

Wir haben erfahren müssen, dass dort, wo die Quellen des Lebens versiegen, kein Leben möglich ist:

Ohne Würde, ohne Rechte, ohne Liebe, ohne Geborgenheit, ohne Gesundheit ist kein Leben möglich.

Aber ohne Nahrung, ohne Licht, ohne Schatten, ohne Wasser gehen wir auch zu Grunde.

Wir brauchen die Quellen des Lebens deiner Schöpfung wie das Wasser zum Leben.

Aber gerade das Wasser zeigt uns unsere unterschiedlichen Möglichkeiten auf:

Die einen haben viel Wasser, die anderen zu wenig Wasser zum Leben.

Wir beten für eine gerechte Welt, in der alle Menschen genug Wasser zum Leben haben, und Quellen des Lebens finden.

Indem wir beten und Wasser schöpfen...

(gehalten im Gottesdienst zur Eröffnung der Brandenburger »Woche« am 22. September 2000 in der Oberkirche in Cottbus)

Ein interessantes Detail: Der Mensch ist das einzige Werk der Schöpfung, das nicht ausdrücklich als »gut« bezeichnet wird. Und so bleibt den Menschen die Freiheit zum Urteil, zum Tun, zum Guten, zum Bösen. Das ist so mit der Freiheit ...

Der Mensch ist nicht notwendig für die Schöpfung, sie kann auch ohne ihn vegetieren, und dennoch bekommt sie durch ihn Sinn, durch ihn, dem einzigartigen, unersetzbaren Ebenbild des Schöpfers.

Der Mensch bleibt Gottes riskantes Unternehmen, nach Freiheit strebend, ständig auf der Suche nach Unabhängigkeit und doch so anlehnungsbedürftig an den Andern.

Aber Gott braucht jemanden, der das Gute gut und das Böse böse nennt, und so dürfen wir ruhig, mutig und zugleich bescheiden, das beim Namen nennen und dem den Kampf ansagen, was Gottes Ebenbild und damit dem Schöpfer selbst ins Gesicht schlägt. Keine Gotteslästerung ist schlimmer, sagt der südafrikanische Bischof Desmond Tutu, Vorsitzender der Kommission »Wahrheit und Versöhnung«, als eine Tochter oder einen Sohn Gottes daran zweifeln zu lassen, dass sie oder er ein Kind Gottes ist. Diese Zusage, dieses Recht ist unveräußerlich!

• *»Suchet das Wohl der Stadt, in die ich euch geführt habe«, ruft der Prophet Jeremia die Verbannten Israels auf und schreibt weiter in seinem Brief: »Ich will euch eine Zukunft und eine Hoffnung geben, so spricht der Herr«*

Gesprochen für die Verbannten Israels in der Weltstadt Babylon, richtet sich diese Verheißung an das Volk Gottes in allen Provinzen dieser Welt. Es wendet sich insbesondere an die Menschen, die, wo immer es auch sei, so bedrängt sind, dass sie an sich selbst, an ihrer Würde und an Gott zweifeln. Kein Ort auf dieser Welt ist so klein, kein Mensch ist so unbedeutend, dass sie vergessen sind.

Die Verheißung gilt auch dieser Kirche, der Gemeinde, uns, die wir heute hier zusammen sind. Sie richtet sich an die Eglise réformée de France wie an die Evangelische Kirche im Rheinland, an die Kirchen und Christen der Länder, aus denen Sie alle kommen. Sie gilt allen Menschen guten Willens.

Hoffnung sollen wir miteinander teilen, Zukunft gemeinsam gestalten, uns ge-

gegenseitig Mut machen im Streit gegen menschenverachtende Dummheit und dämonischen Hass. Trösten dürfen wir einander, wenn wir verzagen, wenn wir den Eindruck haben, nur so wenige zu sein, wenn wir allein sind an der Arbeitsstelle, einsam zu Hause. Hoffnung ist uns geschenkt, wenn wir uns klein fühlen in der Stadt, die wir mitgestalten wollen und sollen, kaum geduldet und rechtlos in dem Haus, an dem wir bauen, um es bewohnbar zu machen, und in dem jeder und jede Anspruch auf einen menschenwürdigen Platz hat. Nicht nur beim Abendmahl soll es einen Platz für alle geben, sondern auch am Tisch der Republik Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und aller anderen europäischen Länder soll Platz sein für andere Bedrängte, Flüchtlinge, Asylsuchende.

Aber Zukunft und Hoffnung fallen nicht vom Himmel. Sie wurden Jahrhunderte, sogar Jahrtausende hindurch in menschlichen Herzen getragen, von menschlichen Händen gestaltet und manchmal mit menschlichem Leben bezahlt.

Die Protestanten Frankreichs haben darin manchmal bittere Erfahrungen gemacht und ihre Hoffnung teuer bezahlt. Es ist nicht leicht, Zukunft offen zu halten, für sich selbst und für andere. Dennoch, ich kann nicht anders, ich habe ein Recht auf Zukunft, ich habe Anspruch auf Hoffnung.

Zukunft und Hoffnung kommen aus Gottes Hand, sie sind nicht gegeben nach der Zahl, sondern sie kommen aus der Fülle seiner Gnade, nach seinem Maß. Zukunft ist – so wie Gott sie meint – Zusage und Auftrag, sie wird zur Bürgerpflicht und zum Auftrag für jeden Christen. Wir wissen auch, dass Zukunft für uns nur gemeinsam sein kann, heute mehr denn je – für uns, für unsere Länder, für Europa und die Welt. Das Wohl unseres Hauses, das Wohl unserer Stadt, das Wohl unserer Kirchen sind eins.

Jeder Mensch hat Recht auf Zukunft, hat Anspruch auf Hoffnung, Gottes Recht wird Menschenrecht.

Zukunft ist unteilbar, Hoffnung gibt es nur gemeinsam, denn ein Mensch allein kann nicht menschlich sein. Nun haben wir die Chance, uns aufeinander verlassen zu können, uns gegenseitig zum Widerstand zu ermahnen und zum Fortschreiten Mut machen zu dürfen. Wir wissen: Gott hat seinen Plan mit dieser Zeit, mit dieser Welt. Unsere Zukunft ist auch die seine, und er braucht uns.

Darum das dritte Wort:

• *»Denn die ganze Schöpfung wartet sehnsüchtig auf die Offenbarung der Söhne und Töchter Gottes«*
schreibt Paulus an die Römer.

Töchter und Söhne Gottes, geschaffen als Mit-Menschen, geboren zur Freiheit, zur Verantwortung für die Welt. Nicht zum alleinigen Dienst Gottes sind sie da, sondern zu ihrem eigenen Glück oder Unglück: Das ist Freiheit!

Die Schöpfung ist ihr Lebensraum. Sie ist der Platz, an dem der Mensch Gerechtigkeit tut oder Unrecht wirkt, Frieden schafft oder Krieg führt, Hass sät oder für Versöhnung wirbt.

Jeder und jede hat Anspruch auf Anerkennung als Rechtsperson, hat ein Recht auf die Freiheit, die den Menschen ins Herz gegeben ist, Recht auf Teilnahme am Wohl und Heil der gesamten Schöpfung.

Die Schöpfung ist ungeduldig und fragt uns: Wann wird endlich Frieden sein in Irland? Wann wird das Recht Recht sein auf dem Balkan? Wann werden Israelis und Palästinenser miteinander sein können? Wann wird es Leben geben für die Aids-Kranken in Afrika? Wann wird Südafrika ganz versöhnt sein?

Und sie klagt sie an: Es kann nicht recht sein, dass die einen zehn und zwanzig Mal mehr Luft verbrauchen dürfen als die anderen, dass der Süden versandet und der Norden im Müll erstickt, dass Afrika vertrocknet und Bangladesch im Wasser ertrinkt, dass das Ozonloch weiter aufreißt und Städte ersticken. Das kann nicht Recht sein.

Als Söhne und Töchter Gottes sind wir Wissende, solidarisch verbunden miteinander und verflochten mit dem Geschehen in der Welt. Das ist Recht auf Mensch-sein, Anspruch auf Anerkennung als Person, die das Recht hat, zu dem einen Nein zu sagen, und Ja zu dem anderen.

Leben in der Welt, Teilnahme an der Schöpfung ist unser Schicksal. Wenn wir es nicht tun, werden an unserer statt die Steine klagen und die Äcker schreien. Dazu soll es nicht kommen.

Darum haben einige sich entschieden, mit Geduld und Leidenschaft für Recht und Gerechtigkeit zu streiten, Schwestern und Brüder sind wir, Grenzen können uns nicht trennen und Kulturen bringen uns zusammen.

Mit Fremden leben

Herr, du bist unser Gott, du bist ein Gott, der Gerechtigkeit liebt. Hilf, dass wir Ausländer und Deutsche in diesem Land die Wege zueinander finden;

dass wir die Vorurteile und Mauern zwischen uns überwinden und lernen, Unterschiede in unseren Lebensformen einander zuzugestehen.

Hilf auch, dass sich dieses Land vor den Zuflucht- und Asylsuchenden nicht weiter verschließt, dass die Menschen in Not ohne Diskriminierungen aufgenommen werden.

Herr, unser Gott, du liebst Gerechtigkeit und Frieden.
Lass uns Christen lernen, Menschen anderen Glaubens mit Achtung zu begegnen und den Freiraum zu respektieren, den sie in unserem Land brauchen.

Lass uns miteinander die Fehlurteile überwinden, die unser Verhältnis zueinander belasten, und in der Begegnung unserer Religionen lernen, den eigenen Glauben zu schätzen und den Glauben der anderen zu achten. Lass uns der Liebe Jesu entsprechend leben.

(aus: Agende der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck)

Sehet, manchmal erweist sich die Bibel als das revolutionärste Buch der Welt, und das wegen der Hoffnung, die Gott schenkt.

Streiten wir als Bürger unserer Länder unermüdlich für die Menschenrechte, so sind wir als Söhne und Töchter Gottes schon Kinder des Geistes der Erneuerung, und der schenkt Phantasie zum Planen und Mut zum Tun.

Amen

Der Gutmensch

Herbert Leuninger

Predigt am 19.11.2000 in der Christ-König-Kirche, Eschborn, und am 22.11.2000 in der Christuskirche, Frankfurt

Am Ende eines längeren Gesprächs über Flüchtlinge fragt mich ein Journalist: »Sind Sie ein Gutmensch?« Was sollte ich antworten? Sage ich Ja, setze ich mich der Lächerlichkeit aus. Sage ich Nein, verate ich meine Ideale. Der Kabarettist Dieter Hildebrandt in einem Interview, in dem es auch um seine moralische Haltung ging: »Na gut, dann bin ich eben ein Gutmensch.« Ich bin der Antwort auf die Frage ausgewichen und habe gesagt, ich bemühte mich nur, unsere Verfassung und die Menschenrechte ernst zu nehmen. Wenn diese Parteinahme für die Menschenrechte verspottet werde, müsse ich das in Kauf nehmen.

Wann dieser Begriff erstmals aufgetaucht ist und woher er stammt, weiß ich nicht. Es ist Neudeutsch und wird im neuen Duden nicht aufgeführt. Ich vermute aber, daß es eine Übertragung des französischen Wortes »Bonhomme« ist. Das bedeutet gutmütiger Kerl oder auch Schwachkopf. Der Gutmensch ist jemand, der moralische Forderungen stellt, die nicht mehr als zeitgemäß gelten. Dies besonders auch im Asyl- und Ausländerbereich. Wer dies tut, setzt sich der Gefahr aus, nicht mehr ganz ernst genommen zu werden. Menschenrechte? Für alle? Hier bei uns? Die Welt hat sich verändert. Das globalisierte Kapital spielt die erste Geige. Die eigenen Interessen dürfen durchgesetzt werden, koste es, was es wolle.

In der Auseinandersetzung um Jörg Haider in Österreich ist »Gutmensch« zu einem Schimpfwort geworden. Tituliert wurden damit die linken Gegner des Rechtspopulisten und seiner Partei. Dazu zählten z.B. alle, die an der Lichtermeerdemonstration am 12. November des vergangenen Jahres am Wiener Stephansplatz teilgenommen hatten. Die eindrucksvolle Lichterdemonstration wird als »Hochamt der heimlichen Gemeinschaft der Gutmenschen« diffamiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gelten als Chor der Gutmenschen. Sie führten nur Leerformeln der Humanität im Munde. Jörg Haider nennt sie fanatische Gutmen-

schen. Manche Zeitungen nennen sie einäugig; sie würden sich selbst zu Gutmenschen ernennen. Das alles steckt heute dahinter, wenn jemand als Gutmensch bezeichnet wird.

Wir sind noch nicht ganz so weit wie in Österreich. Bei uns ist man nur ein wenig herablassend gegenüber einem Menschen, der »unzeitgemäße« Forderungen stellt. Ein Gutmensch muss also damit leben, als unmodern, naiv und einfältig zu gelten. Wer möchte schon so angesehen werden? Wer hält es auf die Dauer aus, eine lächerliche Figur zu sein?

War Jesus Christus ein Gutmensch? Das hört sich in dem Text, den wir soeben vernommen haben, gar nicht so an. Eine heidnische Ausländerin aus dem Gebiet der Städte Tyrus und Sidon wird der Umgebung Jesu lästig, als sie um die Heilung ihrer Tochter bittet. Jesus steht dem in nichts nach, sondern bezeichnet die verzweifelte Mutter indirekt als Hündin. Ihr stehe nicht zu, was den Kindern des Volkes Israel vorbehalten sei.

Die Frau greift das Wort von den Hunden auf, die sich von dem ernähren, was die Herrschaften unter den Tisch fallen lassen. Jesus gibt sich geschlagen, wohl das einzige Mal, daß er in einem Streitgespräch unterlegen ist, einer Frau, einer Fremden, einer Heidin. Hier sehe ich einen der entscheidenden Lernprozesse, die der Prophet aus Nazareth selbst durchgemacht hat. Ein Lernprozess für den diese Frau Pate steht. Das Heil Gottes ist allen Menschen zugeacht. Israels Aufgabe war es, diesen Gedanken in einem mühsamen, über die Jahrhunderte gehenden Prozess reifen zu lassen. Dieser Prozess vollzog sich in Palästina, dem Sammelbecken unterschiedlichster Völker, Sprachen, Kulturen und Religionen.

Das Volk Israel lebte in einem Gebiet, in dem sich die Handelswege zwischen dem Orient, Afrika und dem Mittelmeerraum schnitten. Die Phönizier, zu denen die heidnische Mutter gehörte (das Markusevangelium bezeichnet sie als Syrophönizierin), standen für die Vermittlung der Kulturen nach allen Richtungen hin. In diesem Gebiet gab es außerdem die Kanaaniter, kaukasische Völkerschaften, die in diesen Raum eingewandert waren. Außerdem nennt die

Bibel die Hetiter, ein nichtsemitisches, vorarabisches Volk. Durch den Korridor Palästinas waren viele Völkerschaften gezogen oder auch eingewandert. Etwa die Hurriter, die Amoriter, die Amalekiter, die Pheresiter, die Gabaoniter. Was sich in diesem relativ kleinen Raum an Multikultur abspielte, stellt selbst Frankfurt in den Schatten. Israel musste seine Identität und seinen Glauben in stärkster Konkurrenz zu andern Völkern, Göttinnen und Göttern durchhalten. Gleichzeitig sollte es der Menschheit das Geschenk der Universalität des Heiles Gottes überbringen, wenn die Zeit des Messias anbricht.

Dies geschah dann, so unser Glaube, im Zeichen der Lächerlichkeit und der Schande, im Zeichen eines Kreuzes. Ist es ein nachösterliches oder ein vorösterliches Wort Jesu? Wer meine Jüngerin, wer mein Jünger sein will, der schleppe täglich seinen Schandpfahl mit sich herum. Der mache sich lächerlich mit der Botschaft, dass ein von den Römern an das Holz gehängter Wanderprediger allen Völkern und Nationen das Heil bringt. Täglich den Kreuzespfahl schultern, heißt nicht so sehr Krankheit, Leid und die Schicksalsschläge des Lebens gläubig und fromm zu ertragen. Es heißt, täglich die grenzüberschreitende Kunde überbringen, dass die Menschenrechte für alle gelten.

Seit Ihr Gutmenschen? Wollt Ihr wirklich Gutmenschen sein? Die tonangebende Gesellschaft in unserem Land, in Europa, in Japan und Nordamerika wartet nicht auf diese Kunde. Menschenrechte, ja, wenn sie uns nicht zu viel kosten. Ausländer, ja, wenn sie uns nützen, nicht aber die, die uns ausnützen; gemeint sind die Flüchtlinge. Das Wort stammt von einem evangelischen Synodalen der bayerischen Landeskirche (Innenminister Günther Beckstein, CSU), gut Freund mit unserem derzeitigen Bundesinnenminister (Otto Schily, SPD).

Dass Menschen, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber allen, vor allem auch gegenüber den Fremden und Zugezogenen einsetzen, als Gutmenschen bezeichnet werden, das gehört zur Fremdenfeindlichkeit, die aus der Mitte der Gesellschaft kommt, einer Gesellschaft, die nur noch ein Ziel

hat, nämlich die Aktienkurse steigen zu lassen. Dagegen erhebt sich eine Minderheit von Gutmenschen. Sie kommen aus den verschiedensten religiösen, geistigen und weltanschaulichen Lagern, gerade auch aus dem christlichen. Gemeinsam ist ihnen die Idee der Globalisierung, allerdings nicht die des Kapi-

tals, sondern die der Menschenrechte. Ich habe den Eindruck, dass die Menschenrechte trotz aller gegenläufigen Tendenz immer mehr an Bedeutung gewinnen. Die Gutmenschen, die Jüngerinnen und Jünger des Gutmenschen Jesus Christus sind, nehmen täglich das Spottholz auf sich. Dazu brauchen

sie allerdings Gemeinschaft, die sie stützt, Gruppen, Gemeinden, Kirche, eine ökumenische, weltumspannende Kirche. Feiern wir also das »Hochamt der heimlichen Gemeinschaft der Gutmenschen«!

Szenische Installation zum Thema »Menschenwürde«

Doris Scheer

Installation beim Interkulturellen Gottesdienst in der St. Clemens-Basilika, Hannover, am 24.9.2000

Zerbrochene Tonziegel liegen vor dem Altar, Bruchstücke mit den Namen von Opfern der rechten Gewalt. Dahinter stehen auf einer Altarstufe unversehrte Ziegel, auf den in verschiedenen Sprachen nur ein Wort steht: Würde.

Mit dieser Installation zum Interkulturellen Gottesdienst in der Interkulturellen Woche 2000 in der Basilika St. Clemens in Hannover sollte sowohl den Opfern rechter Gewalt in den letzten Jahren in Deutschland gedacht als auch eine Sensibilität für das Motto der Woche geschaffen werden: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Veranstalter wurde dieser Gottesdienst vom Sachausschuss »Katholiken anderer Muttersprachen« des Katholikenrates für die Region Hannover. Bernhard Fedder, Mitglied des Sachausschusses und zugleich Vorstandsmitglied des Katholikenrates, ging in seiner Begrüßung auf dieses Motto ein. Er erinnerte an die Erklärung, die vor 50 Jahren Millionen von Amerikanern der für Berlin bestimmten Freiheitsglocke mit auf den Weg gegeben hatten: »Ich glaube an die Unantastbarkeit und die Würde jedes einzelnen Menschen. Ich glaube, dass allen Menschen vor Gott das gleiche Recht auf Freiheit gegeben wurde. Ich verspreche jedem Angriff auf die Freiheit Widerstand zu leisten, wo auch immer er auftreten möge.«

Die in den Gottesdienst nach den Fürbitten eingebettete Aktion wurde von dem Sachausschussmitglied Cordula Canisius-Yavuz eingeleitet, indem sie daran erinnerte, dass in unserem Land Menschen zu Opfern werden, weil sie eine andere Hautfarbe, eine andere Religion oder andere Kultur haben oder auf der Straße leben. Beispielphaft nann-



te sie die Namen Alberto Adriano aus Dessau, Jan W. aus Berlin, Familie Genc aus Solingen, deren Namen mit der Jahreszahl des Anschlages auch auf den zerbrochenen Tonziegeln verzeichnet waren.

Währenddessen traten aus den vorderen Kirchenbänken Menschen unterschiedlichster Hautfarbe, Nation, Alter und Religion heraus und verweilten vor den Stufen in kurzem Gedenken. Dann schritten sie die Stufen hinauf, drehten sich zur Gemeinde um und nahmen jede(r) einen Tonziegel mit der Aufschrift »Würde« in die Hand, und zwar jede(r) den in ihrer/seiner Sprache. Der Reihe nach sprach jede(r) dann den Satz: »Die Würde des Menschen ist unantastbar«, in Deutsch, Englisch, Tamilisch, Türkisch, Russisch und in Wolof, welches man im Senegal spricht. Dieser Satz wurde danach noch einmal gemeinsam gesprochen, von jeder(m) wiederum in ihrer/seiner Sprache. Danach verweilten sie in ihrer Position mit der

hochgehaltenen Würde, stellten diese dann wieder ab und gingen in ihre Bänke zurück.

Mit dieser Installation sollte verdeutlicht werden, dass man für die Würde des Menschen aufstehen und einstehen muss. Szenisch wurde dadurch eine Forderung unterstrichen, die bereits im September 1993 in einer Einladung zum Gottesdienst an alle Pfarrgemeinden der Region Hannover wie folgt formuliert wurde: »Angesichts der Ereignisse der letzten Zeit gegen Fremde in unserem Land halten wir es für wichtig, dass wir als Katholische Kirche immer wieder Zeichen setzen für Verständigung zwischen den Völkern und für ein friedvolles Zusammenleben.«

Dementsprechend hat der Sachausschuss in jedem Jahr neben dem Interkulturellen Gottesdienst, zu dem jeweils ca. 400 Menschen kommen, weitere Aktionen zur Verständigung zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen

durchgeführt, u. a. eine Studienreise nach Polen. 1998 hat der Sachausschuss mit der Herausgabe der Broschüre »Miteinander für eine Stadt der Toleranz und Menschenwürde« umfassend für dieses Anliegen geworben und über seine vielfältige Arbeit informiert. In der Broschüre stellten sich zugleich die spanische, italienische, polnische und kroatische Gemeinde sowie deutsche Pfarrgemeinden, Arbeitskreise, Institutionen und Initiativen vor, die gemeinsam die Arbeit des Sachausschusses tragen.

Die Zukunft ist bunt, deshalb laden wir alle Menschen ein, mit uns in mitfühlender Solidarität und Gerechtigkeit für die Würde der Menschen einzustehen und aufzustehen.

Doris Scheer, 28.1.2001
Katholische Ausländerseelsorge Hannover

»Fremd sein ist uns nicht fremd«

Sven Letmathe

*Gottesdienst im Christuspavillon,
24.9.2000, auf der EXPO Hannover*

Sammlungs- und Klagegebet

Gott, dir ist keine Situation fremd.

Du gehst den Weg von uns Menschen mit,

du kennst unsere Fragen, unsere Angst, unser Fremdsein.

Menschen müssen aus ganz verschiedenen Gründen ihre Heimat verlassen und sich auf den Weg ins Ungewisse machen.

Heimat lässt sich nicht einfach einpacken und mitnehmen.

Zurück bleibt, was uns vertraut war: ein Zuhause, Freunde, Liebgewordenes. Die Angst kommt mit. Und die Trauer.

Gott, Menschen brechen auf und werden heimatlos. Die Umstände zwingen sie dazu. Die Verfolger und die Mitläufer. Der Hass und die Gewalt. Gott, dich fragen wir: gibt es nur diesen einen Ausweg?

Gemeinsam rufen wir:
Gott, bleibe bei uns auf unserem Weg.

Menschen unterwegs. Fremde unter Fremden. Am Ende ihrer Kräfte. Niemand ist da, der versteht und der mitleidet. Niemand ist da, der mithilft, die Last zu tragen. Die Tränen mitzuweinen.

Die Heimat liegt in der Vergangenheit. Und die Zukunft?

Hoffnung und Resignation mischen sich.

Gott, du kennst dich aus mit dem Unterwegssein. Du wirst mitgeschlagen und mitvertrieben. Gib dich zu erkennen, wenn Menschen nach dir rufen!

Gemeinsam rufen wir:
Gott, bleibe bei uns auf unserem Weg.

Menschen kommen an in einem fremden Land. Nichts ist ihnen vertraut. Die Sprache nicht, die Gesichter nicht. Die vielen Geräusche und Bilder auch nicht. Unruhige Nächte und Tage. Ängstliche Begegnungen. Und Fragen über Fragen.

Gott, mitten in allem Fremden suchen wir nach Halt, nach einem Lächeln, nach einem freundlichen Wort, nach einem Menschen, der uns begleitet.

Gemeinsam rufen wir:
Gott, bleibe bei uns auf unserem Weg.

Da sind Menschen auf der anderen Seite, die Angst vor dem Fremden haben. Die sich nicht vorstellen können, dass jede Begegnung auch Bereicherung bedeuten kann. Die lieber ihre Vorurteile pflegen, weil ihnen Politik und Stimmungsmache wichtiger sind als Menschen.

Gott, wir kommen nicht an gegen die Mauern, die Menschen aufbauen, oft unsichtbar und doch mit einer spürbaren Wirkung.

Wir laufen uns müde bei unserem Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit. Wir brauchen dich, damit wir unsere Visionen nicht verlieren.

Gemeinsam rufen wir:
Gott, bleibe bei uns auf unserem Weg.

Und da sind Menschen, die sich selber fremd geworden sind. Die fragen: Wer bin ich? Wohin geht mein Weg? Wie soll ich mich entscheiden? Menschen, denen das Vertraute abhanden gekommen ist und die eine innere Heimatlosigkeit erleben.

Gott, wir sehnen uns danach, das Fremde hinter uns zu lassen. Wir sehnen uns danach, dass aus dem Fremden Vertrautes wird.

Vergib uns, wo wir diese Sehnsucht nicht mit anderen teilen.

Wo wir uns in der Fremde eingerichtet haben, weil es bequemer erscheint. Halte du selber diese Sehnsucht in uns wach.

Gemeinsam rufen wir:
Gott, bleibe bei uns auf unserem Weg.

Und da ist unser Gott, mit uns unterwegs, begleitend und fordernd. Und doch einer, der uns oft genug fremd bleibt. Und sich damit unserer Verfügung entzieht. Er ist sich selber fremd geworden, um sich auf uns Menschen ganz und gar einzulassen. Und so hält er mit uns unsere Fremdheiten aus. In allem, was uns fremd ist und bleibt, begegnet uns immer auch Gott selber.

Wir alle sind Saarländer

In kurzen Hörfunkspots und Beiträgen lässt die Radioreihe »Wir alle sind Saarländer«, Ausländer selbst zu Wort kommen. Zu den besten Sendezeiten erzählen sie in teilweise gebrochenem Deutsch, teils mit perfekter deutscher Aussprache, was sie tagtäglich als Ausländer in Deutschland erleben.

»Saarländer sind Menschen im Saarland. Ohne Unterschied«, heißt es in den Radiobeiträgen.

Die Menschen, die ihren ausländischen Nachbarn beim Einkaufen begegnen oder am Arbeitsplatz, sollen mehr voneinander erfahren und Verständnis füreinander aufbringen.

So erzählen die jungen Türkinnen, aus der Frauengruppe der Evangelischen Kirchengemeinde Saarbrücken-Brebach, weshalb sie seit zehn Jahren dort hinkommen. Es ist für sie eine Chance, der Isolation zu Hause zu entkommen: »Denn als türkische Frau kann man ja sonst nirgendwo hingehen, wenn man allein ist.«

Die 28-jährige Sebi, Studentin der Sozialpädagogik, nach eigenen Angaben »made in türke«, lockte die Liebe von Köln an die Saar. Ausländerfeindlichkeit erlebt sie verdeckt. »Da wird nicht begrüßt, die Nachbarn vermeiden Kontakte, im Bus sind die Blicke anders«, zählt sie auf. Sie wünscht sich mehr Offenheit von beiden Seiten, von Deutschen und Ausländern, damit es zu wirklichen Begegnungen kommt. Und die sollten schon in Kindergarten und Schule stattfinden. »Einfach mal mit der Klasse einen türkischen Schulkameraden zu Hause besuchen oder die Oma einladen, die aus ihrer fremden Heimat berichtet«, ist Sebis Vorschlag.

Wie dringend notwendig dies ist, zeigt das Beispiel von Maria.

■ Sie stammt aus der Ukraine. Jeden Tag ärgern sie die Mitschüler wegen ihrer »komischen Sprache«. Manchmal schlagen sie die Klassenkameraden auch. Gut, dass Jennifer und ihre Freundin öfters bei ihr bleiben und auf dem Schulhof Partei für sie ergreifen.

■ Pedro aus der Dominikanischen Republik fühlt sich in Deutschland überhaupt nicht wohl. Der begeisterte Rapper erzählt von Gewalt gegen Ausländer auf dem Schulhof und wird ganz traurig bei den Worten: »Eigentlich bin ich nur hier, weil meine Mutter unbedingt nach Deutschland wollte.«

■ Alexander lebt seit zwei Jahren im Saarland. Ursprünglich kommt er aus Kiew, in der Nähe ist Tschernobyl. Zurzeit macht er bei der Diakonie eine Ausbildung als Gärtner. »Die Menschen hier waren höflich, aber etwas kalt«, erzählt er mit belegter Stimme. Alexander hat Heimweh.

■ Nicki, 36 Jahre, stammt aus Rumänien. Vor fünf Jahren ist er seinen Verwandten nach Deutschland gefolgt, dem Heimatland seiner Urgroßeltern. »Weil in all meinen Papieren meine Nationalität mit ›deutsch‹ angegeben war, war ich für meine Schulkollegen der Nazi. Bei jedem Streit, bei jeder Kleinigkeit wurde ich so genannt.« Nicki lebt gerne in Deutschland. Hier hat er Arbeit

und hofft für sich und seine 6-jährige Tochter auf eine gute Zukunft.

■ Sawet ist Kriegsflüchtling aus dem ehemaligen Jugoslawien. Ihm gefällt, dass die Menschen in Deutschland ohne große Spannungen miteinander reden können. »Das ist ein Beispiel für andere Länder«, lobt er seine neue Heimat.

Die Sendereihe »Wir alle sind Saarländer« ist eine Kooperation zwischen dem Evangelischen Privatfunkbüro Saar Saarbrücken, (www.ekir.de/pfbsaar), der Paulinus-Rundfunkagentur, Trier, und Radio Salü.

»Wir wollen das Thema ›Toleranz‹ ohne erhobenen Zeigefinger ins Programm bringen«, heißt es in einer gemeinsamen Presseerklärung, »indem wir einfach zeigen, wie die Realität ist.«

Wolfgang Glitt, Pastor und Journalist, Beauftragter der Evangelischen Kirche im Rheinland für Privatfunk im Saarland

Aktion Toleranz Zivilcourage gegen Fremdenfeindlichkeit

Plakate, Broschüren, Rock und Reden – Stiftung des Dresdner Druck- und Verlagshauses startet

Das Plakat zieht den Blick magisch an: Es zeigt einen dunkelhäutigen jungen Mann in einer Haltestelle, den Laptop auf den Knien. Von 8 bis 18 Uhr Experte, ist zu lesen. Nachts, wenn das Plakat angestrahlt wird, erscheinen schattenhaft Gestalten, beängstigend, bedrohlich. Und der Schriftzug wird um zwei vielsagende Worte ergänzt: Danach Ausländer.

Es ist eines von drei City-Light-Plakaten, die zurzeit in Dresden zu sehen sind und emotional auf die Situation von Ausländern in Sachsen aufmerksam ma-

chen. Mit der Plakatkampagne startet die Aktion Toleranz ihre Arbeit gegen Fremdenfeindlichkeit, Radikalismus und Intoleranz unter Jugendlichen.

Die Stiftung für Toleranz des Dresdner Druck- und Verlagshauses, so der exakte Name, wurde im Oktober unter dem Dach der Bürgerstiftung Dresden gegründet. Dies sei die Antwort auf Ausländerhass und fremdenfeindliche Übergriffe, die den Ruf Sachsens und Deutschlands überhaupt beschädigen, sagt der Vorsitzende des Stiftungsvorstandes, Mario Frank, Geschäftsführer des Dresdner Druck- und Verlagshauses, zu dem auch die SZ und die Morgenpost gehören. Er empfinde es als eine Katastrophe, dass bei einer Umfra-



ge der SZ fünf Prozent der Sachsen Verständnis für Gewalt gegen Ausländer zeigten. Das fordere Engagement und Zivilcourage heraus.



140.000 Mark beträgt zurzeit das Kapital der Stiftung. 90.000 Mark davon sind Spenden, vor allem von Unternehmen, die sich mit ganzseitigen Anzeigen

mit den Ziel der Aktion Toleranz solidarisierten. Mit diesen Spenden soll als nächstes eine Broschüre entstehen, die über Ausländer in Sachsen – ob als Investoren, Künstler, Wissenschaftler oder Gastronomen – informiert. Die Aktion Toleranz bereitet zudem für den Herbst gemeinsam mit dem Dresdner Staatsschauspiel »Reden gegen Rechts« vor und ist Partner von Udo Lindenberg's Initiative »Rock gegen Rechts«.

Besonders wichtig aber seien persönliche Kontakte mit Ausländern, sagt SZ-Chefredakteur und Stiftungsvorstand Peter Christ. Denn, auch das ergab die Umfrage: Jeder zweite Sachse kennt gar keinen Ausländer. Daher sollen im Freistaat wirkende ausländische Persönlichkeiten mit Jugendlichen zusammengebracht werden. Der Chefdirigent der Sächsischen Staatskapelle, Giuseppe Sinopoli, habe ein Treffen bereits zugesagt.

Renate Berthold, Sächsische Zeitung, Dresden, 9. Februar 2001

Für Toleranz – gegen Gewalt

*Woche der ausländischen Mitbürger
Kirchenpräsident Helge Klassohn
diskutiert mit Jugendlichen*

Wie es scheinen will, war eine solche Aussprache doch sehr nötig. Die anfängliche Befürchtung von Helge Klassohn, Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalt, es würde vielleicht keiner etwas sagen, erfüllte sich nicht. Eher das Gegenteil war der Fall. Über hundert Schüler Dessauer Sekundarschulen und Gymnasien waren im Ratsaal mit dem Kirchenpräsidenten zusammengekommen, ein Thema zu diskutieren: Mehr Toleranz – keine Gewalt.

Vor dem Hintergrund des Mordes an Alberto Adriano im Dessauer Stadtpark drohte die Diskussion mehrmals, in eine Richtung zu verlaufen: Gewalt von Rechts, von Skinheads. Doch Klassohn hatte bereits eingangs darauf aufmerksam gemacht, und er tat es wiederholt: es ging um Gewalt schlechthin. Um Gewalt als denkbar ungeeignetes Mittel, Konflikte zu lösen. Fremdenhass, Fremdenfeindlichkeit, Angst vor Angehörigen anderer Völker spielten dabei dennoch eine große Rolle. Aber auch Klassohns Feststellung: »1989 gab es den vielleicht wichtigsten Ruf der Demons-

tranten: Keine Gewalt! Er hat uns damals unwahrscheinlich weitergeholfen.«

Ausgehend davon und einleitenden Worten von Bürgermeister Holger Platz wurde nach kurzer Phase der Zähigkeit munter diskutiert. Platz' Aufforderung entsprechend, nahmen die jungen Leute kein Blatt vor den Mund...

Klassohn und Platz positionierten sich mehrmals persönlich deutlich. Daraufhin angesprochen, ob er dazwischen gehen würde, wenn ein Ausländer, Behinderter oder Sozialhilfeempfänger von mehreren Anderen misshandelt wird, antwortete Helge Klassohn eindeutig mit »Ja«. Das sei er sich schon als Mann der Kirche schuldig. Befürchtungen, dass Hilfe in einem solchen Fall gefährlich sein könne, Racheakte zu befürchten seien, trat Carola Lakotta-Just, Lehrerin am Europa-Gymnasium und Landeskoordinatorin der Europaschulen, mit ihrer Ansicht entgegen: Sie sei sich nicht sicher, ob sie in einer solchen Situation den Mut hätte, dazwischen zu gehen. Aber in einem sei sie völlig sicher: Sie würde zumindest Hilfe holen für den Bedrängten.

Nachdem ein junger Mann provokativ mittels Zwischenruf Gewalt gegen Aus-

länder guthieß, erntete er dafür eine Frage von einem anderen Jugendlichen: Was er wohl tun würde, wenn er von sechs Arabern verprügelt werde? Einen siebenten dazu einladen? Dazu solle er am Mikrofon bitte Stellung nehmen. Seinen Verzicht begründete der anscheinend nicht sehr mutige Mann mit den Worten: »Das ist mir hier alles zu blöd.« Dass außer ihm nur noch drei weitere offenbar so denken, bekundeten sie, indem sie mit dem Zwischenrufer den Saal verließen. Die anderen der über Hundert hatten offensichtlich das Bedürfnis, weiter über das Thema zu reden. Vor allem auch mit Ausländern selbst. Von Platz, Klassohn und Minhel erging daraufhin die Einladung an sie, das doch beim Multikulturellen Fest im Stadtpark zu tun. Es findet am Freitag ab 14 Uhr statt.

Viele der jungen Leute machten den Eindruck, als wollten sie der Einladung folgen.

Lothar Gens
Mitteldeutsche Zeitung, Dessau,
28. September 2000
(Auszüge)

Stress mit Englisch

Ich bin vor 20 Jahren als Flüchtling nach Deutschland gekommen, da in meinem ostafrikanischen Heimatland ein Krieg tobte. Ich wurde dort auf Grund meiner Überzeugungen von der Polizei gejagt und ziemlich übel behandelt. Wie ein Fremder, wie ein Unerwünschter im eigenen Lande kam ich mir vor. Selbst vor Menschen aus meiner eigenen Familie und aus dem Kreis der Bekannten fühlte ich mich nicht mehr sicher. Als ich in Deutschland war, war ich wie befreit; denn hier brauchte ich keine Angst mehr vor Verfolgung zu haben. Das war wie ein neues Leben.

Trotzdem ist es nicht einfach, als Afrikaner in Deutschland zu leben. Es ist jetzt sechs Jahre her, dass Helmut mein Kollege in meiner Arbeitsstelle wurde. Ich musste mit ihm zusammenarbeiten, obwohl er mir von Anfang an offen seine Ablehnung zeigte. Er hasste Ausländer, zumal Schwarze. Er redete kein Wort mit mir, obwohl wir Tag für Tag und Monat für Monat in einem Raum zusammen waren. Eine Unterhaltung war mit ihm nie möglich. Ich habe ihn aber immer gegrüßt; denn ich wollte ihm keinen Anlass geben zu behaupten,

dass ich ihm gegenüber unhöflich oder abweisend sei.

Schwierig wurde die Situation immer dann, wenn Helmut irgendwelche Fehler machte, die auf uns beide zurückfielen. In den Arbeitsbesprechungen mit unserem Vorgesetzten habe ich immer darauf geachtet, dass nicht darüber geredet wurde, wer den Fehler gemacht hat. Ich wollte auf jeden Fall vermeiden, dass zwischen Helmut und mir irgendein Streit entsteht.

Im Rückblick hat sich meine Geduld, die mir sehr schwer gefallen ist, gelohnt. Es passierte nämlich etwas, was unsere Beziehung völlig veränderte. Wir wurden beide von der Firma für eine Woche zu einem Fortbildungskurs geschickt, in dem wir unsere Computerkenntnisse verbessern sollten. Helmut und ich mussten dabei auch wieder zusammenarbeiten. In dem Kurs kam viel Englisch vor. Da Helmut große Probleme mit Englisch hatte, mein Englisch aber recht gut ist, entstand eine neue Situation. Helmut kam bei dem Kurs teilweise so sehr in Stress, dass er meine Hilfe zunächst sehr zögernd, dann aber bereit-

willig in Anspruch nahm. Obwohl meine Gefühle mir sagten, dass er diese Hilfe nicht verdient hat, empfand ich es als eine besondere Chance, seine Ablehnung aufzubrechen. Und das passierte auch.

Nach diesem Kurs war unser Verhältnis ein völlig anderes als vorher. Das ging sogar so weit, dass er mich für bestimmte Sachen lobte. Ich war zunächst noch skeptisch. Hatte er sein Verhalten vielleicht nur verändert, weil der Stress in dem Kurs ihm keine andere Wahl ließ? Würde er bald in die alte Rolle zurückfallen? Das ist aber nicht passiert. Im Gegenteil. Er erzählte anderen gegenüber, dass er früher bewusst schlecht über mich geredet habe und ihm das jetzt Leid tue.

Er ist heute einer meiner besten deutschen Freunde. Er arbeitet jetzt in einer anderen Firma. Aber trotzdem haben wir noch guten Kontakt und telefonieren öfter miteinander.

Solomon Asfaha

»Stoppt Rechts« überall!

Pfadfinder starten zahlreiche Aktionen gegen Fremdenhass und Gewalt

Flagge zeigen, Farbe bekennen – mit diesem Anspruch hatte die DPSG-Bundesleitung im September 2000 die Kampagne »Stoppt Rechts! Deutsche Pfadfinderschaft Sankt Georg ... gegen Fremdenhass und Gewalt« in einer wahren Eilaktion gestartet. Eine kleine Arbeitshilfe und ein auffälliges Logo waren entworfen, Aufkleber produziert worden. Zu sehr hatten die zahlreichen Übergriffe gegen Menschen anderer Nationen im Frühjahr und Sommer 2000 uns Pfadfinderinnen und Pfadfinder schockiert. Klar, wir standen nicht alleine da, denn zahlreiche Bündnisse und Initiativen gegen die »braune Gewalt« schossen wie die Pilze aus dem Boden. Grund genug, die Füße hochzulegen? Treu dem Gedanken: Wird doch schon genug getan? Nein!

Und eine erste Bilanz gibt uns als Gesamtverband recht. Gerade im Jahr einer Aktion mit dem Titel »Augen auf!



In Bad Homburg errichteten die Teilnehmer eines Woodbadgekurses (WBK) des Diözesanverbandes Münster am 6. Oktober 2000 auf dem Marktplatz einen »Wachturm gegen Rechts«.

Foto: Graham Tappenden

Stoppt Diskriminierung« war es gut und wertvoll, dass Gruppen aller Ebenen der DPSG sich gegen Gewalt und Fremdenhass engagierten. Alle Aktionen, die in den vergangenen Monaten in

unserem Verband gelaufen sind, können hier natürlich nicht vorgestellt werden. Der kleine Überblick soll jedoch stellvertretend alle Mitglieder unseres Verbandes würdigen, die couragiert für ihr

Selbstverständnis eingetreten sind und Flagge gezeigt haben.

35.000 Aufkleber

In Nordrhein-Westfalen stieg im November die Anzahl der Autos mit »Stopp Rechts!«-Aufklebern sprunghaft an. Gleich 35.000 Stück hatten die Vorstände der fünf NRW-Diözesen Aachen, Köln, Münster, Paderborn und Essen im Bundesamt geordert und an alle Mitglieder in ihren 550 Stämmen verteilt. Begleitet von einer guten Öffentlichkeitsarbeit hatte man die Aktion damit noch einmal gepusht.

Aktiv wurde auch die Diözesanversammlung in Eichstätt. Sie verabschiedete »in großer Besorgnis über fremdenfeindliche Tendenzen in der Öffentlichkeit« eine Resolution, die auch in den Medien ihren Widerhall fand. Unter anderem hieß es in dem Text: »Wir wenden uns entschieden gegen politische Verlautbarungen aus allen Parteien, die einer fremdenfeindlichen Haltung Vorschub leisten. Sie tragen zur Radikalisierung rechter Gruppierungen bei und unterstützen Vorurteile vieler Bürger, die schweigend rechte Gewalt tolerieren.«

Nur eine zeigte Courage

Mit eigenen Plakaten und Aufklebern rückten Aldenhovener Pfadfinder (Diözese Aachen) rechtsradikalen Postern und Schmierereien zu Leibe. Die braunen Parolen wurden einfach überklebt. Darüber hinaus warben die Stammesmitglieder in den Schulen für einen freundschaftlichen Umgang mit ausländischen Mitschülern.

Wie wenig Beachtung Gewalt in der Gesellschaft findet, spürten die Pfadfinder aus Alpen (Diözese Münster) sehr deutlich. In einem Straßentheater spielten sie eine Szene, in der ein »Skinhead« auf einen Farbigen einschlug. Doch vom »Aufstand der Anständigen«, den Bundeskanzler Schröder noch wenige Tage zuvor gefordert hatte, war wenig zu spüren. Eine einzige Passantin traute sich, couragiert und lautstark einzugreifen.

Protest lohnt

Hohe Ehre wurde den Pfadfindern vom Stamm St. Urbanus aus Dortmund-Huckarde (Diözese Paderborn) zuteil. 1.000 Mark und viel öffentliche Anerkennung gab es für das Engagement, das die Huckarder bei der Organisation eines Aktionstages zu »Augen auf!« gezeigt hatten. Dem Stamm boten sich damit noch mehr öffentliche Plattformen, den Einsatz gegen Fremdenhass und Gewalt zu zeigen. Und diese Plattformen nutzen die Dortmunder ausgiebig.

Wache halten gegen Rechts

In Bad Homburg errichteten die Teilnehmer eines Woodbadgekurses (WBK) des Diözesanverbandes Münster am 6. Oktober auf dem Marktplatz einen »Wachturm gegen Rechts«. Die Passanten wurde eingeladen, den Turm zu besteigen und somit symbolisch Wache zu halten gegen rechtsextreme Tendenzen. Zeitgleich zogen menschliche Standbilder die Aufmerksamkeit der Passanten auf sich. Schweigend drückten je drei Leiter ihre Gedanken zur Dis-

kriminierung aus und wiesen auf den Höhepunkt der Veranstaltung hin: Eine aus Menschen gebildete Lichterkette! Mit Kerzen reiheten sich mehr als siebzig Passanten sowie zahlreiche eigens ange-reiste Pfadfinder aneinander und gaben unter dem Motto »Halte Wache gegen Rechts« ihr Friedenslicht an den Nächsten weiter.

»Pfadfinder sind naiv«

Pfadfinder sind naiv, helfen alten Omas über die Straße und verbringen ihre Freizeit ausschließlich im Wald. Sicher hat jeder diese Sprüche schon einmal gehört, sich mehr oder weniger darüber aufgeregt oder es einfach als dummes Vorurteil abgehakt. Doch wie sieht es aus mit Aussagen wie »Arbeitslose sind faul«, »Behinderte sind dumm«? Weghören, ignorieren oder seine Meinung für sich behalten? Das kann und darf nicht sein, dachten sich die Teilnehmer und Leiter des WBKs Pfadfinderstufe in der Diözese Aachen und planten, zur Jahresaktion »Augen auf – stoppt Diskriminierung« in der Fußgängerzone in Mönchengladbach ein deutliches Zeichen zu setzen. Mit Plakaten wie »Deutsche sind Sauerkrautfresser« oder »Studenten sind faul« machte man rund um die Fußgängerzone auf die Aktion aufmerksam. Unter anderem wurden den Passanten erfolgreich Anti-Diskriminierungstests angeboten.

Thomas Römer / Graham Tappenden / Markus Laux
Basta – Nein zur Gewalt!: www.basta-net.de

Caritas bringt antisemitische Hetzschreiben grundsätzlich zur Anzeige

Es darf nicht noch mehr Leid und Schaden entstehen

Ein antisemitisches Schreiben übelster Sorte hat dieser Tage der Deutsche Caritasverband erhalten. Das in Aschaffenburg freigestempelte vervielfältigte Hetzpamphlet enthält neben neonazistischen Kampfparolen nicht nur allgemeine Beschimpfungen jüdischer Mitbürger und ausfällige Verbalattacken gegenüber prominenten Vertretern der Juden in Deutschland, sondern auch unverhohlene Morddrohungen diesen gegenüber. Auch Kirchen und Organisationen, die öffentlich ihre Solidarität mit der Judenheit äußern, sowie der Staat Israel und der Yad Vashem werden in dem Pamphlet angegriffen

und verhöhnt. Die Empfänger des Schreibens werden aufgefordert, seinen Inhalt über eigene Homepages im Internet weiterzuverbreiten.

Der Deutsche Caritasverband hat das anonyme Schreiben bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Er wird dies auch künftig bei ähnlichen Vorkommnissen tun. Dazu Hellmut Puschmann, Präsident des katholischen Wohlfahrtsverbandes: »Auch wenn die Absender sich in der Anonymität verbergen und dadurch die Feigheit und Erbärmlichkeit ihres Treibens noch unterstreichen, werden wir nicht stillschweigend darüber hinweg gehen. Die elementare Moral sowie das Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

gebieten es, diesem trüben Gebräu aus Engstirnigkeit und rassistisch motiviertem Hass die Stirn zu bieten. Es darf nicht noch mehr Leid und Schaden daraus entstehen.«

Der Zentralrat, das höchste Beschlussgremium des Deutschen Caritasverbandes, hat bereits Anfang Oktober des vergangenen Jahres eine öffentliche Entschließung gegen Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland veröffentlicht, in der er u. a. seine Verbundenheit mit den jüdischen Mitbürgern bekundet und »alle rechtlich denkenden Menschen« dazu aufruft, »solchen Entwicklungen schon im Ansatz mit Entschiedenheit zu widerstehen und sich zu Bundesgenossen-

schaften des guten Willens und der Zivilcourage zu vereinen«. Man könne dies, so Puschmann, nicht oft genug wiederholen. Sonst bestehe die Gefahr, dass sich nach kurzfristigem Aufwachen des Erschreckens die gewohnte Tagesordnung wieder einstelle und sich die Brandstifter ungestört fühlen könnten.

Die Stellungnahme »Bundesgenossenschaft des guten Willens und der Zivilcourage. Deutscher Caritasverband verurteilt Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland« vom 10. Oktober 2000 kann abgerufen werden unter www.caritas.de (news & aktuelles / Presseinfos bzw. Stellungnahmen).

Pressemitteilung des Deutschen Caritasverbandes vom 22. Januar 2001

Ohne Kommentar

Monika Mochtar

Ich habe nichts verbrochen
Ich bin hier nur heimisch geworden

Ich zahle Steuern
Durch meine Kraft
steigt sogar das Bruttosozialprodukt

mein Führungszeugnis
ist vollkommen sauber

Ich habe nichts verbrochen
Ich bin hier nur heimisch geworden

Nichts-desto-trotz
Ich liebe dieses Wort
Nichts-desto-trotz

Seit zwanzig Jahren
begegne ich den kühlen Augen

Seit zwanzig Jahren
heißen sie mich
nicht ein einziges mal willkommen

Seit zwanzig Jahren
schenken sie mir
nicht einmal
ein einziges Lächeln

Seit zwanzig Jahren
rufen sie
Mochtar,
kommen sie herein

Seit zwanzig Jahren starren sie
meinem Reisepaß an

Seit zwanzig Jahren
sagen sie:
Nein, das darf nicht sein

Seit zwanzig Jahren
beim Amt für öffentliche Ordnung
beim Ausländeramt

Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit

Gesicht Zeigen!



Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der im August 2000 von Uwe-Karsten Heye und Paul Spiegel als Reaktion auf rechtsextremistische Gewalttaten in Deutschland gegründet wurde.

Gesicht Zeigen! hat es sich zum Ziel gesetzt, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und jede Form rechter Gewalt zurückzudrängen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist der Verein vor allem in drei Kernbereichen tätig:

Gesicht Zeigen! arbeitet als Mittler:

- Menschen, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit engagieren wollen, werden mit Initiativen zusammengebracht, die auf Unterstützung angewiesen sind.
- Prominente Unterstützer von Gesicht Zeigen! werden für Veranstaltungen, Vorträge, Gesprächsrunden, Podiumsdiskussionen u.ä. vermittelt.
- Initiativen können sich und ihre Arbeit auf der Internetseite www.gesichtzeigen.de vorstellen.
- Termine zu Veranstaltungen, Demos oder Gegendemos, Ausstellungen, Workshops, Aktionen und guten Ideen werden ebenfalls auf der Internetseite veröffentlicht.
- Alle, die aktiv werden wollen, können von Gesicht Zeigen! Informationsmaterial und Hilfestellung erhalten; ferner gibt es zahlreiche Downloads auf der Internetseite: das Logo als Druckvorlage für T-Shirts, Plakate, Aufkleber, Buttons, die Kino-, TV- und Radio-Spots.

Gesicht Zeigen! initiiert öffentliche Kampagnen für mehr Zivilcourage:

Nach dem »Handikap«-Spot, der in fast 400 Kinos zu sehen war, gibt es eine zweite bundesweite »Flächenbrand«-Kampagne mit Kino-, TV- und Radiospots, Plakataktionen und Anzeigen in Zeitungen.

Gesicht Zeigen! sammelt Geld: Damit werden Initiativen, die an Brennpunkten rechter Gewalt tätig sind, bei konkreten Projekten unterstützt.

Gesicht Zeigen! Aktion weltoffenes Deutschland e.V. will Menschen ermutigen, sich gegen rechte Gewalt zur Wehr zu setzen und für ein friedliches und tolerantes Zusammenleben zu sorgen.

Kontakt: Gesicht Zeigen!
Aktion weltoffenes Deutschland e.V.,
Torstr. 124, 10119 Berlin,
Tel. 030/28 04 47 87, Fax 030/28 04 48 13

»Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt«

Das »Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt« sammelt und mobilisiert Kräfte, die sich engagiert und ideenreich gegen fremdenfeindlich, rassistisch und antisemitistisch motivierte Gewalt wenden. Seit der offiziellen Gründung am 23. Mai 2000 unter dem Motto »Hinschauen – Handeln – Helfen« erhielt das Bündnis regen Zuspruch. Gruppen, Vereine, Schulklassen und Einzelpersonen erklären sich zur Mitarbeit bereit oder wollen für schon bestehende Aktivitäten und Ideen mehr Aufmerksamkeit erzeugen.

Über 800 Initiativen haben sich bislang dem Bündnis angeschlossen. Maßgeblich gestaltet wird die Arbeit des Bündnisses von einem 20-köpfigen Beirat, dem Vertreter aus Regierung (d. h. der beiden federführenden Ministerien für Inneres und Justiz), aller im Bundestag vertretenen Parteien, die Ausländerbeauftragte des Bundes und des Berliner Senats, Repräsentanten aus Wirtschaft, DGB, Wissenschaft, jüdischer Gemeinde und sozialen Organisationen angehören. Ein Unterstützerkreis steht dem Bündnis zur Seite, um den Initiativen und Organisationen in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen oder sich bei bestimmten Anlässen zu Wort zu melden.

Das Bündnis macht es sich zur Aufgabe, den demokratischen Verfassungskonsens zu bekräftigen und zu erneuern. Es steht allen Bürgerinnen und Bürgern offen, die sich diesem Ziel verpflichtet fühlen. Es sammelt und sichtet Vorhaben und Vorschläge, es berät und unterstützt, es initiiert auch selbst einzelne modellhafte Projekte. Es dokumentiert positive Beispiele zivilen Engagements (Best-practice-Modelle) und empfiehlt sie zum Nachahmen. Einige Einzelpersonen oder -gruppen, die besonders gute Ideen oder Aktionen umgesetzt haben oder bei Attacken auf Minderheiten eingegriffen und geholfen haben, sollen im Rahmen der nächsten zentralen Veranstaltung als »Botschafter der Toleranz« ausgezeichnet werden.

Diese zentrale Präsentation des Bündnisses ist alljährlich auf den 23. Mai, den Tag unseres Grundgesetzes, festgelegt worden. Der Tag soll sich zu einer festen Institution entwickeln. Mit Vorträgen, Workshops, Musik und Diskussionen wird unter einem bestimmten Motto die eindeutige Ablehnung und Abwehr von Gewalt und Intoleranz de-

monstriert. Der 23. Mai 2001 soll unter dem Motto »Jugend für Demokratie und Toleranz« stehen.

In der Anfangsphase besonders erfolgreich waren – und sind – Sportveranstaltungen gegen Gewalt und der »Victor-Klemperer-Wettbewerb«, den das BMI gemeinsam mit der Dresdner Bank und dem Aufbauverlag ausgeschrieben hat und der auf ein lebhaftes Interesse stieß. Eine bundesweite Plakatkampagne wirbt unter dem Titel »Du willst Respekt. Ich auch« für Fairness im Umgang miteinander. Lokalredakteure und kommunale Mandatsträger erhalten Argumentationshilfe im Umgang mit dem Thema Ausländer und Extremismus. Stars der Musikszene äußern sich via Anzeige in Zeitschriften für Jugendliche und Musikkonsumenten gegen Ausländerhass und plädieren für kulturelle Vielfalt. Erarbeitet wird ein Informations- und Lehrprogramm zur Aufklärung für Auszubildende speziell in der Bauindustrie, um Vorurteile und Feindseligkeiten gegenüber ausländischen Kollegen frühzeitig abzubauen. Das Bündnis baut ein »Lexikon der In-

itiativen« auf, das bereits bestehende Projekte auflistet und zum Nach- oder Mitmachen anreizt.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Bekämpfung rechtsextremistischer Propaganda im Internet. Das Bündnis baut darüber hinaus ein Datenwerk derjenigen Gruppen auf, die (wie z.B. die Gruppe »Fairlink«) im Netz gegen neonazistische und ausländerfeindliche Kampagnen vorgehen.

Das »Xenos«-Programm der Bundesregierung, das über drei Jahre verteilt 75 Millionen DM aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds für Projekte und mobile Beratungsteams einsetzt, steht ebenfalls unter dem Dach des »Bündnisses für Demokratie und Toleranz«.

Die Anschrift der Geschäftsstelle des Bündnisses lautet:
Bundesallee 216-218, 10719 Berlin
Tel.: 030 / 23 63 40 86
Fax: 030 / 23 63 40 83
Die Geschäftsstelle wird geleitet von Herrn Arnold, sein Vertreter ist Herr Dr. Schiller-Dickhut.

Mut zur Zivilcourage

Was tun gegen rechte und rassistische Gewalt !?

5 Beispiele und 25 Tips

Mit rechter und rassistischer Gewalt wird die Öffentlichkeit immer häufiger konfrontiert! Viele Leute reagieren ängstlich oder schauen einfach weg, wenn so etwas passiert.

Wir meinen: In solchen Situationen ist Zivilcourage gefordert, damit diesem üblen Treiben etwas entgegengesetzt wird.

Aber, was ist zu tun?

Wie kannst Du reagieren, wenn ein Mensch auf Grund seiner Hautfarbe und seiner ausländischen Herkunft, auf der Straße, in der Bahn oder sonst wo angegriffen wird?

Was kannst Du machen, wenn Rechtsextremisten öffentlich Propaganda gegen unsere Demokratie oder Völkerverständigung richten?

Welche Möglichkeiten hast Du, wenn Du selber von den gewalttätigen Rassisten angegriffen wirst?

Zunächst ein paar grundsätzliche Gedanken:

Es gibt keine Patentrezepte. Die Situation ist jedes Mal, abhängig von der Örtlichkeit, vom Täterprofil, vom Opfer und anderen Beteiligten, unterschiedlich.

Es sollte sofort dafür gesorgt werden, dass die Polizei verständigt wird. Du solltest nicht davon ausgehen, dass die »Anderen« sich schon kümmern werden.

Niemand erwartet dabei von Dir, dass Du Deine Gesundheit und sogar Dein Leben aufs Spiel setzt, um anderen zu helfen.

Es muss Dir klar sein, zu welchem persönlichen Risiko Du bereit bist und was Du in einer konkreten Situation leisten kannst.

Es hat keinen Zweck, mit den Angreifern zu reden oder zu argumentieren. Erstens machen sie dieses »intellektuelle Spielchen« nicht mit und zweitens fürchtet der Anführer der Gruppe, dass seine »Autorität« untergraben wird.

Es sollen keine Abwehrwaffen und -geräte, wie z.B. Messer, eingesetzt werden. Als Alternative gibt es Signalgeräte,

wie z.B. Trillerpfeifen oder Schriillalarmgeräte: Damit kannst Du Aufmerksamkeit erregen und den Täter in der ersten Schrecksekunde stoppen.

Merke! Es geht nur darum, eine Schadensbegrenzung zu erreichen.

1. Beispiel: In einer Kneipe

Du bekommst mit, wie einige ältere Leute über die »Fremden« herziehen. Sie werfen ausländische Familien, Asylbewerber, Aussiedler in einen Topf und schimpfen über sie. Dann fangen sie an, Judenwitze zu erzählen. Und wenn jemand versucht, die Leute zur Vernunft zu bringen, zeigen sie mit einem zackig gebrüllten »Heil Hitler«, wer in dieser Kneipe das Sagen hat. Dann werden sie gewalttätiger und fangen an, die ausländisch aussehenden Gäste anzumachen.

Du hast zwei Möglichkeiten:

Du kannst zum Wirt gehen und ihn bitten, die Polizei anzurufen, denn der Wirt hat die Pflicht, Straftaten in seinem

Lokal zu verhindern. Wenn er dieses Verhalten seiner Gäste duldet, kann ihn das die Lizenz kosten.

Du kannst die Polizei selber anrufen und vor der Gaststätte auf sie warten. Da kannst Du ihr in Ruhe erklären, was passiert ist.

Merke! Es ist besser, wenn Du versuchst, andere Gäste als Zeugen zu gewinnen. Dann bist Du stärker und selbstsicherer. Später stehst Du auch vor Gericht nicht allein.

2. Beispiel: In der Fußgängerzone

Ein ausländischer Mitbürger wird von Rechtsradikalen angegriffen. Sein Hilferuf wird von Passanten ignoriert. Sie haben Angst, fühlen sich hilflos und reagieren mit Gleichgültigkeit. Das Opfer wird allein gelassen.

Folgendes solltest Du beachten und unternehmen:

Lass Dich nicht provozieren! Gewaltträchtige Situationen entstehen oft, weil ein Wort das andere gibt.

Du ze die Täter nicht! Denn sonst vermuten die Passanten einen rein privaten Konflikt.

Übernimm die »Leiterfunktion«, sprich andere Beteiligte persönlich an! »Sie da im grünen Mantel, bitte helfen Sie mir, und rufen Sie die Polizei!« Wenn dieser Passant darauf reagiert, dann ist meist der Knoten geplatzt und der so genannte Schneeballeffekt tritt ein. Jetzt kannst Du auch andere Passanten aktivieren.

Für die Angreifer oder Provokateure wird jetzt die Situation schwierig. Sie sind überrascht, denn bisher war ihre Erfahrung, dass das Umfeld gleichgültig reagiert.

Merke! Die Polizei braucht von Dir genaue Angaben über die Täter: Größe, Alter, Kleidung, besondere Merkmale, um schnell und wirkungsvoll tätig zu werden.

3. Beispiel: In der Bahn, im Bus

Ein großer, kräftiger und gefährlich aussehender Skinhead macht sich über einen »Ausländer« her. Er fängt an, ihn grundlos zu schlagen. Die Mitfahrenden sind schockiert, sie wissen nicht, wie sie sich verhalten sollen.

Folgendes kannst Du tun:

Du kannst den Fahrer auffordern, die Polizei zu rufen. Er ist verpflichtet, dies zu tun. Sonst kann er wegen unter-



Demonstration in Cottbus Foto: Claus-Dieter Steyer

lassener Hilfeleistung angeklagt werden.

Wenn Du nicht direkt zum Fahrer gelangen kannst, kannst Du diejenigen, die vorne sitzen, laut anschreien: »Der Fahrer soll die Polizei informieren.«

Du kannst andere Mitfahrende auffordern, mit Dir laut zu pfeifen und zu rufen. »Feigling, Feigling, lass ihn los, lass ihn los!« Andere machen dabei mit. Jetzt ist die Situation für den Skinhead riskant, weil sie unüberschaubar und unberechenbar ist. Er scheut das Risiko und versucht in der Regel, sich vom Ort des Geschehens zu entfernen.

Je nach Sachlage und Situation kannst Du auch den Fahrer auffordern, die Türen abzusperrern, so dass sich der Täter nicht entfernen kann, bis die Polizei eintrifft.

Du solltest auf keinen Fall die Notbremse ziehen, um den Täter zu erschrecken, denn Du kannst Dich und andere verletzen und Du musst für die Folgekosten aufkommen.

Merke! Es ist wichtig, andere Personen mit in die Verantwortung zu nehmen. Umso stärker ist der Eindruck gegenüber dem Provokateur!

4. Beispiel: Demonstration

In unserer Demokratie ist das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit sehr wichtig. Deshalb ist es schwierig, die Kundgebungen von Neofaschisten und extrem rechten Parteien zu verbieten. Gerade wenn viele Nazis auf einem Haufen stehen, fühlen sie sich stark und trauen sich besonders viel. Du beobachtest von außen, dass ein paar Leute mitten in einer großen Menge den Hitlergruß zeigen.

Was kann geschehen und was kannst Du unternehmen?

Es sind meistens genug Polizeibeamte in der Nähe. Nur kann es sein, dass ein Hinweis von Dir an den nächsten Polizisten nicht reicht. Er kann selbst oft nicht allein entscheiden und verweist dann auf den Gruppenführer und der weiter an den Einsatzleiter.

Der Einsatzleiter könnte seine Beamten auffordern, einzuschreiten und die Täter aus der Menge herausholen und zur Wache mitzunehmen, oder überhaupt nichts tun, weil er keine Straßenschlacht auslösen will. Das ist rechtlich in Ordnung und auch verständlich. Dieses nennt man das Opportunitätsprinzip.

Du kannst trotzdem eine Anzeige gegen Unbekannt stellen.

Merke! Auch wenn Du nicht selber eingreifen kannst, ist es immer ratsam, eine Anzeige gegen Unbekannt zu erstatten und Deine Beobachtungen mitzuteilen!

5. Beispiel: Du bist »Ausländer« und wirst bedroht

Eine Gruppe von Jugendlichen spricht Dich an und provoziert Dich zum Beispiel auf Grund Deines Aussehens. Du fühlst Dich bedroht.

Du kannst Dich an folgenden Ratschlägen orientieren:

Versuche bitte weg zu laufen! Die Gruppe ist stärker als Du. Versuche dahin zu laufen, wo viele Menschen sind! Du kannst sie auffordern, Dir zu helfen. Wenn es in der Nähe einen geschützten Raum gibt, kannst Du dahin laufen. Du

solltest den Raum aber nicht verlassen, bevor die Hilfe nicht gewährleistet ist.

Wenn Du nicht weglaufen kannst, versuche mit ihnen zu reden. Es kann vielleicht helfen. Du solltest aber nicht aggressiv, provozierend, drohend oder beleidigend wirken. Meistens haben Jugendgruppen oder Banden einen Anführer. Du kannst ihn direkt ansprechen und versuchen, ihn zu überzeugen. Er entscheidet letztendlich, wie es weitergehen soll. Versuche Blickkontakt herzustellen und mit ihm zu kommunizieren! Sprich ruhig, laut und deutlich und erkläre, was Du von dieser Situation hältst. Höre zu, was Dein Angreifer zu

Pippi und Po

Rassismen in Kinderbüchern – meist unbewusst transportiert – werden heute zunehmend abgebaut. Janosch hat schon 1978 das 1884 entstandene Lied »10 kleine Negerlein« umgedichtet in »10 kleine Mausekinder«. Aber Pippi Langstrumpf reist noch immer ins ferne »Taka-Tuka-Land« und herrscht mit ihrem Vater, dem »Negerkönig«, über 126 Eingeborene, die sich in Baströckchen kleiden und ständig am Trommeln sind. Seit einigen Jahrzehnten kann die Anwesenheit von Migranten kaum noch übersehen werden. Doch anders als im Alltag werden die meisten Kinderbücher und Fernsehsendungen nach wie vor nur von weißen Kindern bevölkert. Es war nötig, dass amerikanische, britische oder skandinavische Autoren ihren deutschen Kollegen etwas vormachten: In ihren Geschichten erleben weiße und dunkelhäutige Kinder gemeinsam die Welt. Im wunderschönen Bilderbuch »Suchen und Finden« der norwegischen Autorin und Illustratorin Kari Grossmann (Verlag Friedrich Oetinger 1997) wimmelt es von witzigen und für Kinderbücher bislang ungewöhnlichen Details: Im Kaufhausgetümmel steht eine türkische Frau mit Kopftuch und winkt einem Freund zu, während eine afrikanische Mutter den Einkaufswagen zur Kasse schiebt. In ähnlicher Weise taucht im Büchlein »Mit Tommi im Kindergarten« (Ravensburger Buchverlag 1998) sehr dezent in jeder dritten Szene ein dunkelhäutiges Kind auf. Bei den vier »Teletubbies« schließlich hat der grüne »Dipsy« eine etwas dunklere Gesichtsfarbe und in der roten »Po« steckt eine britisch-chinesische SchauspielerIn, die öfters ihre Muttersprache benutzt. Fremde Sprachen zu hören, die unter Umständen nicht zu verstehen seien, gehören zum Alltag – sagen die Teletubbies-Macher –, also werde das auch hier vermittelt. (esf)

aus: Ausländer in Deutschland 4/2000, 16. Jg., 1. Dezember 2000

sagen hat. Du hast ein bisschen Zeit gewonnen.

Es ist wichtig, dass Du die Nerven nicht verlierst. Du solltest Panik und Hektik vermeiden. Wenn Du ruhig bist, weißt Du, was Du tust und wirkst auf die Täter beruhigend. Du solltest die Angreifer nicht anflehen und Dich unterwürfig verhalten. Ergreife die Initiative, um die Situation zu deinem Vorteil zu wenden. Du bist dann nicht mehr das Opfer.

Tue etwas Unerwartetes! Nutze den Überraschungseffekt zu Deinem Vorteil aus! Versuche die Täter abzulenken, um die bedrohliche Lage zu verändern!

Wenn dieses alles nicht hilft und Du bekommst auch keine Hilfe von den Außenstehenden, bleibt Dir nichts anderes übrig, als das zu tun, was sie von Dir verlangen.

Merke! Wenn Du dich wehrst, wirst Du umgehend körperliche Gewalt an Dir erfahren. In der Regel wird körperliche Gegenwehr mit brutaler Gewalt beantwortet. Es soll immer ein gewisser Abstand zwischen Dir und dem Angreifer sein. Du solltest möglichst jeden Körperkontakt mit ihm vermeiden.

Zum guten Schluss

Eine Anzeige bildet erfahrungsgemäß den besten Schutz vor erneuten rassistischen Gewalttaten, da die Täter durch polizeiliche Ermittlungen und juristische Urteile Unannehmlichkeiten zu befürchten haben.

Die Polizei ist rund um die Uhr für uns alle da: auf den Dienststellen, am Telefon oder über den Notruf 110.

Mit Deiner Zivilcourage trägst Du wesentlich zur Sicherung aller Bürger bei.

Wir sollten uns alle bewusst werden, dass wir jederzeit in eine Situation kommen können, in der wir auf Hilfe und Zeugen angewiesen sind.

Wir freuen uns, wenn dieser Text weitergeholfen hat.

Diesen Text gibt es auch in gedruckter Form als Flyer und ist beim Verein zu bestellen.

Wir bemühen uns, Initiativen, Gruppen, Schulklassen und Einzelpersonen weitere Vorschläge für ihre Arbeit zu machen.

Wir freuen uns aber auch über Hinweise für neue Ideen, die wir aufnehmen können, um unser Anliegen nach einer toleranten und bunten Republik zu erreichen.

Wer unter dem Signet der Gelben Hand Aktionen durchführen möchte, kann dazu weitere Materialien erhalten.

Für alle Anregungen, Wünsche, Bestellungen und sonstigen Kontakte sind wir hier zu erreichen:

Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus »Mach meinen Kumpel nicht an!« e.V.
Geschäftsstelle
junges forum – Festspielhaus
Otto-Burrmeister-Allee 1
45657 Recklinghausen
Tel.: 0 23 61 / 15 521
Fax: 0 23 61 / 91 84 85

Copyright: Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« e.V.



Unterschriftenaktion in Chemnitz Foto: Wolfgang Ebert

Bonner Buchmesse Migration: Eine Idee setzt sich durch

Vom 9. bis 11. November 2001 bietet die dritte Bonner Buchmesse Migration unter dem Motto: »Rassismus geht uns alle an« allen Interessierten die Chance zu einem regen interkulturellen Austausch. Die Fachbuchmesse widmet sich der kulturellen Vielfalt, der Toleranz und dem Miteinander für die Gerechtigkeit in der Gesellschaft.

Nach dem großen Erfolg der ersten (1998) und der zweiten (1999) Buchmesse Migration richtet die Ausländerarbeit des Ev. Kirchenkreises Bonn und das Bonner Institut für Migrationsforschung und Interkulturelles Lernen e.V. (BIM) auch die dritte Bonner Buchmesse Migration aus.

Zielsetzung ist, die Diskussion über Migration, Integration und über die wachsende Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in Deutschland einer breiteren Öffentlichkeit näher zu bringen.

Das Konzept, das Thema Migrationsforschung und die benachbarten Themen aufzugreifen und zusammen mit kulturellen Angeboten wie Lesungen, Musik und Theater zu präsentieren, hat sich schon bei der ersten und zweiten Buchmesse bewährt.

Die Bonner Buchmesse Migration ist ein wichtiger Schritt in einem langfristigen Prozess. Sie soll den Dialog zwischen Mehrheit und Minderheiten in der deutschen Gesellschaft verstärken, Toleranz und Verständnis füreinander fördern.

Die Messe bietet Verlagen, Institutionen, Vereinen und Initiativen ein breites, öffentlichkeitswirksames Forum, zu dem auch einzelne Personen, die sich bisher noch nicht mit dem Thema auseinandergesetzt haben, geladen sind.

Sie wird von den Veranstaltern als Plattform zur Vernetzung von Initiativen, Verlagen und Institutionen, die sich diesem Themenkreis verbunden fühlen, verstanden.

Während der vergangenen Messen nutzten Aussteller, Autoren und ein interessiertes Fachpublikum die Chance zu einem regen Austausch über das angebotene Büchersortiment, geplante Neuerscheinungen und politische Entwicklungen. Gerade diese Gespräche machen die Buchmesse Migration für alle Teilnehmer wichtig: Während das Thema Migration auf den großen Buchmessen in Frankfurt und Leipzig nur wenig Platz findet, bietet die Themen-

buchmesse für viele kleine Verlage und Organisationen eine bezahlbare und effektive Alternative, sich und ihre Arbeit einem interessierten Fachpublikum vorzustellen. Die ersten beiden Buchmessen waren bereits große Erfolge und wurden in der Öffentlichkeit viel beachtet.

Die zweite Bonner Buchmesse Migration fand vom 19. bis 21. November 1999 unter der Schirmherrschaft der Beauftragten der Bundesrepublik für Ausländerfragen, Marieluise Beck, und der Oberbürgermeisterin von Bonn, Bärbel Dieckmann, statt.

Über 45 Aussteller nahmen teil. Es kamen ca. 1.500 Besucher. Die Bonner Buchmesse Migration ist mittlerweile bundesweit ein bekanntes Forum geworden.

LKR Jörn-Erik Gutheil geht in seiner Eröffnungsrede zur zweiten Bonner Buchmesse auf die Bedeutung der Migration für unsere Gesellschaft ein und sieht Migration als eine Herausforderung für die Zukunft:

»Wir tun oft so, als wäre das das Leichteste von der Welt: Flexibel sein, sich neuen Herausforderungen stellen, neu anfangen. (...) Migration ist ein Aufschrei! Wo sind unsere Ohren, wo sind unsere Seelen, wo ist das wandernde Gottesvolk, das den Wanderer an die Hand nimmt und ins Haus führt (Jesaja 58,7).

(...) Migration. Die Bücher sprechen eine klare Sprache. Sie leihen denen das Wort, die in Gefahr sind zu verstummen, ihren Schmerz in sich hineinfresen, die immer noch Angst haben.«

Die gesellschaftliche Situation der kulturellen Vielfalt spiegelt sich in wachsendem Maße auch in der Bücherlandschaft wider.

Ralph Giordano stellte in seinem Grußwort die Buchmesse als ein wichtiges Forum gegen die wachsende Fremdenfeindlichkeit und als einen Ort der interkulturellen Begegnungen dar.

»Wir leben im Zeitalter großer Bewegungen und Wanderungen, einer Ära kontinentalen und interkontinentalen Austausches und mehr denn je kommt es darauf an, dass Menschen verschiedener Herkunft einander verstehen lernen, einander zuhören, voneinander lernen wollen, wenn denn die Bereitschaft zu Frieden und Gewaltlosigkeit über die Traditionen der Intoleranz, der

Fremdenfeindschaft und des Hasses obliegen sollen.«

»Auch die zweite Bonner Buchmesse Migration hat gezeigt, wie wichtig es ist, das Lesepublikum auf diese besondere Bücherproduktion aufmerksam zu machen. (...) Die begleitenden Veranstaltungen waren sehr gut und diesmal mehr frequentiert. Die Lesungen für Kinder besonders gut ausgewählt und mit guter Wirkung. Man hatte den Eindruck, dass sich die Schulen diesmal eher angesprochen fühlten, und das soll man auch für die nächste Messe betreiben und intensivieren. (...) Großes Lob an die Organisatoren und deren Mitarbeiter. Ja, wir würden gern wieder dabei sein wollen.« (Niki Eideneier, Romiosini Verlag, Köln)

»Schon jetzt zeichnet sich aber ab, dass die Bonner Buchmesse Migration in spätestens fünf Jahren ein Ereignis sein wird, das auf den ganzen deutschsprachigen Raum ausstrahlt.« (Thomas Frahm, Avlos Verlag, Linz/Rhein)

Bonn als weltoffene Stadt mit einer langen internationalen Tradition, als Nord-Süd-Zentrum und als Zentrum für die

Schüler produzieren CD gegen Gewalt

Zwei engagierte Lehrer des Hochwald-Gymnasiums im saarländischen Wadern hatten die Idee, 400 Schüler machten in den Herbstferien mit als Texter und Chorsänger. Das Ergebnis wurde Mitte Oktober präsentiert: Eine CD unter dem Slogan »Kids gegen Gewalt«, mit dem die Gymnasiasten gegen rechte Gewalt demonstrieren. Die Schüler waren aufgefordert, ihre Ideen und Einfälle zum Thema »Rechte Gewalt« einzureichen. Daraus wurde in einer Art Gedankencollage ein Songtext produziert. Zur Musik von Pink Floyds Protest- und Widerstandshymne »Another brick in the wall« entstand ein Rap-Text: »Hey Leute, wacht doch endlich auf.« Unter anderem heißt es: »Nicht nur reden, nein, auch handeln und nicht morgen, sondern jetzt.« Der Erlös der CD kommt der Stiftung »Bürger in Not« zu. (esf)

Kontakt: Hochwald-Gymnasium,
Am Kaisergarten 1, 66687 Wadern,
Tel.: 0 68 71/90 26-0

aus: Ausländer in Deutschland 4/2000,
16. Jg., 1. Dezember 2000



Foto: Hidir Celik

europäische Zusammenarbeit bietet sich als Veranstaltungsort der Messe im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland an.

Auch die Autoren der Buchmesse äußerten sich sehr positiv.

»Der Wille zur Kommunikation als Mittel des Austausches ist jedoch erst einmal eine Frage des gegenseitigen Respektes. Hierfür ein zusätzliches Angebot zu schaffen, wie es auch in Zukunft anhand der Bonner Buchmesse Migration am Rhein geschehen sollte, bedeutet eine Bereicherung der Kultur. Der sich auf Dauer auch die »große« Buchmesse am Main nicht verschließen wird.« (Antonio Morten, Schriftsteller)

Für die Landesvorsitzende des Verbandes deutscher Schriftsteller, Antje Dertinger, ergibt sich die große Bedeutung einer entsprechenden Fachmesse aus einem Anteil von knapp 20 Prozent nicht-deutschen Autorinnen und Autoren innerhalb ihres Verbandes.

Mit dem zunehmenden Erfolg der Messe, die 2001 zum dritten Mal stattfinden wird, wächst auch die Zahl der Aussteller und der Besucher. Waren es 1998 noch 28 Verlage und Institutionen, zählten die Veranstalter im November 1999 schon über 45 Teilnehmer.

Die Erfahrungen der ersten und zweiten Bonner Buchmesse Migration haben gezeigt, dass vor allem durch Autorenlesungen Gesprächsforen und ein kulturelles Rahmenprogramm den bis dahin weniger an Migration interessierten Besuchern ein Zugang zum Thema ermöglicht wurde. Dieses erfolgreiche Konzept wird auch in der dritten Bonner Buchmesse Migration weiter verfolgt.

Am 9. November 2001 findet unter der Leitung von LKR Jörn-Erik Gutheil (Evangelische Kirche Rheinland) ein Diskussionsforum statt, an dem Persönlichkeiten aus Politik und Medien teilnehmen werden. Während der Buchmesse sind weitere Gesprächsforen geplant.

Die dritte Bonner Buchmesse Migration vergibt zum ersten Mal unter dem Motto: »Zuhause ... in der fremden Heimat« Preise an Autorinnen und Autoren in vier Kategorien. Die Preise sind als Zuschuss für die Förderung neuer Publikationen vorgesehen, die in Zusammenarbeit mit Verlagen realisiert werden. Ein Sonderpreis wird auch an Jugendliche zwischen 16 und 22 Jahren vergeben, die zu dem o.g. Thema schreiben.

Es handelt sich um folgende Kategorien:

1. Kinder und Jugend
2. Dichtung / Lyrik
3. Sachbücher / Wissenschaft
4. Allgemein: Romane, Erzählungen u.a.

Die Teilnahmebedingungen werden im März 2001 gesondert bekannt gegeben.

Im Rahmen der Buchmesse wird die Ausstellung »Migration in der Karikatur« zum ersten Mal gezeigt. Es werden ca. 50 Karikaturen aus deutschen Presseorganen, die wesentliche Aspekte der Migration beleuchten, ausgestellt.

Die dritte Bonner Buchmesse Migration wird vom 9. bis 11. November 2001 im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Museumsmeile Bonn) stattfinden. Verlage und Organisationen, die teilnehmen möchten, können sich bei Dr. Celik über die laufenden Vorbereitungen erkundigen. Tel.: 02 28/69 74 91 oder Informationen aus der Homepage-Seite www.bimev.de bzw. www.auslaenderarbeit.de herunterladen.

Über E-mail können auch die Dokumentationen der vergangenen Buchmessen bestellt werden:

auslaenderarbeit@t-online.de

Dr. Hidir Celik

Moorhuhn gegen rechts

Glupschaugen, buntes Gefieder: Das Moorhuhn ist unpolitisch und lässt sich von jedermann abknallen. Und nun »Moorhuhn gegen rechts«? Die Phenomedia AG aus Bochum, Heimat der Moorhühner, hat ein Originalgemälde des Erfinders des digitalen Geflügels, Frank Ziemiński, für 15.000 DM im Internet versteigert und den Erlös Mitte Oktober in Köln je zur Hälfte an die Rockinitiative gegen

Rechtsextremismus »Arsch huh« und an die Nordoff/Robbins-Stiftung für Musiktherapie überreicht. Das wird nicht die letzte Aktion der Moorhühner sein, verspricht Stephan Pelster von Phenomedia. »Ballern gegen rechts – das fanden wir amüsant«, so die Musiker der AG Arsch huh. Umso mehr, als in einigen Spielvarianten die Hühner zurückschießen oder gar dem Jäger auf den Kopf ... Der Zusammenschluss ver-

schiedener Bands wurde vor acht Jahren gegründet und nach dem BAP-Lied über Zivilcourage nach Kölscher Art »Arsch huh und Zäng ussenander!« benannt. Er unterstützt Jugend- und Flüchtlingsprojekte, organisiert Konzerte zu Gunsten ehemaliger Zwangsarbeiter, zuletzt »Zwangswiese Kölsch« im Frühjahr. Im Dezember gehen die Mitglieder in Schulen, machen dort Musik und diskutieren mit den Jugendlichen. Die Nordoff/

Robbins-Stiftung ist eine Einrichtung der gesamten Musikbranche und finanziert u.a. Musiktherapie für autistische Kinder.

»Moorhuhn gegen rechts« ist Teil der Kampagne »Z steht für Zivilcourage«, die von der Berliner tageszeitung/taz zusammen mit PopOnline GmbH und anderen Partnern organisiert wurde. Popmusik und Computerspiele sind heutzutage wichtige Interessengebiete der jungen Leute, so Ralf Plaschke, Geschäftsführer der PopOnline. Die Produzenten müssen zu ihrer Verantwortung stehen. Mit solchen Mitteln könne man am ehesten junge Leute »auf der Kippe« erreichen. Phenomedia hat im Auftrag des Bundesinnenministeriums die Computerspiel-Serie »Dunkle Schatten« (vgl. AiD-online 4/99 – Recht) entwickelt. Das Spiel habe, so Pressesprecher Ulf Hausmanns, mit »Ballern«

nichts zu tun, sondern sei ein inhaltlich anspruchsvolles Abenteuerspiel. In »Dunkle Schatten« 1 und 2 ging es um Neonazi-Gefahr in einer Kleinstadt bzw. im Internet. Im November wurde Teil 3 fertiggestellt. Handlungsort ist Berlin. Diesmal geschieht ein Mord unter Fußballfans. Der Spieler kann wahlweise in die Identität eines deutschen oder eines türkischen Jugendlichen schlüpfen und erlebt dementsprechend unterschiedliche Situationen, bei denen er mit Rechtsextremen in Berührung kommt. Das digitale Rollenspiel fordere Entscheidungen ab und zeige Möglichkeiten und Grenzen der persönlichen Einmischung. Dies unterscheidet die dritte Version von den zwei früheren, bei denen gute und böse Taten strikter getrennt waren, so Hausmanns. Die Spiele waren nach seiner Einschätzung bisher ein voller Erfolg und wurden über zwei Millionen Mal angefordert. Die

neue CD-ROM wird – wie die Vorgänger – kostenlos an Schulen verteilt. Darüber hinaus sucht Phenomedia Partner, die bereit sind, die CD-ROM etwa Computerzeitschriften beizulegen oder auf Konzerten unters Volk zu bringen. (mjd)

Kontakt: Phenomedia AG,
Lohrheidestr. 1, 44866 Bochum,
Tel.: 0 23 27/99 71 80,
hausmanns@phenomedia.com.de
www.phenomedia.com

aus: Ausländer in Deutschland 4/2000,
16. Jg., 1. Dezember 2000

Rezepte gegen Gewalt im Sport

Fußball, Döner, Bratwurst

Hinter vielen Ausschreitungen auf dem Spielfeld stecken ethnische Konflikte. Ein Verein aus Bielefeld zeigt, dass es anders geht.

Es war ein Vorfall, der zunächst geeignet schien, die hässliche Seite des Fußballsports zu zeigen. Der Spieler wurde grob gefoult, trat deshalb unbefähigt zurück und fügte seinem Gegenspieler eine Platzwunde am Kopf zu. Doch der Sünden war selbst am meisten erschrocken über seine Tat und entschuldigte sich sofort nach dem Spielschluss. Dabei blieb es aber nicht: Der Vorstand verschickte eine schriftliche Entschuldigung an den anderen Verein und wünschte dem Spieler gute Besserung – ein höchst seltener Vorgang. »Wir waren alle geschockt, denn dieses Foulspiel widerspricht in krasser Weise unserer Auffassung von Fairplay«, sagt Dieter Schröder vom Sport- und Kulturclub Bielefeld.

Der Aussetzer ihres Spielers löste im Verein ziemliche Betroffenheit aus. Der multikulturelle Club legt schließlich großen Wert auf Verständigung und darauf, dass seine Spieler ausgesprochen fair auftreten. Rote Karten wegen Tätlichkeiten oder Beleidigungen sind deshalb für die Mannschaften des Sport- und Kulturclubs nur sehr selten zu verzeichnen. Wer gegen den Fairplay-

Gedanken verstößt, wird gesperrt oder sogar aus dem Verein ausgeschlossen. Darin sind sich Dieter Schröder und die anderen Vorstandsmitglieder einig, und sie sind auch bereit, unbequeme Entscheidungen zu treffen. So suspendierte der Verein erst kürzlich einige Jugendliche und zog sogar eine ganze Jugendmannschaft vom Spielbetrieb zurück.

Nicht alle Vereine nehmen das friedliche Auftreten ihrer Spieler so ernst. »Manchen Vereinsvorständen ist es leider egal, was auf dem Platz abläuft«, hat Schröder festgestellt. Eine Beobachtung, die zu den Ergebnissen einer Studie der Universität Paderborn passt. Die Wissenschaftler vom Fachbereich Sportwissenschaft untersuchten den Spielbetrieb in drei ausgewählten Fußballkreisen. Ihre Ergebnisse machen nachdenklich: Tatsächlich hat die Zahl der Spielabbrüche wegen Ausschreitungen in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

Besonderes Augenmerk legten die Wissenschaftler in ihrer Studie auf die Situation der Migranten. Bei der Befragung von Spielern und Funktionären äußerten sich diese durchweg sehr besorgt über eine Zunahme der Konflikte zwischen Deutschen und Migranten. Während einige Vertreter der deutschen Vereine das »südländische Temperament« und die Disziplinlosigkeit der

Migranten beklagten, verwiesen diese hingegen auf ausländische Provokationen und Benachteiligungen durch die Schiedsrichter.

Von Diskriminierungen kann Schröder einiges berichten. Er hat dies sowohl bei befreundeten Migrantenvereinen als auch bei den Spielen seines multikulturellen Clubs erlebt. Allerdings weiß sich der Sport- und Kulturclub in solchen Fällen zu wehren. Als bei einem Turnier der Schiedsrichter mit dem Spruch »Jetzt spielen diese Kanaken auch schon hier« auffiel, weigerte sich die Mannschaft anzutreten, bis der Schiedsrichter abgesetzt wurde. Bei solchen Fällen scheut sich der Verein nicht, an die Öffentlichkeit zu gehen und die Presse zu informieren. Offenbar eine geeignete Maßnahme, denn Vorfälle dieser Art sind für den Verein inzwischen selten geworden.

»Rassismus ist kein Thema in der Spruchkammer«, bemängelt Schröder jedoch die Vorgehensweise der Funktionäre. In der Spruchkammer des Fußballverbandes werden zwar die Regelverstöße geahndet, aber nicht verfolgt, ob Diskriminierungen die Auslöser waren. Überhaupt ist die fehlende Präsenz von Migranten in den Verbandsorganen auffällig, was der Integration sicherlich nicht förderlich ist.

Die Zahl der Sportvereine von Migranten hat seit Mitte der achtziger Jahre deutlich zugenommen. In den Kreisligen stellen sie zwischen zehn und 30 Prozent der Mannschaften. Was dem einen oder anderen deutschen Fußballfunktionär bedrohlich erscheint, bewerten die Paderborner Wissenschaftler als »einen Ausdruck selbstbewusster Interessenvertretung«. Die Vereine der Migranten seien »kein Übergangsphänomen«, sondern hätten sich »entgegen der Erwartung stabilisiert«. Zudem verlaufen die weitaus meisten Spiele in friedlicher Atmosphäre.

Auch der Sport- und Kulturclub war bei seiner Gründung ein typischer Migrantenverein, in dem ausschließlich Kurden und Türken Mitglieder sind. Anfang der neunziger Jahre sind jedoch nach einer Kampagne gegen Rassismus im Fußball zahlreiche deutsche Spieler dem Club beigetreten, und die Ziele des Vereins sind neu gefasst worden. »Seitdem steht in unserer Satzung, dass wir zum Abbau des Rassismus beitragen wollen«, erläutert Schröder die Wandlung zu einem multikulturellen Verein. Danach ist der kleine Verein auf bis heute über 300

Mitglieder angewachsen, eine komplette Jugendabteilung ist aufgebaut worden und selbst ein Frauenteam entstanden. Neben Kurden und Deutschen sind besonders in den Jugendmannschaften Migranten unterschiedlicher Herkunft vertreten. Der Vorstand wird je zur Hälfte von Deutschen und Migranten gebildet.

Als ein ziemliches Problem hat sich in all den Jahren erwiesen, eine ausreichende Anzahl von Sportstätten zu bekommen. »Die alteingesessenen Vereine haben nun mal ihre Pfründe«, stellt ein Vorstandsmitglied ernüchtert fest. Gerade die jungen Vereine – und das sind zumeist die der Migranten – fühlen sich erheblich benachteiligt, weil ihnen die Kommunen nicht genug Trainings- und Spielplätze zuweisen können.

»Wir zahlen keine Gelder an unsere Spieler«, sagt Schröder über den Charakter seines Clubs. Obwohl die erste Mannschaft den Aufstieg in eine höhere Spielklasse schaffte, wird der Verein nicht, wie sonst durchaus üblich in dieser Klasse, beträchtliche Summen in den Spielerkader investieren. Trotzdem

braucht der Verein nicht zu fürchten, dass ihm die besten Spieler abgeworben werden. »Freundschaft und gute Stimmung«, nennt der Spieler Irfan die Gründe, warum er und seine Kameraden ihrer Mannschaft treu bleiben wollen. Für die Attraktivität des Vereins sorgen nicht nur die sportlichen, sondern auch dessen kulturelle Aktivitäten. Die regelmäßigen Feste mit Live-Musik oder türkischen Diskoklänge haben sich längst über den Verein hinaus herumgesprochen. Noch für dieses Jahr hat sich der Verein außerdem vorgenommen, Freunden und Verwandten in der Türkei beim Aufbau eines sozialen Zentrums zu helfen.

Natürlich tut man beim Sport- und Kulturclub aber auch das, was einen stinknormalen Fußballverein gewöhnlich beschäftigt: Man sucht eifrig nach Verstärkung, um dem Abstiegskampf in der neuen Liga zu entgehen.

Norbert Oppermann

aus: Publik-Forum, Zeitung kritischer Christen, Oberursel, Ausgabe Nr. 13/2000

Was Vereine, Kirchen, Politiker und die Einzelnen tun können Erfahrungen der »Mobilen Beratungsteams«, einem einmaligen Projekt gegen Rechtsextremismus

Es war an der Zeit, dass öffentlich und medienwirksam ausgesprochen wurde: Rechtsextreme Vorstellungswelten wie auch rassistische Grundhaltungen sind nicht nur Bestandteile des geistigen Irrgartens einiger wildgewordener und benachteiligter Jugendlicher. Vielmehr spiegelt deren moralische und politische Grundausstattung in nicht unerheblicher Weise innere Einstellungen der Gesamtbevölkerung wider. Das allein auszusprechen bedeutet Demokratiegewinn. Der häufig zu hörende Satz: »Was die Jugendlichen machen, ist ja nicht richtig – aber verstehen kann man's ja«, belegt dies eindrucksvoll.

Das Ergebnis des Sommerdiskurses könnte sein: Demokratinnen und Demokraten beschreiben künftig Rechtsextremismus und Rassismus als Teil unserer gesellschaftlichen Realität und keinesfalls nur als Jugendproblem. Das wäre ein Grundkonsens, auf dem sich solide politisch handeln ließe! – Allein –

ich traue dieser Einvernehmlichkeit nicht. Die Hektik, mit der das Für und Wider eines NPD-Verbotes besprochen wird, lässt ahnen, dass wir der eben gewonnenen Grunderkenntnis vom »Problem in der Mitte der Gesellschaft« nur wieder allzu gern den Rücken kehren. Über die Frage des NPD-Verbotes kann man verständlicherweise trefflich streiten, denn die möglichen Antworten müssen nicht sonderlich ängstigen. Sie können aber nur allzu schnell von Fragen nach den eigenen Einstellungen zu demokratischen Grundwerten, von Fragen der konkreten Politikgestaltung und der jeweils persönlichen Verantwortung erneut ablenken: Demokratie als unabdingbare Herrschafts- und Lebensform erweist sich laut neuesten Umfragen als nicht sonderlich stabile und gewurzelte Option. Der wiederkehrende Hinweis auf die zu vernachlässigenden Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien als Messlatte rechtsextremer und rassistischer Einstellungen der Bevölkerung zeugt eher von vager Hoffnung und bie-

derem Wunschenken als von demokratisch geleiteter Zivilcourage.

Der Wunsch, den offenkundig werden den inneren Verwerfungen in der Bevölkerung allein mit der verstärkten Repressionsschraube gegenüber jugendlichen Gewalttätern begegnen zu wollen, entspringt eher einem nicht sonderlich demokratisch genährten politischen »Allmachtswahn« als der Erkenntnis, dass unserem Gesellschaftsproblem nur in einem langem und engagiert begleiteten Prozess wirksam zu begegnen sein wird. Grundvoraussetzung dafür aber ist, dass es von vielen überhaupt erst als Problem erkannt wird.

Lange hat uns auch eine Ursachenforschung beschäftigt. Die Ergebnisse erwiesen sich als höchst divergent:

Von der kollektiv-autoritären Erziehung (Ost), der anti-autoritären Erziehung (West) bis hin zu sozialen Verwerfungen. Um mit Lorient zu sprechen: »Wer wollte das bestreiten!« Was wir augenblicklich brauchen, ist ein gegen-

seitig anregender Austausch von guten Modellen demokratischen Handelns in und für alle gesellschaftlichen Bereiche. Erfahrungen dazu haben in gut einem Jahr Rechtsextremismusexperten und Sozialarbeiter beim Mobilien Beratungsteam, einem deutschlandweit einmaligen Projekt gegen Rechts in Brandenburg, gesammelt. Hier die wichtigsten Erfahrungen und Schlussfolgerungen:

- Öffentliche Empörung über rassistische Entwicklungen und Straftaten in nicht ausgewaschenen Sprachformen zeigt Wirkung. Wahre Empörung verschafft sich immer wieder frische Luft; vor allem dann, wenn dabei der Grundkonsens aller Streitbaren Demokraten sichtbar wird. Dem kollektiven Verlust des Einfühlungsvermögens für die Opfer wird so Einhalt geboten.
- Politisch Verantwortliche im Land und den Landkreisen sind nicht mehr beleidigt, wenn darauf aufmerksam gemacht wird, dass Massenunterkünfte für Asylsuchende und Kriegsflüchtlinge, Warengutscheine und eingeschränkte Bewegungsmöglichkeiten eindeutig rassistische Komponenten aufweisen. Diese Regelungen müssen als präzise Impulse für die Wertebildung in gesellschaftlichen Prozessen verstanden werden.
- Jeder Verein und jeder Verband kann in seinem Verantwortungsbereich der Geltung des Artikels 1 des Grundgesetzes radikal Geltung verschaffen: Fußballvereine erklären fortan nicht länger, dass rassistischer Klamaus in den Stadien zur Normalität gehört, sondern gehen diese Fehlentwicklung zum Beispiel über eine Wertegeleitete Fanarbeit an.
- Jugendämter fördern nicht mehr jugendliche »Glatzenpflege« im Rahmen einer missverstandenen Jugendsozialarbeit, sondern suchen nach generationsübergreifenden Fördermodellen, die verloren gegangene Erziehungskompetenz der Eltern (kulturelle Abbrüche usw.) präventiv aufarbeiten hilft.
- Politikerinnen und Politiker erhoffen sich für die Fitness im neuen Jahrtausend nicht nur kostenfreie Laptops für jedes Kind, sondern fordern und fördern aktiv sozialarbeiterische Kompetenzen für alle Schulpädagogen.

Postkarten zur Woche der ausländischen Mitbürger / Interkulturelle Woche 2001



Diese vier Motive sind als Postkarten (vierfarbig) erhältlich. Bestelladresse: Ökumenischer Vorbereitungsausschuß zur Woche der ausländischen Mitbürger, Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/Main, Fax: 069/23 06 50. Unkostenbeitrag: 1 bis 49 Exemplare DM 0,50, ab 50 Exemplaren DM 0,35 jeweils zuzüglich Versandkosten

- In einer Kleinstadt sind angesichts rechtsextremer Angriffe Stadtmütter und -väter um das Außenbild (Image) der Stadt besorgt. Sie machen den Skandal öffentlich, regen alle demokratischen Kräfte zu Mitverantwortung an und fördern so die Lebendigkeit einer an demokratischen Werten orientierten politischen Wertegemeinschaft.
- In den Kirchen wird die anstehende Grundfrage, wovon sich unsere Gesellschaft eigentlich leiten lässt, nicht in hohen synodalen oder bischöflichen Erklärungen manifest, sondern sie wird in den Gemeinden vor Ort konfliktbereit diskutiert.

Der tiefere Blick auf die rechtsextremistische Gewalt lässt erschrecken, aber er gibt auch Einblicke, die Veränderungen realistisch erscheinen lassen.

Wolfram Hülsemann

aus: Publik-Forum, Dossier »Den braunen Vormarsch stoppen«, Ausgabe Nr. 16/2000

Tag der offenen Moschee

Seit einigen Jahren findet jeweils am 3. Oktober, dem Tag der deutschen Einheit, in vielen Moscheen ein Begegnungstag statt, zu dem interessierte Bürgerinnen und Bürger, Kirchengemeinden und Jugendgruppen eingeladen werden. Die Moscheegemeinden möchten dabei ihre vielfältige Arbeit vorstellen und im direkten Gespräch mit den Besucherinnen und Besuchern Vorurteile abbauen helfen. In diesem Kontakt können dann Gemeinsamkeiten mit der eigenen Glaubenspraxis gefunden und über Unterschiede in einer gastfreundlichen Atmosphäre diskutiert werden.

Ein weiterer Anlass, den Kontakt mit muslimischen Nachbarn zu suchen, sind der Ramadan und andere Feste. Im Folgenden dokumentieren wir Grußworte von Repräsentanten von Staat und Kirche. Wir regen an, dass Kirchengemeinden und andere Gruppen ihrerseits während des Ramadan auf ihre muslimischen Nachbarn zugehen.

Grußbotschaften zum Ramadan

Grußbotschaft zum Ramadan von Bundespräsident Johannes Rau

Liebe muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 8. Januar beenden Sie den Fastenmonat Ramadan. Aus diesem Anlass möchte ich Ihnen herzliche Grüße und gute Wünsche übermitteln.

Sie haben mit Ihren Familien und Freunden gefastet und gebetet. Viele haben damit ein Beispiel dafür gegeben, dass die Geborgenheit im Glauben eine selbstbewusste Bescheidenheit schaffen kann, aus der Toleranz gegenüber anderen Menschen und Respekt für andere entstehen.

Ich wünsche mir, dass wir überall in Deutschland ohne Vorurteile aufeinander zugehen und uns um ein friedliches

Zusammenleben bemühen, unabhängig davon, wo wir geboren sind, ob und woran wir glauben.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört zu den europäischen Ländern, deren Geschichte und deren Traditionen besonders vom christlichen Glauben geprägt sind. Die Religionsfreiheit, die unser Grundgesetz garantiert, gilt aber nicht nur für die christlichen Kirchen. Sie gilt, auch wenn das manchen nicht immer ausreichend bewusst ist, auch für andere Religionsgemeinschaften und gewiss für den Islam. Die Grenze findet jede Kirche und jede Religionsgemeinschaft ausschließlich in den vom Grundgesetz garantierten unveräußerlichen Menschenrechten und Bürgerrechten. Sie gelten für alle.

Ich bin dankbar dafür, dass sich viele muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger in unserem Land engagieren:

»Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland«

Statement des Ratsvorsitzenden der EKD, Präses Manfred Kock, am 11. September 2000 in Berlin (Auszüge)

...Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hält es darum für dringend geboten, nicht nur für den Bereich der kirchlichen Gemeindearbeit – etwa für die Arbeit in Kindertageseinrichtungen oder Einrichtungen der Jugendarbeit –, sondern auch für andere gesellschaftliche Handlungsfelder wie z.B. am Arbeitsplatz, in der Schule oder im Kranken-

haus die Kenntnisse übereinander und das Verständnis füreinander zwischen Christen und Muslimen zu verbessern. Denn der gesellschaftliche Frieden in den kommenden Jahren wird davon abhängen, dass wir das Zusammenleben in Respekt voreinander einüben.

Guter Wille allein genügt nicht. Wissen ist auf beiden Seiten nötig, das sensibel macht für Empfindlichkeiten und das hilft, Unsicherheiten auf den Begriff zu bringen. Wir wollen das unsere dazu tun, damit Vorurteile von sachgerechter Aufklärung abgelöst werden, dass die Menschen auf beiden Seiten des Tisches die Andersartigkeit des Glaubens akzeptieren und so auch den Gemeinsamkeiten ihr angemessenes Gewicht geben können.

Deshalb hat der Rat der EKD eine Handreichung zur Gestaltung der Begegnung von Christen mit Muslimen in Deutschland in Auftrag gegeben. Ich freue mich, dass ich das nach intensiver Vorarbeit entstandene Dokument heute der Öffentlichkeit übergeben kann.

Der Titel der Handreichung »Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland« unterstreicht die Ausrichtung des Textes: Es geht darum, nicht länger nur nebeneinander her, sondern im gegenseitigen Respekt vor den religiösen Verschiedenheiten in dieser Gesellschaft zusammen zu leben. Das ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Mit allen Menschen guten Willens wol-

in Organisationen und Vereinen, als Selbständige und Unternehmer, die Arbeitsplätze schaffen und Ausbildungsplätze anbieten. Ich weiß aber auch, dass das Zusammenleben verschiedener Kulturen nicht ohne Konflikte abgeht. Die wichtigste Voraussetzung dafür, dass wir Konflikte mit dem Ziel der Verständigung austragen können, ist, dass wir einander verstehen. Darum wünschte ich mir, dass alle, die bei uns eine neue Heimat gefunden haben, im Laufe der Zeit möglichst gut Deutsch sprechen, damit sie sich mit Nachbarn und Arbeitskollegen verständigen können.

Ich möchte Sie ermutigen: Beteiligen Sie sich am gesellschaftlichen Leben, ob in den Stadtteilen, in Gewerkschaften oder in Sportvereinen. Nur wenn möglichst viele mittun, statt sich in Nischen zurückzuziehen, wird es uns gelingen, den ganzen Reichtum zu erschließen, den das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Prägung über Religionsgrenzen hinweg schaffen kann.

Zum Ende des Fastenmonats Ramadan habe ich den Wunsch, dass Sie mit Zuversicht in das neue Jahr blicken können und dass alle, die im zurückliegenden Jahr Anlass zu Trauer und Schmerz hatten, neuen Lebensmut schöpfen.

Ich wünsche mir ein vielfältiges Deutschland, das nicht danach fragt, woher einer oder eine kommt, sondern danach, wie wir die Zukunft gemeinsam und im Interesse aller gestalten können.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
Johannes Rau

**Grußbotschaft des Vorsitzenden
der Deutschen Bischofskonferenz
Bischof Karl Lehmann
zum Fest des Fastenbrechens 2000**

Sehr geehrte muslimische Schwestern und Brüder!

Wie in jedem Jahr begehen Sie zum Abschluss des Ramadan in Ihren Familien, mit Freunden und Verwandten das Fest des Fastenbrechens mit gemeinsamem Gebet, Spenden für die Armen und Geschenken für die Kinder.

Wenige Tage später feiern wir Christen das Weihnachtsfest im zu Ende gehenden Heiligen Jahr 2000.

Die beiden Feste haben eine große Bedeutung für unser jeweiliges religiöses Leben und bilden Höhepunkte in unserer Beziehung zu Gott. So verschieden die Feste sind, so machen sie doch deutlich, dass Sie als Muslime und wir als Christen unseren Glauben in unserer Gesellschaft feiern und bekennen und auf diese Weise auch einer modernen Glaubenslosigkeit oder Glaubensgleichgültigkeit entgegenwirken.

Manche unter uns – Christen wie Muslime – empfinden hier und an anderen Orten dieser Welt gerade in Verbindung mit den höchsten religiösen Festtagen auch eine gewisse Besorgtheit mit Blick auf die Nähe von Gläubigen der anderen Religion im gleichen Land, in der gleichen Gesellschaft, in der gleichen Stadt. Wo wir bereit sind, einander kennen zu lernen und die Überzeugungen des jeweils Anderen zu achten, obwohl wir sie nicht miteinander teilen können, wird es uns gelingen, miteinander respektvoll und freundschaftlich umzugehen. Dies wird dann auch einen positiven Effekt auf unsere gesamte Gesellschaft haben.

In einer auf der Freiheit des Einzelnen gründenden, pluralen Gesellschaft prägen die Erfahrungen von gleichzeitiger Übereinstimmung und Verschiedenheit nicht nur das Mit- und Nebeneinander von Christen und Muslimen, sondern auch von anderen Religionen und gesellschaftlichen Gruppen in zunehmendem Maße. In dieser Situation sind Christen wie Muslime aufgerufen, zum Frieden unter den Menschen – gerade auch unterschiedlicher Religionszugehörigkeit – mit allen Kräften beizutragen. Darin kann uns die beglückende Erfahrung der Nähe Gottes, die wir bei unseren großen Festen immer wieder machen dürfen, bestärken. »Da Gott der Vater Ursprung und Ziel aller ist«, sagt das Hl. Vatikanische Konzil, »sind wir alle dazu berufen, Brüder zu sein. Und darum können und müssen wir aus derselben menschlichen und göttlichen Berufung (...) zum Aufbau einer friedlichen Welt zusammenarbeiten.« (Vgl. Gaudium et Spes Nr. 92.)

In diesem Geiste der Brüderlichkeit übersende ich Ihnen zum Fest des Fastenbrechens meine besten Wünsche und Grüße

Ihr
Bischof Karl Lehmann

**Evangelische Kirche in Deutschland
– Vorsitzender des Rates
Präses Manfred Kock**

An die Muslime und Musliminnen in Deutschland,

Ihr Fastenmonat Ramadan endet in diesem Jahr direkt nach unserem christlichen Weihnachtsfest. Unsere Adventszeit wurde von Ihrer Fastenzeit beglei-

ten wir ein Klima aktiver Toleranz schaffen, das der Verständigung und dem Interessenausgleich in unserem Land dient. Wir wissen aus unserer eigenen Seelsorgearbeit in den deutschen Auslands- und Überseegemeinden, dass die eigene Religion für ausländische Minderheiten von besonderer Bedeutung für das Selbstverständnis und die Bewahrung der eigenen Identität ist. Nicht zuletzt darum hält die EKD es für dringend nötig, der religiösen Komponente im Dialog mit den Muslimen in Deutschland mehr Bedeutung beizumessen. Auch für die gegenwärtige Diskussion um die Eindämmung der Fremdenfeindlichkeit ist dies unentbehrlich. So legt die Handreichung mit theologischen Argumenten dar, dass es keine christliche Begründung für die Ausgrenzung

oder gar Verfolgung von Menschen gibt, die einen anderen Glauben als die Mehrheitsbevölkerung haben und mit ihrer abweichenden Glaubenspraxis fremd erscheinen. Die Studie soll helfen, den Menschen in unseren Gemeinden die Furcht vor der Religion ihrer muslimischen Mitbürger zu nehmen. Sie sollen ermutigt werden, bewusst die Begegnung mit Muslimen in der Nachbarschaft zu suchen und dabei auch über den eigenen christlichen Glauben zu reden. Wir wissen, wie schwer das manchem fällt, weil Religion häufig als Privatangelegenheit gilt. Bei vielen Christen ist die Kenntnis selbst des eigenen Glaubens gering. Der Wunsch, Muslime besser zu verstehen, weckt jedoch auch bei vielen Kirchenmitgliedern die Neugier an der eigenen Tradition. Diese Neugier müssen

wir wecken und zugleich dafür sorgen, dass Christen über ihren eigenen Glauben sprechen lernen. Das ist unumgänglich, damit das Gespräch der Mehrheitsreligion mit den Angehörigen der religiösen Minderheit gelingt und damit tragfähige Brücken der Verständigung gebaut werden können.

Präses Manfred Kock
Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
Hannover/Berlin, 11. September 2000
Pressestelle der EKD

tet. Nachdem wir Christen voller Freude das Weihnachtsfest gefeiert haben, treffen Sie sich zum Fest des Fastenbrechens. Im Namen der Evangelischen Kirche in Deutschland übersende ich Ihnen Glückwünsche zu Ihren Feiertagen. Christen und Muslime sind in diesen Tagen aus verschiedenen Anlässen von Freude erfüllt. Am Weihnachtsfest steht für uns Christen die Liebe Gottes, die in Jesus Christus sichtbare Gestalt angenommen hat, im Mittelpunkt des geistlichen Lebens unserer Gemeinden. Der Kern des Weihnachtsfestes scheint in unserer Zeit nicht mehr allen deutlich in Erinnerung. Darum versuchen wir immer wieder darauf hinzuweisen: Das liebevolle und barmherzige Handeln Gottes erwartet auch unsere Antwort in Liebe und Barmherzigkeit gegenüber unseren Mitmenschen.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland hat im September eine Handreichung »Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland« veröffentlicht. Sie soll evangelische Christen und evangelische Kirchengemeinden anregen und dazu ermutigen, ihr Verhältnis zu Muslimen zu klären, Kontakt zu suchen und das Zusammenleben einzuüben. Es darf nicht dabei bleiben, dass wir nebeneinander her leben. Darum wollen wir zu Begegnung ermutigen und Gespräche fördern, die der Verständigung dienen. Es gibt schon vielfältige Begegnungen, für die wir dankbar sind, doch darüber hinaus sollen weitere Gelegenheiten genutzt werden. Das Angebot steht: Wir sind bereit, als religiöse Gemeinschaften gemeinsam etwas für die Gestaltung unserer Gesellschaft zu tun.

Das Weihnachtsfest bringt eine Friedensbotschaft. Auch Sie unterstreichen die Bedeutung des Friedens für die Praxis Ihres Glaubens. Darum sollten wir alle das Wort Frieden mit Leben füllen und nach seiner Verwirklichung insbesondere im Zusammenleben von Christen und Muslimen streben. Diesen Wunsch möchten wir Ihnen als Zeichen unserer Anteilnahme an Ihrer Festtagsfreude übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen und guten Wünschen

Ihr
Manfred Kock

18. Dezember 2000

Ein Gotteshaus, in dem man keine Schuhe trägt

Die Klasse 6c der Hans-Thoma-Schule besuchte die Bad Säckinger Moschee und staunte, wie schnell so ein Imam schreiben kann.

Rund fünfzehn Schülerinnen und Schüler der Klasse 6c der Hans-Thoma-Schule, die den katholischen Religionsunterricht besuchen, waren gestern mit ihrer Lehrerin Inge Engelke zu Besuch im Islamisch-Türkischen Zentrum in der Güterstraße.

Empfangen wurden sie vom geistlichen Oberhaupt der Gemeinde, Imam Talat Dag, und dem Vorsitzenden des Vereins, Ali Rubet. Der Ausländerbeirat hatte die Schulen ermuntert, die »Woche der ausländischen Mitbürger« im Unterricht zu thematisieren. Weil das Thema »Mit Muslimen leben – Der Islam« Teil des Lehrplans ist, verlegten Inge Engelke und ihre Schüler für eine Stunde den Unterricht in die Moschee. Vermittelt wurde der Besuch durch ihren Mitschüler Ferit Yildiz.

Zuerst hieß es Schuhe ausziehen, bevor es in den ersten Stock in die Moschee ging. Die Zwölf- bis Dreizehnjährigen kannten die wichtigsten Begriffe der islamischen Glaubenslehre bereits. Die Gebetsnische für den Vorbeter, die Gebetsteppiche, die gerahmten Bilder mit Suren aus dem Koran in arabischer Schönschrift und auch die Gebetsschnur waren den meisten nicht fremd.

Und trotzdem hatten die Schüler noch Fragen: Wie alt ist der Koran? Warum muss man die Schuhe ausziehen, wenn man in die Moschee geht? Wie oft gehen die Schüler in die Koranschule? Dort knieten die Sechstklässler schließlich in den Bänken und erfuhren von Imam Talat Dag und Ali Rubet, dass man die Schuhe auszieht, weil es beim Beten sauber sein muss und dass die Schüler, wenn sie wollen, jeden Tag in die Koranschule zum Studium kommen können. »Beten Sie auch fünfmal am Tag?«, wollte ein Schüler wissen und erhielt ein promptes »Ja« zur Antwort.

Noch mehr staunten die Jungen und Mädchen, als Imam Talat Dag die erste Sure des Koran, das Kurzgebet der Muslime, in arabischer Schrift von rechts nach links auf die Tafel schrieb. In einer unglaublichen Geschwindigkeit – wie sie fanden. Denn sie selbst hatten die Sure, die mit »Im Namen Allahs des Allerbarmers, des Barmherzigen« beginnt, auf Deutsch aufgeschrieben, um sie den Gastgebern zu überreichen. Gebraucht haben sie dafür fünfzehn Minuten, Imam Talat Dag nur zwei.



Foto: Christiane Weisshaupt

Es wurden noch viele Fragen gestellt und ausführlich beantwortet. Doch nicht nur ihren Wissensdurst stillten die Sechstklässler. Damit das Lernen leichter fiel, wurden sie mit Cola, Fanta und Süßigkeiten bewirtet. Und sie lernten an diesem Tag, dass das Türkisch-Islamische Zentrum nicht nur ein Haus zum Beten und Lernen ist, sondern auch ein Ort der Begegnung. »Unsere Tür ist für alle, Muslime und Nichtmuslime, jederzeit offen«, betonte Ai Rubet am Ende des Besuchs.

aus: Badische Zeitung, 29. September 2000

Die deutschen Bischöfe
Gerechter Friede
Ausgabe 66, 27. September 2000
(Auszüge)

(...)
III. 3.3. Interreligiöser Dialog

(189) Die Kirche versteht das Recht auf Religionsfreiheit – wie jedes andere Menschenrecht – als letztlich von Gott dem Menschen verliehen, ja als besonderen Ausdruck seiner Personwürde. Deshalb verbietet sich in Sachen Religion jeder Zwang. Wie in der innerchristlichen Ökumene stellt der Dialog die zukunftsweisende Form interreligiöser Verständigung dar. Auch das Leben in einer zusammenwachsenden Welt fordert zum Dialog und zur Begegnung zwischen den Religionen heraus. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die vielfältigen Initiativen des Papstes, etwa an das Gebet der Weltreligionen in Assisi. Die Deutsche Bischofskonferenz hat inzwischen eine eigene Unterkommission für den interreligiösen Dialog ins Leben gerufen, um seiner wachsenden Bedeutung für das interreligiöse Leben hierzulande und weltweit gerecht zu werden. Mit dem für unser Land besonders bedeutsamen Austausch zwischen Christen und Muslimen befasst sich die Christlich-Islamische Begegnung – Dokumentationsstelle (CIBEDO). Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland und ihre zahlreichen regionalen oder örtlichen Arbeitskreise haben dazu Informationsmaterial und Arbeitshilfen publiziert, die besonders für Seelsorger und Religionslehrer und -lehrerinnen empfehlenswert sind. Ausdrücklich ermuntern wir auch die Katholischen Akademien, den interreligiösen Dialog mit ihren Möglichkeiten zu unterstützen. Wo dies möglich ist, sollte über den Dialog hinaus Zusammenarbeit gesucht werden, ohne Berührungangst und ohne Unterscheidungsangst. Christliche Maßstäbe zurückzustellen, um Konflikten aus dem Weg zu gehen, ist ebenso unverantwortlich, wie Bundesgenossenschaft im Dienst am Menschen zu unterlassen.

Menschenrechte

(190) Die Weltreligionen sind heute vor allem herausgefordert, an der interreligiösen und interkulturellen Verständigung

über grundlegende Elemente eines weltweit tragfähigen Ethos mitzuwirken. Welche Bausteine eines solchen Ethos, das geeignet wäre, die allgegenwärtige Gewalt zu mindern, lassen sich benennen? Im Rahmen dieses Dialogs kommt dem Thema der Menschenrechte besonderes Gewicht zu (vgl. II.3.1.). Ihre fortschreitende Kodifizierung auf der Ebene internationalen Rechts garantiert ja noch kein gemeinsames Verständnis der verwendeten Begriffe. Auch zwischen den Religionen bestehen bedeutsame Unterschiede im Verständnis ihrer Eigenart und Begründung. Sie tragen wesentlich zu einer unterschiedlichen Auslegungspraxis in einzelnen Staaten bei. So wäre eine Verständigung über die Rolle des Staates im Verhältnis zur religiösen Gemeinschaft und umgekehrt, nicht zuletzt auch über die Grundsatzfrage nach der Beziehung zwischen Religion und Kultur dringend erforderlich. Die Kirchen werden hier besonders die Situation christlicher Minderheiten in bestimmten islamischen oder vom Islam geprägten Ländern zur Sprache bringen müssen.

Fundamentalismus

(191) In vielen Ländern nehmen Kirchen und Religionsgemeinschaften einen bedeutenden Einfluss auf die Lebensweisen, oft auch auf die politische Orientierung der Menschen. Mancherorts nimmt dieser Einfluss noch zu. Dies wird dann bei uns rasch so interpretiert, als handle es sich in jedem Fall um ein Erstarken fundamentalistischer Bewegungen, verbunden mit wachsender Gefährdung durch gewaltbereite, ja terroristische Gruppen. Tatsächlich sind solche Entwicklungen in allen großen Religionsgemeinschaften zu beobachten und gefährden das friedliche Zusammenleben. Eine gemeinsame Haltung der Religionen zu den erstarkenden ideologisierten Strömungen, die sich deutlich von diesen abgrenzt und so die Gleichsetzung von Religiosität und Fundamentalismus unterläuft, wäre deswegen von großer Bedeutung. Zugleich ist nicht zu verkennen, dass sich in der öffentlichen Wahrnehmung solcher Prozesse nicht nur eine verbreitete Neigung spiegelt, liebgewordene Vorurteile gegen Religionsgemeinschaften zu pflegen. Darüber hinaus wird auf diese Weise oft von schwerwiegenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen

abgelenkt, die hinter fundamentalistischen Bewegungen und der mit ihnen einhergehenden Gewaltbereitschaft sichtbar werden.

Religionen und Gewalt

(192) Andererseits darf das Eigengewicht religiöser Faktoren in der Entstehung und im Verlauf gewaltsamer Konflikte auch nicht übersehen oder unterschätzt werden. Schließlich sind die Religionen seit jeher zutiefst mit dem Phänomen menschlicher Gewaltanwendung verbunden. Gewalt und Krieg wurden religiös gedeutet, allzu häufig religiös legitimiert oder gar gefordert. Doch ebenso findet die grundlegende Kritik an der Gewalt und die Klage über ihre leidvollen Konsequenzen für die Opfer ihren beredtesten Ausdruck in religiös-ethischen Zusammenhängen. Gerade das Alte Testament bezeugt eindringlich die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Religion und Gewalt. Bis heute hält sich bei vielen Menschen die feste Überzeugung oder zumindest der Verdacht, vor allem die monotheistischen Religionen – unter ihnen besonders das Christentum und der Islam – seien ihrem Wesen nach intolerant und friedensunfähig. Dies muss als Anfrage theologisch ernst genommen und praktisch beantwortet werden. Über die notwendige ehrliche Selbstkritik der Religionsgemeinschaften hinaus hängen deswegen ihre Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft entscheidend davon ab, ob und wie weit sie – unabhängig von ihren eigenen Rechten und Interessen – in ihrem tätigen Einsatz für den Frieden, für die Rechte und legitimen Interessen anderer Menschen und Gruppen eintreten. Dies gilt gerade in jenen Ländern, in denen die Religionen einen starken Anteil am öffentlichen Leben haben.

III. 3.4. Umgang mit Fremden

Fremde in diesem Land

(193) Mit größter Besorgnis sehen wir das Anwachsen und die Auswüchse von Fremdenfeindlichkeit. Wir erklären mit Nachdruck, dass jede Sympathie für solche Einstellungen oder gar eine Beteiligung an fremdenfeindlicher Hetze dem christlichen Glauben widerspricht. Rassistische Menschenverachtung steht in unversöhnlichem Gegensatz zur Menschenwürde und Geschwisterlich-

keit aller Menschen, die in Gott dem Schöpfer ihren Grund haben. Kein Christ sollte Verunglimpfungen ausländischer Mitbürger und Mitbürgerinnen dulden oder gewaltsamen Übergriffen tatenlos zusehen. Christen sollten sich vielmehr mit Zivilcourage einmischen. Denn sie müssen ernst nehmen, dass Gott »keinem von uns ... fern ist« (Apg 17,27); christliche Gemeinden sollten darum stets ein offener Raum für Menschen sein, die fern ihrer Heimat zu leben gezwungen sind. Viele von ihnen leben in starken religiösen Bindungen. Sie wirken in einer pluralistischen, individualisierten und säkularisierten Gesellschaft leicht befremdlich. Gerade wir Christen schulden ihnen Verständnis und Solidarität. Sie werden sich mit unserem Land und unserem Staat in dem Maße identifizieren können, wie sie erfahren, dass ihnen unsere Verfassung und rechtsstaatliche Ordnung die Gewähr dafür bietet, ihrem Glauben gemäß leben zu können.

Fremdenfeindlichkeit
(194) Wir erwarten von den politisch Verantwortlichen, jeder Form von Fremdenfeindlichkeit mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entschlossen entgegenzutreten. Es wäre jedoch nach unserer Überzeugung verfehlt, sich dauerhafte Abhilfe allein von polizeilichen und rechtlichen Maßnahmen zu erhoffen. Es gilt auch in unserem Lande, dass die wirtschaftliche und soziale Lage vor allem junger Menschen und die Situation der Familien die Anziehungskraft fundamentalistischer und rechtsextremer Gruppen und ihrer Ideologien wesentlich beeinflussen. Außerdem spielt das allgemeine politische und gesellschaftliche Klima eine beträchtliche Rolle. Die Politik kann Fremdenfeindlichkeit nur dann glaubwürdig kritisieren, wenn sie selbst alles vermeidet, was ihr Vorschub leistet. Im Gemeinsamen Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht haben wir deswegen hervorgehoben, dass Deutschland endlich ein politisches

Gesamtkonzept für die Zuwanderung benötigt. Es darf dabei jedoch nicht geschehen, dass infolge der verstärkten Aufnahme ausländischer Fachleute die Zahl derer beschränkt wird, denen Asyl zuerkannt wird. Kein Einwanderungskonzept darf zu Lasten des ohnehin schon eingeschränkten Asylrechts gehen. Wir brauchen zudem eine gezielte Integrationspolitik, die mehr beinhaltet als den Ruf nach Anpassung oder das bloße Zuwarten, dass sich die Probleme irgendwie von selbst lösen. Es genügt auch nicht, den wirtschaftlichen oder demographischen Nutzen von Zuwanderern in den Vordergrund zu stellen. Die fundamentale politische und kulturelle Aufgabe muss in den Blick kommen, die sich mit ihnen stellt. Daran wird sich die Lebensqualität in unserem Land und seine Zukunftsfähigkeit entscheiden ...

Herausgeber: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz,
Kaiserstr. 163, 53113 Bonn

Materialhinweise

Diese Materialhinweise ergänzen die im Jahr 2000 im Materialheft zur Woche der ausländischen Mitbürger vorgestellten Materialien

Grundlegende Schriften aus den Kirchen

Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (Hg.)

»... und der Fremdling, der in deinen Toren ist«
Gemeinsames Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht

Bezug: Kirchenamt der EKD,
Postfach 21 02 20, 30402 Hannover,
Tel. 0511/2796-0, Fax 0511/2796-709
Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz,
Kaiserstr. 163, 53113 Bonn,
Tel. 0228/103-0, Fax 0228/103-371

Evangelisches Missionswerk in
Deutschland – EMW (Hg.)
Christoph Dahling-Sander

Auf dem Weg zur sichtbaren Gemeinschaft?

**Ökumenische Zusammenarbeit mit Kirchen und
Gemeinden anderer Sprache oder Herkunft**

EMW-Informationen, Nr. 123, August 2000
Bezug: EMW, Normannenweg 17-21,
20537 Hamburg,
E-mail: service@emw-d.de
Internet: www.emw-d.de

Erzbischöfliches Ordinariat Berlin (Hg.)
**Rechtlos in Deutschland – eine Handreichung
und Einladung zum Gespräch über die Lage
von Menschen ohne Aufenthaltsrecht**
Berlin 1997

**Illegal in Berlin – Momentaufnahmen aus
der Bundeshauptstadt**

Migration Nr. 4, Dezember 1999
Bezug: Erzbischöfliches Ordinariat Berlin,
Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Wundtstr. 48-50,
14057 Berlin

nah & fern

Ein Material- und Informationsdienst für
Ökumenische Ausländerarbeit
Bezug: Evangelisches Missionswerk in
Deutschland (EMW), Normannenweg 17-21,
20537 Hamburg,
Tel. 040/25456148, Fax 040/2542987,
E-mail: service@emw-d.de

Islam

Kirchenamt der EKD (Hg.)
**Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland
Gestaltung der christlichen Begegnung mit
Muslimen**

Eine Handreichung des Rates der Evangelischen
Kirche in Deutschland, 2. Auflage, 2000
Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2000

Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz
(Hg.)

Christen und Muslime in Deutschland

Eine pastorale Handreichung, Arbeitshilfe 106
Bezug: Sekretariat der Deutschen Bischofs-
konferenz, Kaiserstr. 163, 53113 Bonn

Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern (Hg.)
Erste Schritte wagen

Eine Handreichung für die Begegnung von
Kirchengemeinden mit ihren muslimischen
Nachbarn
München 2000

Bezug: Ökumenereferat der Evang.-Luth. Kirche
in Bayern, Postfach 200751, 80007 München

Zentralrat der Muslime in Deutschland (Hg.)

Tag der offenen Moschee

Arbeitshilfe zur Vorbereitung einer Veranstaltung
Bezug: Zentralrat der Muslime in Deutschland
e.V., Arbeitsgruppe Tag der offenen Moschee,
Indestr. 93, 52249 Eschweiler,
Tel. 02403/702075, Fax 02403/702076,
E-mail: sekretariat@zentralrat.de
Internet: www.islam.de

In der Diskussion Nr. 8

**Islamischer Religionsunterricht an staatlichen
Schulen in Deutschland**

Bonn/Berlin, September 2000
Bezug: Büro der Beauftragten der Bundes-
regierung für Ausländerfragen,
Postfach 080162, 10001 Berlin,
Tel. 030/20141781, Fax 030/20141833 oder
Postfach 140280, 53107 Bonn,
Tel. 0228/527-2307/2758, Fax 0228/527-2760,
Intenet: www.bundesauslaenderbeauftragte.de
E-mail: as2@bma.bund.de

Jutta Sperber

Dialog mit dem Islam

Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, 1999 (Kleine
Reihe V & R 4015), ISBN 3-525-34015-X

Dorothee C. von Tippelskirch und
Rolf Hanusch (Hg.)

Fundamentalismus in der Moderne

Berliner Begegnungen Band 1
Bezug: TVT Medienverlag 1999,
Postfach 2562, 72015 Tübingen,
Fax 07071/360079

Katholisches Bibelwerk e.V. (Hg.)

Der Koran und die Bibel

Bezug: Edition »Welt und Umwelt der Bibel«,
Silberburgstr. 121, 70176 Stuttgart,
Tel. 0711/6192050

Thomas Lemmen

**Muslimische Spitzenorganisationen in Deutsch-
land: der Zentralrat und der Islamrat**
Altenberge 1999

Stefan Muckel

Der Islam unter dem Grundgesetz
Heft 273

Bezug: Katholische sozialwissenschaftliche
Zentralstelle, Brandenberger Str. 33,
41065 Mönchengladbach

Barbara Huber-Rudolf
Der Islam im Spiegel muslimischer Schriftsteller
Ein Lesebuch
CIBEDO, Frankfurt/Main 1998

Erzbischöfliches Generalvikariat (Hg.)
Katholisch-islamische Ehen
Eine Handreichung
Bezug: Erzbischöfliches Generalvikariat,
Presseamt, Marzellenstr. 32, 50668 Köln

Thomas Lemmen
Islamische Bestattungen in Deutschland
Eine Handreichung
Altenberge 1996

Ludwig Hagemann, Adel Theodor Khouzay
Dürfen Muslime auf Dauer in einem nicht-islamischen Land leben?
Würzburg/Altenberge 1997

Einwanderungspolitik/Staatsangehörigkeitsrecht

In der Diskussion Nr. 9
Integration in Städten und Gemeinden
Berlin und Bonn, Dezember 2000
Daten und Fakten zur Ausländersituation
Berlin 2000 (19. aktualisierte Auflage)
Bezug: Büro der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen,
Postfach 080162, 10001 Berlin,
Tel. 030/20141781, Fax 030/20141833 oder
Postfach 140280, 53107 Bonn,
Tel. 0228/527-2307/2758, Fax 0228/527-2760,
Internet: www.bundesauslaenderbeauftragte.de
E-mail: as2@bma.bund.de

Bundesministerium des Innern (Hg.)
Ausländerpolitik und Ausländerrecht in Deutschland
August 2000
Bezug: kostenfrei über Bundesministerium
des Innern, Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin

Verband binationaler Familien und
Partnerschaften, iaf e.V.
Initiativgruppe Frankfurt (Hg.)
UnPässlichkeiten
Das Lesebuch zum Staatsangehörigkeitsrecht
Bezug: Verband binationaler Familien und
Partnerschaften, iaf e.V.,
Ludolfusstr. 2-4, 60487 Frankfurt,
Tel. 069/713756-0, Fax 069/7075092,
E-mail: Verband-Binationaler@t-online.de
Internet: www.verband-binationaler.de

Rat für Migration (RfM) (Hg.)
**Migrationspolitik in Deutschland –
Eine Zwischenbilanz**
Information zum Migrationsreport 2000
Bezug: Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität
Osnabrück, 49069 Osnabrück,
Tel. 0541/969-4384, Fax 0541/969-4380,
E-mail: imis@uni-osnabrueck.de
Internet: http://www.imis.uni-osnabrueck.de

Bundeszentrale für politische Bildung in
Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft
Jugend und Bildung e.V. (Hg.)
**Fremd und doch vertraut – Junge Ausländer
in Deutschland**
PZ Nr. 102, Juni 2000
Streiflicher aus dem Jahr 10 der Einheit
PZ Nr. 103, September 2000
Bezug: Universum Verlagsanstalt,
Postfach 300, 65175 Wiesbaden,
Fax. 0611/9030-277,
E-mail: uv@universum.de
Internet: www.universum.de

National Coalition zur Umsetzung der
UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland:
**Kinder ohne deutschen Pass – ein Leben
ohne Rechte?**
Verpflichtungen aus der UN-Kinderrechtskonvention.
Vorschläge, Positionen, Forderungen.
Diskussionspapier, Bonn 2000
Bezug: National Coalition, c/o AGJ,
Haager Weg 44, 53127 Bonn

Eberhard Eichenhofer (Hg.)
Schriften des Instituts für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS) der
Universität Osnabrück
Migration und Illegalität
Band 7, ISBN 3-932147-21-9

Jörg Alt
Illegal in Deutschland
Ergebniszusammenfassung des Forschungsprojekts
zur Lebenssituation »illegaler«
Migranten in Leipzig
von Loeper Literaturverlag Karlsruhe
Bezug: Ariadne Buchdienst,
Kiefernweg 13, 76149 Karlsruhe,
Tel. 0721/706755, Fax 0721/788370,
E-mail: AriadneKA@AOL.com
Internet: www.vonLoeper.de

Deutscher Gewerkschaftsbund,
Referat Migration (Hg.)
**Demokratie und Toleranz in Gesellschaft
und Arbeitswelt**
Internationale Arbeitstagung vom 23.-25. März
2000 in Magdeburg, Tagungsdokumentation
Migrationsdialog Ost-West 1999
30. September bis 3. Oktober 1999 in Sofia,
Bulgarien, Tagungsdokumentation
Globalisierung und Migration
Die Bedeutung von internationalen Konventionen
für Wanderarbeiter/innen

Internationale Arbeitstagung am 18. und 19. Juni
1999 in Düsseldorf, Tagungsdokumentation
Migration und prekäre Beschäftigung
Dokumentation des Workshops »Arbeitsmigranten
und Flüchtlinge in prekären Beschäftigungsverhältnissen.
Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Ansprache
und Einbeziehung« vom 10. bis 12. Mai 1999 im
DGB-Bildungszentrum Niederpöcking
**Diskriminierung am Arbeitsplatz – aktiv werden
für Gleichbehandlung**
Migrationspolitische Handreichungen
Faltblatt
**Rechtsextremismus, eine Herausforderung
für die Gewerkschaften**
Mitteilungen zur Migrationspolitik
Beitrag zur Diskussion über das Thema
»Rechtsextremismus und Gewerkschaften«
März 1999
Bezug: Toennes Satz + Druck GmbH,
Niersmannsweg 1-5, 40699 Erkrath,
Tel. 0211/92008-26, Fax 0211/92008-38,
E-mail: reisenner@toennes-gruppe.de

DGB-Jugend und IDA e.V. (Hg.)
**Interkulturelles Lernen in der beruflichen
Ausbildung**
**Hintergründe und Handlungsmöglichkeiten
für Betrieb und Berufsschule**
Handreichung für Multiplikatoren der
beruflichen Ausbildung
Bezug: IDA e.V., Friedrichstr. 61a,
40217 Düsseldorf,
Tel. 0211/371026, Fax 0211/382188,
E-mail: IDAeV@t-online.de
oder DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend,
Roland Schinko, Hans-Böckler-Str. 39,
40476 Düsseldorf,
Tel. 0211/4301-342, Fax 0211/4301-134,
E-mail: roland.schinko@bundesvorstand.dgb.de

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.
(Hg.)
Migranten – Kriminalität und Polizei
**Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit
1/2000**
Bezug: Institut für Sozialarbeit und
Sozialpädagogik e.V.,
Am Stockborn 5-7, 60439 Frankfurt/Main,
Tel. 069/95789-0, Fax 069/95789-190,
E-mail: iss.frankfurt-am-main@t-online.de
Internet: www.iss-ffm.de

Interkulturelles

Stimme (Hg.)
Zeitschrift für In- und AusländerInnen
im Lande Bremen
Bezug: Redaktion Stimme,
Schiffbauweg 4, 28237 Bremen,
Tel. 0421/612072, Fax 0421/617950,
Internet: http://www.is-bremen/-dab,
E-mail: dab@is-bremen.de

Die Beauftragte der Bundesregierung für
Ausländerfragen (Hg.)
**Handbuch zum Interkulturellen Arbeiten
im Gesundheitsamt**
Bonn/Berlin 2000
Bezug: Büro der Beauftragten der Bundesregierung
für Ausländerfragen,
Postfach 080162, 10001 Berlin,
Tel. 030/20141781, Fax 030/20141833 oder
Postfach 140280, 53107 Bonn,
Tel. 0228/527-2307/2758, Fax 0228/527-2760,
Internet: www.bundesauslaenderbeauftragte.de
E-mail: as2@bma.bund.de

Christoph Butterwege, Gudrun Hentges (Hg.)
Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung
Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik
Interkulturelle Studien, Band 5, 2000
Verlag: Leske und Budrich

ISKA Nürnberg
**CD »Interkultur in Bayern. Künstler,
Institutionen, Texte, Links«**
Das Projekt wurde als offizieller deutscher Beitrag
für das Internationale Jahr der Vereinten
Nationen Dialog zwischen den Kulturen (2001)
gewählt. 150 Datensätze auf der CD erleichtern
die Kontaktaufnahme zu Künstlern und Projekten
und liefern Anregungen für die interkulturelle
Arbeit.
Bezug: Institut für soziale und kulturelle Arbeit
Nürnberg, Gostenhofer Hauptstr. 61,
90443 Nürnberg

**Hallo, Hola, Ola – Sprachförderung in
Kindertagesstätten**
September 2000
Bezug kostenfrei über: Büro der Beauftragten
der Bundesregierung für Ausländerfragen,
Postfach 080162, 10001 Berlin,
Tel. 030/20141781, Fax 030/20141833 oder
Postfach 140280, 53107 Bonn,
Tel. 0228/527-2307/2758, Fax 0228/527-2760,
Internet: www.bundesauslaenderbeauftragte.de
E-mail: as2@bma.bund.de

Rassismus/Gewalt gegen Fremde

IDA NRW (Hg.)
Rechtsextremismus im Internet
Infomappe
Bezug: IDA-NRW,
Friedrichstr. 61a, 40217 Düsseldorf,
Tel. 0211/371070, Fax 0211/371025,
E-mail: IDA-NRW@t-online.de
Internet: http://home.t-online.de/home/IDA-NRW/

Christoph Butterwege, Georg Lohmann (Hg.)
Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt
Analysen und Argumente
Verlag: Leske und Budrich

Charles Rojzman
Der Hass, die Angst und die Demokratie
Einführung in eine Sozialtherapie des Rassismus,
München 1997
Bezug: AG SPAK, Krüner Str. 51,
81373 München

Forum Menschenrechte (Hg.)
Materialien Nr. 14
**Weltkonferenz gegen Rassismus –
Ausgewählte Dokumente**
Februar 2000
Bezug: Forum Menschenrechte,
c/o Haus für Menschenrechte und Demokratie,
Greifswalderstr. 4, 10405 Berlin

Jürgen Micksch und Anja Schwier
Fremde auf dem Lande
Interkulturelle Beiträge Nr. 19, Frankfurt/Main, 2000
Bezug: Interkultureller Beauftragter der EKHN, Riedstr. 2, 64295 Darmstadt, Tel. 06151/367005, Fax 06151/367003

IG Bergbau, Chemie, Energie,
Vorstandsbereich Bildung – Umweltschutz (Hg.)
»Die neue Rechte«
Oktober 1999

Didaktische Materialien

Büttner, Christian; Kronenberger, Elke;
Stahl, Elisabeth
»Mit denen setze ich mich nicht an einen Tisch!«
Modelle von Streitvermittlung in multikulturellen Gesellschaften
HSFK-Report 9/1997
Bezug: Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Walter-Kolb-Str. 9-11, 60594 Frankfurt/Main

IDA – Informations-, Dokumentations- und Aktionszentrum gegen Ausländerfeindlichkeit für eine multikulturelle Zukunft e.V. (Hg.)

Ausstattungsverzeichnis
Künstlerinnenverzeichnis
Film- und Videoverzeichnis
Bezug: IDA, Friedrichstr. 61a, 40217 Düsseldorf, Tel. 0211/371026, Fax 0211/382188

Ökumenische Centrale (Hg.)
Lade Deine Nachbarn ein
Materialheft II – Didaktische Arbeitshilfe
Bezug: Ökumenische Centrale, Postfach 900617, 60446 Frankfurt/Main

Der Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Landeskirchenamt, Ökumenereferat (Hg.)
Literaturliste zur Ökumenischen Dekade
»Gewalt überwinden« (2001 – 2010)
Bezug: Ökumenereferat der ELKB, Meiserstr. 11-13, 80333 München, Tel. 089/5595-476, Fax 089/5595406, E-mail: oekumene@elkb.de

Evangelisches Missionswerk in Deutschland (Hg.)

Schritte gegen Tritte
Ein ökumenisches Lernprojekt für Schulen und Gemeinden
April 1999
Bezug: Evangelisches Missionswerk in Deutschland (EMW), Normannenweg 17-21, 20557 Hamburg, Tel. 040/25456148, Fax 040/2542987, E-mail: service@emw-d.de

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)
Schritte gegen Gewalt – Pädagogische Konzepte der Gewaltprävention
Informationen zur politischen Bildung aktuell, 2000
Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn, Fax 01888/515-309, E-mail: ag4@bpb.bund.de
Internet: www.bpb.de

Landesbeauftragte für Ausländerfragen bei der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz (Hg.)
Vorurteile
Bezug: kann kostenlos angefordert werden bei der Landesbeauftragten für Ausländerfragen, Postfach 3880, 55028 Mainz, Tel. 06131/162462, Fax 06131/164090, E-mail: LBA@stk.rlp.de

Medienprojekt der Stadt Wuppertal
Rassismus/Rechtsextremismus No. 2
Eine thematische Zusammenstellung von Jugendvideoproduktionen
Enthüllungen
Ein Video zum Kopftuch-Tragen von muslimischen Mädchen und jungen Frauen in Deutschland

Hitan
Zur Beschneidung von moslemischen Jungen
Bezug: Medienprojekt der Stadt Wuppertal, Hofaue 55, 42103 Wuppertal, Fax. 0202/4468691, E-mail: borderline@wuppertal.de

Amt für multikulturelle Angelegenheiten (Hg.)
Feste der Völker – ein pädagogischer Leitfaden
Pädagogische Anregungen und Impulse für eine interkulturelle Arbeit in Kindertagesstätten und Schulen
Bezug: VAS-Verlag, Kurfürstenstr. 18, 60486 Frankfurt, Tel. 069/779366, Fax 069/7073967, E-mail: info@vas-verlag.de
Internet: www.vas-verlag.de

Bündnis für Demokratie und Toleranz (Hg.)
Kreativ für Demokratie und Toleranz
Victor Klemperer Jugendwettbewerb für 16- bis 21-Jährige
Bezug: Bündnis für Demokratie und Toleranz, Bundeshaus, Bundesallee 216-218, 10719 Berlin, Tel. 030/23634081, Fax 030/23634081, Internet: www.buendnis-toleranz.de
E-mail: buendnis-toleranz@t-online.de

Eastsider
Dokumentarfilm, München 1995
von Yola L. Grimm zusammen mit den Eastsider
Fremde Augen
Dokumentarfilm, München 1992
von Yola L. Grimm zusammen mit jugendlichen Asylsuchenden
Dikkat! Wir kommen!
Eine deutsch-türkische Entschleierung
Dokumentarfilm, München – Berlin 1994
von Yola L. Grimm zusammen mit türkischen Inländerinnen
Bezug: Yola L. Grimm MediaEdition, Domagkstr. 33, 80807 München, Tel. 089/32422324, Fax 089/32422323, Internet: www.mediaedition.de

Michaela Ulich, Pamela Oberhuemer, Monika Soltendieck
im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit:
Interkulturelle Arbeit und Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen, München 2000
Bezug für Kindertageseinrichtungen in Bayern kostenfrei über das Ministerium, Winzererstr. 9, 80792 München
In Kürze auch als Buch im Luchterhand-Verlag erhältlich

AG SOS-Rassismus NRW
Spiele, Impulse und Übungen zur Thematisierung von Gewalt und Rassismus in der Jugendarbeit, Schule und Bildungsarbeit
Schwerte 1996
Bezug: AG SOS-Rassismus, c/o Ralf-Erik Posselt, Haus Villigst, 58239 Schwerte

Bildungsverein für Volkskunde in Deutschland
DIE LINDE e.V.
feste dabei sein. Feste und Religionen – für Kinder in Berlin entdeckt
Berlin 2000
Bezug: Bildungsverein für Volkskunde in Deutschland DIE LINDE e.V., Markgrafendamm 24, 10245 Berlin

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., Bonn
Interkultureller Kalender 2001
Bezug: iaf Bonn, Breite Str. 16, 53111 Bonn

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
Zusammenspiel. Spiele, Bücher und Tips zur interkulturellen Erziehung.
Bezug: iaf, Ludolfstr. 2-4, 60487 Frankfurt am Main

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. (Hrsg.)
Wie Kinder mehrsprachig aufwachsen
Verlag Brandes und Apsel, Frankfurt 2000

Rolf Krenzer, Reinhard Horn
Fremde werden Freunde
Kinderlieder für Verständnis und Toleranz
Liederheft mit gleichnamiger CD
Reinhard Horn, Rolf Krenzer
Bezug: Kontakte Musikverlag, Ute Horn, Windmüllerstr. 31, 59557 Lippstadt, Tel. 02941/14513, Fax 02941/14654, E-mail: kontakte.musikverlag@t-online.de
Internet: www.kontakte-verlag.de

das baugerüst Nr. 01/01
Der, die, das Fremde
Zeitschrift für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der evang. Jugendarbeit und außerschulischen Bildung
Bezug: das baugerüst, Postfach 450131, 90212 Nürnberg, Tel. 0911/4304-0, Fax 0911/4304-205, E-mail: baugeruest@ejb.de
Internet: www.ejb.de/inhalte/bauger.html

Landeskriminalamt Baden-Württemberg (Hg.)
Präventionsansätze zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
Bezug: Landeskriminalamt Baden-Württemberg, Dezernat 422, Taubenheimstr. 85, 70372 Stuttgart, Tel. 0711/5401-3464, Fax 0711/5401-3455, E-mail: 422@lka.bwl.de

Flüchtlinge

Evangelische Kirche von Westfalen (Hg.)
Ohne Recht auf Aufenthalt – illegal
Eine Handreichung und Einladung zum Gespräch zur Situation von Flüchtlingen ohne legalen Aufenthaltsstatus
Bezug: Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche von Westfalen
Tel. 0251/2709-230, Fax 0251/2709-55231, E-mail: eckeberg@dw-westfalen.de

UNHCR (Hg.)
Menschenrechte, Flüchtlinge und UNHCR
Bezug: E-mail: grfbr@unhcr.de
Internet: www.unhcr.de

PRO ASYL (Hg.)
Kurz-Flugblatt »Kinder haben Rechte – Für die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland«
kostenfrei, März 2001
Faltblatt »Kinder haben Rechte – Für die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland«
März 2001
GEP (Hg.) in Kooperation mit PRO ASYL
Broschüre »Alle Kinder haben Rechte. Kinderflüchtlinge und die deutsche Politik«
Arbeitsblätter für Unterricht, Diskussion und Aktion
epd-Dritte Welt-Information, Heft 10-11/2000 August/September 2000
Recht für Flüchtlinge. Ein Leitfaden durch das Asyl- und Ausländerrecht für die Praxis
von RA Hubert Heinhold
April 2000
Menschenwürde mit Rabatt. Leitfaden und Dokumentation zum Asylbewerberleistungsgesetz
völlig neu bearbeiteter Kommentar mit Dokumentation zum Asylbewerberleistungsgesetz und zum Flüchtlingsrecht
von Georg Classen
Zum Buch ist auch eine CD-ROM mit zusätzlichen Materialien erhältlich
April 2000
Bezug: Förderverein PRO ASYL e.V., Postfach 160624, 60069 Frankfurt/Main, E-mail: proasyl@proasyl.de
Internet: www.proasyl.de

Europa

Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Hg.)
**Vielfalt und Gleichheit für Europa
Jahresbericht 1999**

Verändert die Medien. Verändert den Umgang mit Fremden

September 1999

Bezug: Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Rahlgasse 3, A-1060 Wien, Tel. +431/58030-0, Fax +431/58030-91, E-mail: information@eumc.eu.int
Internet: <http://eumc.eu.int>

Klaus J. Bade

Europa in Bewegung

Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart

Bezug: Verlag C.H.Beck, Vertrieb LSW, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Fax 089/38189-520

Peter Maschalck (Hg.)

Themenheft des Institutes für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück

Europa als Wanderungsziel

Ansiedlung und Integration von Deutschen im 19. Jahrhundert

IMIS-Beiträge 14/2000

Bezug: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, Tel. (+49) 0541/969-4384, Fax. (+49) 0541/969-4380, E-mail: imis@uni-osnabrueck.de
Internet: www.imis.uni-osnabrueck.de

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.)
Nation – Nationalismus – Nationale Identität aus der Reihe »Kontrovers«
Bezug: Bundeszentrale für politische Bildung, Postfach 2325, 53013 Bonn

Europäische Koordination für das Recht aller Ausländer auf Familienleben:
Strategien zur Integration von Kindern und Jugendlichen im Migrationskontext.

Gegenüberstellung von 24 Feldstudien in Österreich, Belgien, Frankreich, Italien, Großbritannien, Spanien

Genua 2000

Die Publikation ist kostenfrei in den Sprachen Deutsch, Französisch, Englisch, Spanisch, Italienisch
erhältlich bei: Coordination Européenne, c/o CNAFAL, 108, Avenue Ledru-Rollin, F-75011 Paris

Churches Committee for Migrants in Europe
Migration News Sheet

Bezug: Migration News Sheet, 172-174, rue Joseph II, B-1000 Bruxelles, Tel./ Fax 0032/2303750

Europäisches Netz gegen Rassismus
Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit durch Legislativmaßnahmen auf europäischer Ebene (in englischer, französischer und deutscher Sprache)
November 1999

Bezug: ENAR, 43, rue de la Charité, B-1210 Bruxelles, Tel. 32(0)2293570, Fax 32(0)22293575, E-mail: info@enar-eu.org
Internet: www.enar-eu.org

Jan Niessen

EU Policies On Immigration And Integration After The Amsterdam Treaty
Oktober 1999

Bezug: Migration Policy Group
E-mail: info@migpolgroup.com
Internet: <http://fhit.org/mpg>

epd-Dokumentation Nr. 42/99

Ankommen in Europa – Perspektiven für eine europäische Zuwanderungspolitik

Bezug: GEP-Vertrieb, Postfach 500550, 60394 Frankfurt/Main, Tel. 069/58098-189, Fax 069/58098-226, E-mail: gep-publ@epd.de
Internet: <http://www.epd.de>

Herausgeber:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuß zur Woche der ausländischen Mitbürger
Postfach 10 06 46, 60069 Frankfurt/Main, Telefon: 069/230605,
Fax: 069/230650

Vorstand:

Vorsitzender: Jörn-Erik Gutheil, Evangelische Kirche im Rheinland, Düsseldorf
stellv. Vorsitzender: José Antonio Arzo, Spanierseelsorge in Deutschland, Bonn
stellv. Vorsitzender: Sokratis Ntallis, Griechisch-Orthodoxe Metropolie, Bonn

Weitere Mitglieder:

Dr. Martin Affolderbach, Kirchenamt der EKD, Hannover
Dagmar Apel, Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg, Berlin
Dr. Athanasios Basdekis, Ökumenische Centrale, Frankfurt/Main
Dr. Nadeem Elyas, Zentralrat der Muslime in Deutschland, Eschweiler
Katrin Gerdsmeier, Kommissariat der Deutschen Bischöfe, Berlin
Edith Giebson, Bischöfliches Ordinariat, Magdeburg
Dieter Griemens, Diözese Aachen, Würselen
Ursula Hartmann, Die Heilsarmee in Deutschland, Nürnberg
Stefan Herceg, Deutscher Caritasverband, Freiburg
Dr. Volker Klepp, Büro der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländer-
fragen, Berlin
Sabine Kriechhammer-Yagmur, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Frankfurt/Main
Susanne Lipka, Evangelische Frauenarbeit in Deutschland, Frankfurt/Main
Adelino Massuvira, Evangelisches Kreiskirchenamt, Suhl
Dr. Peter Prassel, Zentralstelle für gesellschaftliche und soziale Fragen der
Deutschen Bischofskonferenz, Bonn
Mechthild Schirmer, Diakonisches Werk der EKD, Stuttgart

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuß wurde zu Beginn des Jahres 2001 neu
berufen. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Heftes stehen noch nicht die
Namen aller Mitglieder fest.

Geschäftsführung und Redaktion:

Günter Burkhardt, Frankfurt/Main

Titelbild: Jörg Carabin, FH Aachen, Fb Design
(Projektleitung: Prof. Doris Casse-Schlüter)

Layout: Wolfgang Scheffler, Mainz

Herstellung: Linea Plus Druck GmbH, Frankfurt/Main
Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Nachdruck, auch auszugsweise, gerne gestattet. Diese Materialien ergänzen
die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuß herausgegebenen
Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die Meinung
der Verfasser.

**Als Termin für die Woche der ausländischen Mitbürger 2001
wird der 23. bis 29. September 2001 empfohlen.**

Freitag, der 28. September 2001, ist der Tag des Flüchtlings.

Bestellungen:**Materialumschlag****»Woche der ausländischen Mitbürger«**

Inhalt: 1 Materialheft »Rassismus
erkennen – Farbe bekennen«,
1 Plakat DIN A 3 »Rassismus
erkennen – Farbe bekennen«,
1 Materialheft »Tag des Flüchtlings«,
1 Plakat DIN A 3 »Tag des Flüchtlings«

Staffelpreise: bis 9 Exemplare DM 8,00,
ab 10 Exemplaren DM 6,00,
ab 50 Exemplaren DM 4,70
jeweils zuzüglich Versandkosten

*Unkostenbeiträge für die neuen Bundes-
länder:* bis 9 Exemplare DM 4,00,
ab 10 Exemplaren DM 3,50,
ab 50 Exemplaren DM 2,50
jeweils zuzüglich Versandkosten

**Außerdem können folgende
Materialien bestellt werden:****Plakat DIN A 3 »Rassismus erkennen –
Farbe bekennen«***Unkostenbeitrag:*

1 bis 9 Exemplare DM 0,80,
ab 10 Exemplaren DM 0,60,
ab 100 Exemplaren DM 0,40
jeweils zuzüglich Versandkosten

**Plakat DIN A 2 »Rassismus erkennen –
Farbe bekennen«***Unkostenbeitrag:*

1 bis 9 Exemplare DM 1,50,
ab 10 Exemplaren DM 1,00,
ab 100 Exemplaren DM 0,80
jeweils zuzüglich Versandkosten

**Postkarte »Rassismus erkennen –
Farbe bekennen«***Unkostenbeitrag:*

1 bis 49 Exemplare DM 0,50,
ab 50 Exemplaren DM 0,35
jeweils zuzüglich Versandkosten

Weitere Postkarten

Motive: **»Bausteine«, »Zwei Kinder«,
»Vornamen«** (s. Seite 43)

Unkostenbeitrag:

1 bis 49 Exemplare DM 0,50,
ab 50 Exemplaren DM 0,35
jeweils zuzüglich Versandkosten

**Arbeitshilfe für Unterricht und
außerschulische Bildungsarbeit
zu vier Plakatentwürfen**

zur Woche der ausländischen Mitbürger/
Interkulturelle Woche 1999/2000

Unkostenbeitrag: DM 15,00 pro Exem-
plar zuzüglich Versandkosten

**Die Bestellungen sind schriftlich
zu richten an:**

Ökumenischer Vorbereitungsausschuß
zur Woche der ausländischen Mitbürger,
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/M.